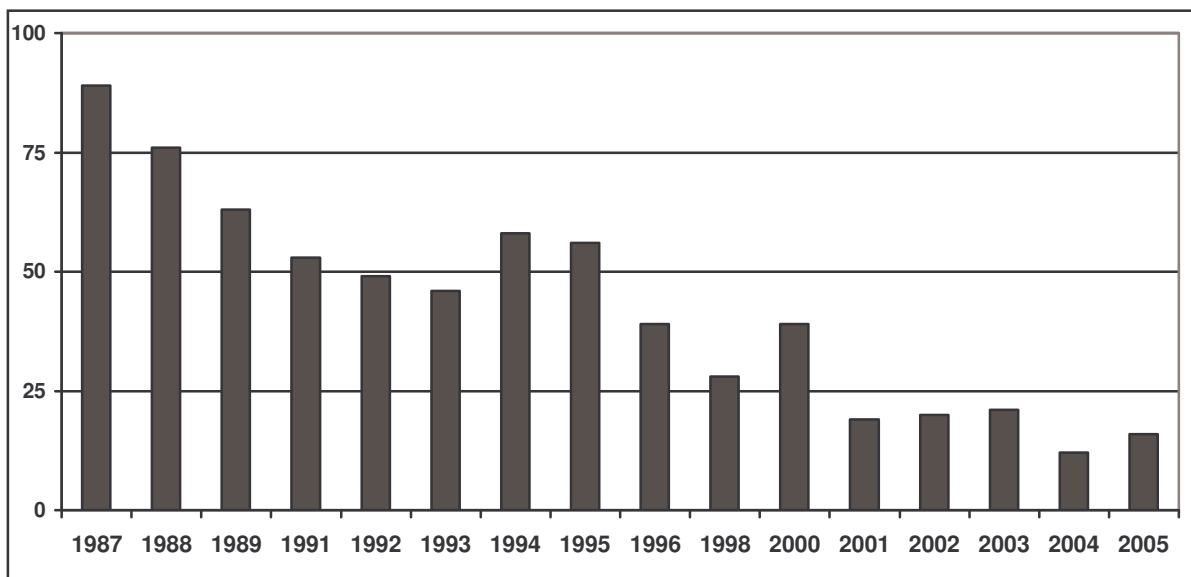


Warum viele junge Ostdeutsche den Kapitalismus wieder loswerden wollen. Beispiel: Die 32-Jährigen



Politisches Seismogramm: Anteile der Panelmitglieder, die die Entwicklung in der DDR bzw. in Ostdeutschland zuversichtlich sehen, im Trend 1987 bis 2005 bzw. zwischen ihrem 14. und 32. Lebensjahr (s. S. 54).

Eine ungewöhnliche Längsschnittstudie begleitet seit
1987 junge Ostdeutsche auf ihrem Weg aus dem
Sozialismus in den Kapitalismus

Kurzinformation über ausgewählte Ergebnisse der 19. Welle 2005

*Forschungsleiter und Verfasser: Prof. Peter Förster, Leipzig
Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Leipzig, Januar 2006*

Rund 15 Jahre staatliche deutsche Einheit sind ein guter Anlass, um zu fragen: Was ist eigentlich langfristig und grundsätzlich gesehen, über aktuelle Stimmungen und häufig taktisches Wahlverhalten hinaus, seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik in den Köpfen junger Ostdeutscher, in ihrem politischen Bewusstsein vor sich gegangen?

- Wie haben sich in dieser Zeit ihre Lebensverhältnisse, ihr Denken und Fühlen verändert?**
- Teilen sie die Auffassung, dass die Ziele der „friedlichen Revolution“ im Herbst '89 heute verwirklicht sind und die Ostdeutschen damit die Freiheit errungen haben?**
- Sind sie mittlerweile froh, in einem geeinten kapitalistischen Deutschland zu leben oder hätten sie lieber die DDR zurück?**
- Sind sie inzwischen davon überzeugt, dass der Kapitalismus das beste Wirtschaftssystem ist, das die Geschichte bisher hervorgebracht hat?**
- Was halten sie nach dem selbst erlebten Zusammenbruch des Sozialismus noch von sozialistischen Idealen?**
- Waren sie arbeitslos und was hat das bei ihnen bewirkt? Haben sie die Erfahrung gemacht, dass jeder, der Arbeit sucht, auch Arbeit findet?**
- Wie zuversichtlich sehen sie ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder?**

Diesen und anderen interessanten Fragen gehen wir in dieser Information mit dem Blick auf junge Leute nach, die 1973 geboren wurden, im Jahr 2005 also 32 Jahre alt sind. Dabei stützen wir uns auf eine besondere Art sozialwissenschaftlicher Untersuchung, die leider nur selten praktiziert wird, aber einen wesentlich genaueren Einblick in latente individuelle Veränderungsprozesse bietet: Eine Längsschnittstudie (Panelstudie) mit einer bisherigen Dauer von 18 Jahren.

Wir befragten zwischen 1987 und 2005, also über den Systemwechsel hinweg, nicht 19-mal verschiedene Personen, sondern 19-mal dieselben. Auf diese Weise entstand eine umfangreiche, zusammenhängende Dokumentation über wichtige Etappen des Lebensweges einer identischen Gruppe von jungen Menschen, die in der DDR aufwuchsen, in ihr sozialisiert wurden, und die sich mit 17 Jahren unerwartet in einem ganz anderen Land und einem völlig anderen Gesellschaftssystem wiederfanden.

Ein spannenderes Szenarium kann es für eine Längsschnittstudie kaum geben, zumal die Akteure ihre Rollen nicht wie im Drehbuch zum „Großexperiment Deutsche Einheit“ vorgesehen spielen und dessen Fortgang heute völlig offen erscheint...

Zitate aus den Notizen der aktuell arbeitslosen 32-Jährigen, in denen sie über ihre gegenwärtige Lebenssituation schreiben (2005):

„Im Moment bin ich ohne jegliches Einkommen zu Hause. Mein Anspruch auf Arbeitslosengeld lief im Juni aus und auf Arbeitslosengeld II habe ich keinen Anspruch. Im Moment ist die Situation katastrophal, da auch mein Mann sich arbeitslos melden musste. Wir müssen den Kredit für unser Haus zahlen und ohne unsere Eltern hätte ich schon längst nicht mehr gewusst, wie es weitergehen soll.

Aufgrund wahnsinniger Bürokratie haben wir beide in diesem Monat Null Einkommen, aber ich will das, was wir uns geschaffen haben, nicht so schnell aufgeben.“

„Es ist schwer, auch an ´unterqualifizierte` Arbeit zu kommen, da auch dort schon Fachkräfte und studierte Menschen sich bewerben. Außerdem wird man meiner Meinung nach vom Arbeitsamt gebremst, da man die nötige Motivation durch dieses Amt wieder verliert. Durch die langen Zeiten vom Vorstellen bis zum Termin vergeht es einem.

Durch die finanzielle Lage durch Alg II ist es fast unmöglich, sich für einen Arbeitsplatz mobil zu halten (Auto, Versicherungen usw.).“

„Bin seit Mai letzten Jahres arbeitssuchend. Da ich, wie ich meine, eine gute Ausbildung habe und als Altenpflegerin nie gedacht habe, ohne Arbeit dazustehen, ist es schon deprimierend, mit Hartz IV zurechtzukommen. Einen Job mit 2 Kindern als Altenpflegerin zu finden ist als Frau sehr schwierig.“

„Keine Arbeit, kein Hartz IV, da mein Mann ´zu viel` verdient. Nach allen Abzügen bleibt ein Monatsbudget von 200 € zum ´leben` übrig. Seit Wochen aggressiv zu meinem Mann und allen anderen Bekannten gegenüber. Sehr unzufrieden mit allem und jeden.“

„Ich bin seit dem 3-jährigen Erziehungsurlaub mit meinem Sohn arbeitslos. Anfangs habe ich das nicht für so schlimm betrachtet, ich habe ja eine gute Ausbildung und Berufserfahrung, zum Ende sogar den Job einer Chefsekretärin ausgeführt. Im Laufe der Zeit ist aber schon schlimm, es gibt einfach keine Arbeit. Und wenn, dann ist ein Kind mit vorgeschriebenen Kindergartenzeiten voll der Klotz am Bein. In der heutigen Gesellschaft wird ein Kind nicht berücksichtigt. Mittlerweile bemühe ich mich sogar um Putzjobs... Auf die Hilfe vom Arbeitsamt kann man verzichten, die schikanieren einen sogar noch!“

„Ich bekomme seit Januar Hartz IV. Wenn man wie bei Arbeitslosenhilfe dazuverdienen könnte, wäre das viel wert. Aber bei Hartz IV wird jeder Nebenverdienst angerechnet, das ist nicht gut, mehr schlecht als recht.“

„Arbeitslos, ohne Führerschein, aber ohne Führerschein keine Arbeit. Arbeitsamt bezahlt nur unter bestimmten Voraussetzungen ... Aus diesem Grund sitze ich vor Kaufhallen rum und bettle mir was zusammen. Ich baue mir seit etwa 1 Jahr ein Netz von Leuten auf, die jederzeit bei mir anrufen können und dann helfe ich denen für ein paar €. Meist gibt es noch etwas zu essen“.

Inhaltsübersicht:

	<u>Seite</u>
0. Vorbemerkungen	
0.1 Hauptaussagen zum politischen Einstellungswandel bei den heute 32-Jährigen zwischen 1987 und 2005	6
0.2 Angaben zur Sächsischen Längsschnittstudie und zur Untersuchungspopulation	11
1. Haupttendenzen des politischen Einstellungswandels vor und nach der Wende	14
1.1 Enttäuschung von der Herrschaft der SED, jedoch ein starker Glaube an eine sichere Zukunft in der DDR	14
1.2 Kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende, allerdings mit abnehmender Konsequenz	16
1.3 Das vereinte Deutschland ist für die meisten der 32-Jährigen zu einer Selbstverständlichkeit und zugleich zu einer Utopie geworden	19
1.4 Skepsis und Kritik gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem nehmen weiter zu	23
1.4.1 Geringe Zufriedenheit mit grundlegenden Seiten der Politik	23
1.4.2 Bereitschaft zu politischer Partizipation geht gegen Null	28
1.4.3 Nur eine Minderheit glaubt an die Zukunftsfähigkeit des gegenwärtigen Kapitalismus	29
1.4.4 Immer weniger schätzen die Entwicklung im Osten als Fortschritt ein	35
1.5 Das ohnehin geringe Vertrauen zu den demokratischen Parteien stürzt weiter ab	35
1.6 Good bye Lenin bedeutet nicht good bye DDR	39
1.6.1 Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger	39
1.6.2 Beim Systemvergleich schneidet die DDR in sozialer Hinsicht immer besser ab	44

1.7. Sozialismus – eine gute Idee, nur schlecht ausgeführt	50
1.7.1 Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden	50
1.7.2 Fast die Hälfte plädiert für eine reformsozialistische Alternative	52
1.8 Keine Zukunft im Osten	54
1.9 Existenzängste dämpfen die Zukunftszuversicht und die Identifikation mit dem gegenwärtigen Kapitalismus	59
2. Einflussfaktoren der Kritik am gegenwärtigen Gesellschaftssystem und des Entstehens von Existenzängsten	65
2.1 Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Arbeitsplatzes	67
2.2 Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung	81
2.3 Zunehmende Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit	83
2.4 Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden	85
Anhang	
A.1 Weitere Angaben zur Untersuchungspopulation	86
A.2 Weitere ausgewählte Ergebnisse	87
A.3 Literatur; Angaben zum Verfasser	92

0. Vorbemerkungen

01. Hauptaussagen der Studie:

Die Sächsische Längsschnittstudie dokumentiert in vermutlich einmaliger Weise den massiven Wandel, der sich bei den Panelmitgliedern zwischen ihrem 14. und 32. Lebensjahr in Bezug auf ihr politisches Bewusstsein vollzogen hat, ausgelöst durch das Erleben der Endzeit der DDR und des realen Sozialismus, die schockartigen Veränderungen in der Wendezeit und die Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems der Bundesrepublik. Damit ist der weitaus größte Teil ihres bisherigen bewussten Lebens von weitreichenden und tiefgehenden Umbrüchen beeinflusst worden, deren Folgen für ihre weitere Persönlichkeitsentwicklung heute noch nicht absehbar sind.

Die wichtigsten Trendlinien des politischen Einstellungswandels im Untersuchungszeitraum 1987 bis 2005 lassen sich wie folgt zusammenfassen.

1. Die Ergebnisse aus der ersten Phase dieser Studie vor der Wende (1987 - Frühjahr 1989) widerspiegeln die Enttäuschungen der damals 14- bis 16-jährigen Panelmitglieder vom „real existierenden Sozialismus“ in der Endzeit der DDR. Ihre Identifikation mit der DDR, mit dem Sozialismus überhaupt, mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ging von Jahr zu Jahr mehr oder weniger drastisch zurück. An der Politik der SED wurde deutliche Kritik geäußert.

Von diesen regressiven Tendenzen faktisch ausgenommen war jedoch ihre Überzeugung, in der DDR eine sichere Zukunft zu haben. Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, darunter nicht zuletzt die Tatsache, dass im Frühjahr 1989, am Ende der 10. Klasse, für faktisch alle TeilnehmerInnen der Untersuchung feststand, wie es nach der Schulzeit weitergeht. Sie hatten eine sichere berufliche Perspektive, für Ängste um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bestand kein Anlass. Diese und weitere sozialen Erfahrungen wirken fast ungebrochen bis in die Gegenwart nach und bilden den Kern einer noch heute bestehenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR.

Diese Fakten sind auch aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen dieser jungen Frauen und Männer auf die Folgen der Vereinigung und des Transformationsprozesses in Ostdeutschland.

2. Für die große, wenn auch deutlich abnehmende Mehrheit der in die Studie einbezogenen gegenwärtig 32-jährigen Ostdeutschen gibt es kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende. Nur eine Minderheit stellt 15 Jahre nach dieser Zäsur in Frage, dass die Wende richtig war. Die meisten bezweifeln aber in zunehmendem Maße, dass die Ziele der ‚friedlichen Revolution‘ im Herbst ’89 erreicht wurden. Viele stellen auch in Frage, dass die Ostdeutschen damit die Freiheit errungen haben.

3. Das vereinte Deutschland ist für die meisten von ihnen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre berufliche Karriere, nicht zuletzt dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Allerdings ist in der jüngsten Zeit ein Rückgang der Zustimmung zu beobachten.

Die Vereinigungsfolgen für Ostdeutschland werden noch immer überwiegend ambivalent bewertet. Der vermutete Zeitpunkt für die Herstellung der wirtschaftlichen und der inneren Einheit wird von Jahr zu Jahr weiter in die Zukunft hinaus geschoben, sie wird für sie mehr

und mehr zu einer Utopie - Widerspiegelung erheblicher Enttäuschungen von den Realitäten des Vereinigungsprozesses.

4. Die grundsätzliche Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch rund anderthalb Jahrzehnte nach der Herstellung der Einheit mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet, in jüngster Zeit sogar mit deutlich zunehmender Tendenz.

Das betrifft in besonderem Maße die jetzige Wirtschaftsordnung und – damit eng zusammenhängend - das politische System in der Bundesrepublik. Die ohnehin geringe Zufriedenheit mit beiden Seiten ging schon am Ende der Kohl-Ära stark zurück, nach einem kurzzeitigen Anstieg nach dem Regierungswechsel 1998 und den damit verbundenen neuen Hoffnungen hat sie danach erneut mehr als zuvor abgenommen. Nur Minderheiten sind zufrieden mit der Demokratie, mit der Sozialpolitik, der Familienpolitik, der Gesundheitspolitik und der Lohnpolitik in Ostdeutschland.

5. Die Bereitschaft der Panelmitglieder zur gesellschaftlichen Partizipation ist von Jahr zu Jahr geringer geworden und geht jetzt gegen Null. Diese Orientierung, die schon in der Endzeit der DDR stark zurück gegangen war, nahm nach der Wende keinen Aufschwung, sondern stürzte im Gegenteil völlig ab.

Auch der starke Rückgang des Strebens nach Aufstieg in der jetzigen Gesellschaft ist Ausdruck des massiven Abbaus der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems. Hintergrund ist vor allem die Erfahrung, als Ostdeutscher nach wie vor nur geringe Chancen zu haben, in die vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite aufgenommen zu werden - ein generelles Problem der ostdeutschen Gesellschaft.

6. Das Vertrauen zu den demokratischen Parteien ist nur sehr gering entwickelt. Die Trends belegen: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System, mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die sehr schwache Vertrauensbasis faktisch aller demokratischen Parteien zurück. Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht in Sicht. Im Gegenteil: In den letzten Jahren hat sich der Anteil der jungen Erwachsenen, die zu keiner der etablierten Parteien Vertrauen haben, drastisch auf fast drei Viertel erhöht. Stark beeinflusst wird dieser Prozess durch die kritische Sicht auf die heute herrschende politische Klasse, die im Hinblick auf Moral und Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern mehrheitlich auf eine Stufe mit den Politikern in der DDR gestellt wird. Die meisten meinen, dass die heute herrschenden Politiker in erster Linie die Politik der Reichen und Mächtigen vertreten.

7. Die kritische Sicht dieser jungen Ostdeutschen auf das jetzige Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten und weiter wachsenden Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit. Nur weniger als 10% glauben daran, dass dieses System die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird und dass es das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell sei. Ebenfalls nur eine Minderheit hofft, dass das jetzige System erhalten bleibt, die meisten wünschen das Gegenteil, wollen den gegenwärtigen Kapitalismus wieder loswerden. Und nur ein kleiner Teil bejaht, dass im Kapitalismus Freiheit existiert und die Menschenrechte geachtet werden. Der Anteil derer, die die Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende als Fortschritt bewerten, ist deutlich zurückgegangen. Besonders diese Ergebnisse lassen auf eine tief verinnerlichte systemkritische Haltung schließen, deren Quellen nicht nur in den gegenwärtigen Erfahrungen dieser jungen Frauen und Männer liegen, sondern vermutlich weit in ihre zu DDR-Zeiten erfahrene Sozialisation zurückreichen.

8. Die anwachsende Kritik des größten Teils der Panelmitglieder an ihrem gegenwärtigen gesellschaftlichen Umfeld geht zeitgleich mit teilweise überraschenden Entwicklungen anderer politischer Einstellungen einher. Sie äußert sich insbesondere im Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, der sich als ein sehr langwieriger Prozess erweist. Bei den meisten dieser 32-Jährigen ist konstant eine „Doppelidentität“ festzustellen: Sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist bei ihnen offensichtlich tiefer verwurzelt, als lange Zeit angenommen wurde. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik noch längere Zeit dauern wird, wenn sie überhaupt zustande kommt. Dafür spricht auch, dass die politische Identifikation mit der Bundesrepublik erst sehr schwach ausgeprägt ist und ebenfalls zurückgeht.

9. Beim Systemvergleich DDR – heutige Bundesrepublik schneidet die DDR in sozialer Hinsicht nicht schlechter, sondern von Jahr zu Jahr besser ab. Das gilt vor allem in Bezug auf die soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder, das Verhältnis der Menschen untereinander, die Förderung der Familie, den Schutz gegenüber Kriminalität, die Schulbildung, die soziale Gerechtigkeit. Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen bei den 32-Jährigen auch gegenwärtig positive Erinnerungen überwiegen.

Mit hoher Konstanz halten sie mehrheitlich an der Auffassung fest, dass die DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten hatte. Dabei wird die DDR um so positiver beurteilt, je negativer die heutigen Erfahrungen der jungen Leute mit den Folgen der Vereinigung sind. Diese positiven Erinnerungen stehen jedoch in keinem Zusammenhang mit ihren früheren politischen Bindungen, bedeuten keine „ideologische Verklärung“ der DDR.

Zahlreiche TeilnehmerInnen halten an ihrer Kritik fest, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR in das vereinte Deutschland zu übernehmen.

Zu einer totalen Verurteilung der DDR als „lebenslanger Knast“ ist etwa ein Drittel bereit.

10. Die ansteigende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht außerdem mit einer deutlich zunehmenden Tendenz der Identifikation mit sozialistischen Idealen einher. Sozialistisches Gedankengut ist trotz des Zusammenbruchs der DDR und des „Real existierenden Sozialismus“ nicht aus dem Bewusstsein dieser jungen Ostdeutschen verschwunden. Dafür spricht auch, dass die überwiegende Mehrheit den Sozialismus für eine gute Idee hält, die nur schlecht verwirklicht wurde, und dass fast die Hälfte von ihnen für eine reformsozialistische Alternative zum jetzigen System plädiert. Die grundsätzliche Frage „Kapitalismus oder Sozialismus?“ ist für sie offensichtlich noch nicht endgültig beantwortet. Dass die sozialistischen Gesellschaftsideale sich eines Tages durchsetzen werden, glauben gegenwärtig allerdings ebenso wenige wie das jetzige Gesellschaftsmodell für zukunftsfähig halten.

11. Die persönliche Zukunftszuversicht der 32-Jährigen – zugleich aussagekräftiges Kriterium dafür, wie sie die Zukunft der Gesellschaft beurteilen – hat nach der Wende und der deutschen Einheit nicht zugenommen, sondern erheblich abgenommen. Als ein sehr ernstes Signal ist zu werten, dass immer weniger der 32-Jährigen ihre Zukunft mit Ostdeutschland verbinden. Vor der Wende ging bei ihnen der Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR nur unwesentlich zurück. Nach der Wende stürzte die individuelle Prognose, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, geradezu ab - Echo der realen wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und der zunehmend pessimistischen Erwartungen für deren Entwicklung in absehbarer Zeit, insbesondere mit Blick auf den

„Arbeitsmarkt“. Das hat zugleich beträchtliche Folgen für die Einstellung zur Wirtschaftsordnung und zur Legitimität des politischen System, aber auch für die Absichten der Panelmitglieder, im Osten zu bleiben oder in den Westen bzw. ins Ausland abzuwandern. Etwa ein Viertel dieser jungen Erwachsenen ist bereits abgewandert und hat sich dort integriert; fast alle wollen auch dort bleiben einschließlich ihrer Kinder.

12. Die Zukunftszuversicht vieler Panelmitglieder, ihre gesamte Lebensgrundstimmung wird durch eine Vielzahl von Alltagsängsten beeinträchtigt, die aus den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen erwachsen. Vor allem die psychisch stark belastenden existenziellen Ängste vor einer weiteren Verteuerung des Lebens, vor eigener Arbeitslosigkeit und Eintreten einer persönlichen Notlage, vor den Auswirkungen von „Hartz IV“ sowie vor weiteren Reformen der Regierung haben erheblichen Anteil an der bestehenden Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen System, an einer verbreiteten Angst vor dem heutigen Kapitalismus. Bei sehr vielen ist über Jahre hinweg ein „Stau“ negativer Gefühle entstanden. Als Alarmsignal ist zu werten, dass rund zwei Drittel der jungen Erwachsenen sich bereits im Alter von 32 Jahren von Armut im Alter bedroht fühlen!

13. Dank der spezifischen Anlage der Untersuchung als Längsschnittstudie bei einer identischen Population über die Wende hinweg konnten aus der Vielfalt der realen individuellen Lebensumstände der Panelmitglieder mehrere wesentliche Einflussfaktoren nachgewiesen werden, die hinter den erwähnten Trends stehen. Sie lassen sich überwiegend auf den gemeinsamen Nenner der persönlichen Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem bringen.

13.1 Entscheidender aktueller Einflussfaktor ist die Grunderfahrung Arbeitslosigkeit, die immer mehr dieser jungen Ostdeutschen machen müssen, bis 2005 bereits rund zwei Drittel. Der Anteil derer, die bereits mehrfach Arbeitslosigkeit erlebt haben und bei denen ihre ernstesten negativen Auswirkungen besonders deutlich sichtbar werden, hat sich zwischen 1996 und 2005 von 17% auf 35% faktisch verdoppelt! Zugleich ist die kumulierte Gesamtdauer von 7,5 Monaten 1996 auf 14 Monate 2005 gestiegen.

Die Arbeitslosigkeit geht wie ein Riss durch die gesamte Population. Sie nährt Ängste gegenüber dem gegenwärtigen kapitalistischen System, bestärkt Zweifel an seiner Zukunftsfähigkeit, weckt Hoffnungen auf einen Systemwechsel und erhöht die Protestbereitschaft, hat aber auch erhebliche negative Folgen für die physische und psychische Gesundheit der TeilnehmerInnen. Entscheidend ist, dass diese negativen Auswirkungen mit wachsender Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit des einzelnen Betroffenen in vieler Hinsicht nachweislich kumulativ zunehmen, eine Tatsache, die aus den amtlichen Statistiken nicht ablesbar ist. So geht mit zunehmender Dauer eigener Arbeitslosigkeit kontinuierlich die Zukunftszuversicht der jungen Erwachsenen zurück und steigt ihre Angst vor einer persönlichen Notlage stark an. Selbst die Zahl der gewünschten Kinder nimmt signifikant ab! Diese Folgen werden von der Politik völlig unterschätzt, klein geredet oder kaschiert.

Die übergroße, weiter zunehmende Mehrheit meint, dass Arbeitslosigkeit ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems ist, Angst vor der Zukunft macht, den Menschen ihr Selbstbewusstsein und ihre Lebensfreude nimmt, Verlust an individuellen Freiheiten bedeutet und die Menschen arm und krank macht. Nahezu alle lehnen es ab, sich mit Arbeitslosigkeit abzufinden. Bei mehr als der Hälfte von ihnen haben sich die langjährigen

Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit inzwischen zu der Auffassung verdichtet, dass ohne Arbeit keine Freiheit existiert.

Dabei spielen keineswegs nur die direkten, persönlichen Erfahrungen eine Rolle, sondern auch indirekte Erfahrungen im sozialen Nahbereich (Lebenspartner/Eltern/Geschwister/enge Freunde), sowie die Wahrnehmung der vielschichtigen negativen Folgen einer weiter zunehmenden kollektiven Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Auch diese Wirkungen werden viel zu gering eingeschätzt. Hinzu kommt bei vielen TeilnehmerInnen die weiter abnehmende Sicherheit ihres Arbeitsplatzes, die in ihren psychischen Auswirkungen denen von erfahrener Arbeitslosigkeit faktisch gleich zu setzen ist.

Als Zeitpunkt, ab dem man sich eigenen Beobachtungen zufolge heute generell Sorgen um seinen Arbeitsplatz machen müsse, wird 2005, d. h. mit 32 Jahren, ein Alter von durchschnittlich 36,9 Jahren angegeben! 64% vermuten, dass die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland eher zunehmen wird, 2% dass sie eher abnehmen wird. 34% schätzen, dass sie bleibt wie sie ist.

Weiter stellte sich heraus, dass nur wenige Panelmitglieder Demokratie tatsächlich erleben, dass ein großer Teil die deklarierte Chancen- bzw. Verteilungsgerechtigkeit vermisst und noch immer die Erfahrung machen muss, von vielen Westdeutschen als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden. Der Anteil derer, die diese Erfahrung machen, steigt gegenwärtig wieder an.

13.2 Die in der DDR erfahrene Sozialisation der 32-Jährigen hat bis in die Gegenwart nachweisbare Langzeitwirkungen. Das betrifft vor allem die damaligen Alltagserfahrungen in sozialer Hinsicht, insbesondere die erlebte soziale Sicherheit. Aber auch die damalige politische Sozialisation ist nachweislich nicht wirkungslos geblieben. Das äußert sich weniger in bestimmten Einstellungen als vielmehr in einer zunehmenden generellen Identifikation mit sozialistischem Gedankengut. Langzeitwirkungen früherer politischer Bindungen treten insbesondere bei denen hervor, die gegenwärtig überwiegend negative Erfahrungen mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem machen.

Fazit:

Die bis 2005 vorliegenden Trends führen alles in allem zu der Feststellung, dass der Zeitraum von rund anderthalb Jahrzehnten nicht ausgereicht hat, um einen größeren Teil der jetzt 32-Jährigen politisch für das jetzige Gesellschaftssystem einzunehmen. Sie haben sich diesem System gegenüber nicht „entfremdet“, sondern stehen ihm faktisch von der Wendezeit an mehrheitlich skeptisch oder ablehnend gegenüber. Diese kritische Haltung verstärkte sich bereits am Ende der Regierungszeit von Schwarz-Gelb, den kurzfristig wachsenden Hoffnungen nach dem Regierungswechsel 1998 zu Rot-Grün folgte ein noch stärkerer Absturz als zuvor.

Die Kehrseite davon ist, dass die meisten Panelmitglieder konstant an einer Doppelidentität festhalten, sich schon als Bundesbürger, aber zugleich noch als DDR-Bürger fühlen; dass sie sich in zunehmendem Maße mit sozialistischen Idealen identifizieren und für einen Systemwechsel zugunsten einer reformsozialistischen Alternative plädieren. Die Mehrheit hält den Sozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.

Einer der entscheidenden Faktoren für diese kapitalismuskritische Haltung der 32-Jährigen ist die Massenarbeitslosigkeit im Osten, von der immer mehr selbst betroffen sind und die sie täglich in ihrem sozialen Umfeld erleben, die viele als existenzielle Bedrohung und als Verlust an Freiheit erfahren, die ihnen Angst vor dem gegenwärtigen Kapitalismus macht. Systemkritik erwächst bei ihnen zugleich aus dem seit vielen Jahren bestehenden erheblichen Defizit an erlebbarer demokratischer Teilhabe und an sozialer Gerechtigkeit.

Zumindest mit dem Blick auf diese Altersgruppe ist zu konstatieren, dass die häufig geäußerte Vermutung, die Kritiker des Kapitalismus würden im Osten allmählich aussterben, wenig realistisch ist. Die Daten zeigen: Die Kritiker *sind* bereits nachgewachsen, und es ist heute völlig offen, welchen gesellschaftlichen Alternativen diese jungen Männer und Frauen nach ihrer zweifachen Enttäuschung sich zuwenden werden.

0.2 Angaben zur Sächsischen Längsschnittstudie und zur Untersuchungspopulation

Bei der Sächsischen Längsschnittstudie handelt es sich nicht um eine ein- oder mehrmalige Meinungsumfrage, sondern um eine in ihrer Anlage ungewöhnliche, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie wurde bereits 1987, zu DDR-Zeiten, begonnen und begleitet seitdem über die Wende hinweg den politischen Mentalitätswandel bei einer identischen Population junger Ostdeutscher zwischen ihrem 14. und (2005) 32. Lebensjahr.

Dass diese Studie seit nunmehr 18 Jahren immer noch existiert, verdankt sie einem glücklichen Umstand vor der Wende: Im Frühjahr 1989, etwa ein halbes Jahr vor dem Zusammenbruch der DDR, endete eine Längsschnittstudie (Intervallstudie) zum politischen Mentalitätswandel bei älteren SchülerInnen, die zwischen 1987 und 1989 in Zusammenarbeit des damaligen Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ), der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Zwickau durchgeführt wurde. Zu Beginn der Studie besuchten die Panelmitglieder die 8. Klasse und waren 14 Jahre alt, am Ende verließen sie die 10. Klasse im Alter von 16 Jahren.

Da die damaligen Ergebnisse (wie generell bei der DDR-Jugend, vgl. W. Friedrich/P. Förster/K. Starke 1999) einen deutlichen Rückgang der politischen Grundeinstellungen zum Sozialismus signalisierten, wurden die Panelmitglieder im Rahmen der letzten Befragung in der 10. Klasse im Frühjahr 1989 gebeten, auch nach dem Verlassen der Schule (als Lehrling, Student, Arbeiter) weiter an ähnlichen Forschungsprojekten teilzunehmen. Dazu erklärte sich erfreulicherweise freiwillig rund jeder zweite von ihnen (genaue Zahlen s. u.) bereit, mit Angabe ihrer damaligen Adressen.

Nach der Wende bemühten wir uns sehr intensiv darum, diese nunmehr etwa 17-Jährigen im Frühjahr 1990 für die Fortsetzung der Befragungen unter völlig veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu gewinnen, eine einmalige Chance sozialwissenschaftlicher Forschung zum „Groß-Experiment Deutsche Einheit“. Das ist bei einem hinreichend großen Teil von ihnen gelungen.

Entscheidend für die Aussagekraft der Daten ist, dass es sich bei dem 1987 gebildeten Panel um eine Zufallsauswahl der 14-Jährigen des Jahrganges 1972/73 aus 72 8. Klassen in 41 Schulen der Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt gehandelt hat, die repräsentativ für die 14-Jährigen in der DDR insgesamt war. Wie Berechnungen nachweisen, sind die nach der Wende erfassten Teilpopulationen wiederum eine Zufallsauswahl aus der

damaligen Gesamtpopulation, sie können ebenfalls als repräsentativ für die genannte Altersgruppe gelten (ausführlicher Nachweis vgl. Förster 2002, S. 13 f.).

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989, d. h. in der Endzeit der DDR) dokumentierte die Untersuchung den zunehmenden Verfall des politischen Bewusstseins der Panelmitglieder, ihre wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED. In ihrer zweiten Phase (seit Frühjahr 1990) begleitet sie nun den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger.

Die generelle Forschungsfrage ist, wie sie mit dem gegenwärtigen kapitalistischen System zurecht kommen, ob bzw. inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in ihm auch eine politische Identifikation mit diesem System bzw. mit der Bundesrepublik Deutschland entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen.

Die Untersuchungspopulation ist für solche Langzeitanalysen geradezu prädestiniert: Zur Wendezeit waren die TeilnehmerInnen bereits 16/17 Jahre alt, hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule (POS) als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit über ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR geprägt worden. Zugleich waren bzw. sind sie noch jung genug, um sich nach dem Zusammenbruch der DDR und des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des kapitalistischen Gesellschaftssystems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen.

Wir ergänzen diese generellen Angaben durch konkrete Zahlen:

In die drei Untersuchungswellen vor der Wende waren **1281** SchülerInnen einbezogen. Im Frühjahr 1989 erklärten sich im Rahmen der 3. Welle **587** TeilnehmerInnen freiwillig schriftlich bereit, auch nach Schulabschluss weiter mitzuarbeiten. Allerdings konnten nach dem Abschluss der Schulzeit und der wenig später folgenden politischen Wende nicht gleich alle von ihnen einbezogen werden. Viele hatten erst einmal damit zu tun, mit den gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen der Wende zurecht zu kommen, die insbesondere ihre Eltern, aber auch sie selbst betrafen. Doch schon im Frühjahr 1990, an der ersten Etappe nach dem Zusammenbruch der DDR, beteiligten sich immerhin 276 gleich 48% der nunmehr 17-jährigen potenziellen TeilnehmerInnen. Danach gingen die Teilnehmerzahlen noch einmal zurück, die Abwanderungswelle gen Westen machte keinen Bogen um die Studie. Viele Briefe kamen mit dem Vermerk zurück „Absender unbekannt verzogen“. Damals stand buchstäblich auf der Kippe, ob die Studie überhaupt eine Zukunft hat.

Durch mühevollen Recherchen (z. T. auf grotesken Wegen) gelang es allmählich, zahlreiche der zeitweilig „verschollenen“ Panelmitglieder wieder aufzufinden und für eine weitere Mitarbeit zurück zu gewinnen. Schon seit 1993 beteiligte sich ein hinreichend großer Teil an den bisher 16 (postalischen) Befragungen nach der Wende.

Die 19. Welle der Untersuchung fand überwiegend im Zeitraum Anfang Mai bis Ende August 2005 statt. 390 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück, das sind 67% derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten, eine hinreichend hohe Quote.

Durchschnittsalter zum Befragungszeitpunkt: 32,1 Jahre. Anteile der Geschlechtergruppen: männlich 47%, entsprechend weiblich 53%. 42% sind verheiratet. Als Besonderheit ist hervorzuheben: Von den TeilnehmerInnen leben 87 in den alten Bundesländern (23%) bzw. 4

im Ausland (1%). Das ermöglicht zusätzlich aufschlussreiche regionale Ost-West-Vergleiche der Lebenslage und des Mentalitätswandels (weitere Angaben zur Population siehe Anhang). Die Anzahl der Befragten lag in den Jahren 1990 bis 1994 zwischen 170 und 276, ab 1995 zwischen rund 350 und 400 mit stark zunehmender Tendenz.

Die folgenden Ergebnisse können mit einer statistischen Fehlertoleranz von plus/minus 5% für junge Ostdeutsche der Altersgruppe der (2005) 32-Jährigen (Geburtsjahrgang 1973) verallgemeinert werden, unabhängig davon, ob sie im Osten oder Westen leben. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die ermittelten Zusammenhänge und Trends. Sie widerspiegeln sozusagen im Kleinen wichtige Aspekte des Prozesses der deutschen Einheit, seiner Licht- wie Schattenseiten.

Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht beansprucht. Ähnlichkeiten in anderen, vor allem höheren Altersgruppen sind nicht auszuschließen, insbesondere im Hinblick auf den Einflussfaktor „Arbeitslosigkeit“.

Der Autor ist Forschungsleiter der Studie seit 1987, vor der Wende im Zusammenwirken mit Wissenschaftlern der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Zwickau. Die Studie steht hinsichtlich Anlage und Auswertung in der Tradition der Längsschnittforschung des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), das zwischen seiner Gründung 1966 und seiner „Abwicklung“ 1990 fast 20 Untersuchungen dieser Art durchgeführt hat (vgl. Müller 1999, S. 491, 566).

Die Auswertung der Daten ist noch nicht abgeschlossen. Auf einige Forschungsgegenstände wie z. B. die Lebensorientierungen, kollektive Identitäten, Entwicklung der Familienbildung, Einfluss der Westsenderrezeption vor der Wende u. a. kann hier nicht eingegangen werden bzw. sie sind erst noch aufzuarbeiten. Das gilt auch für die Fülle der qualitativen Daten (Antworten auf offene Fragen), die seit 1990 vorliegen, sowie für die interessanten Ergebnisse zu psychologischen bzw. medizinischen Fragestellungen (vgl. dazu die Literaturhinweise im Anhang).

Bei den folgenden Ergebnissen handelt es sich um eine Auswahl wesentlicher Trends, aus denen die Grundrichtung des politischen Einstellungswandels besonders deutlich hervorgeht. Auf breite Interpretationen kann meist verzichtet werden, da die dargestellten Trends für sich selbst sprechen.

Die Abkürzung AP bedeutet Antwortposition eines vorgegebenen Antwortmodells, X steht für Mittelwert. Prozentdifferenzen, aus denen Aussagen über Trends bzw. Unterschiede zwischen Subgruppen abgeleitet werden, wurden auf statistische Signifikanz geprüft ($\alpha = 0.05$).

Die Zahlenangaben in den Tabellen und Abbildungen sind (wenn nicht anders angegeben) Prozentwerte; im Tabellenkopf wird das nicht gesondert erwähnt. Auf die bei Panelstudien berechenbaren Längsschnittkoeffizienten können wir aus Gründen des Umfangs des Berichtes nicht eingehen.

Auf eine ausführliche Darstellung des politischen Mentalitätswandels bei den Panelmitgliedern vor der Wende, zwischen ihrem 14. und 16. Lebensjahr, müssen wir in dieser Information verzichten. Diese Trends werden vom Verfasser ausführlicher beschrieben in der Publikation:

Peter Förster: „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende.“ Verlag Leske + Budrich, Opladen 2002 (ISBN 3-8100-3452-5)

Wir danken der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die Förderung der Studie seit der 16. Welle im Jahr 2002.

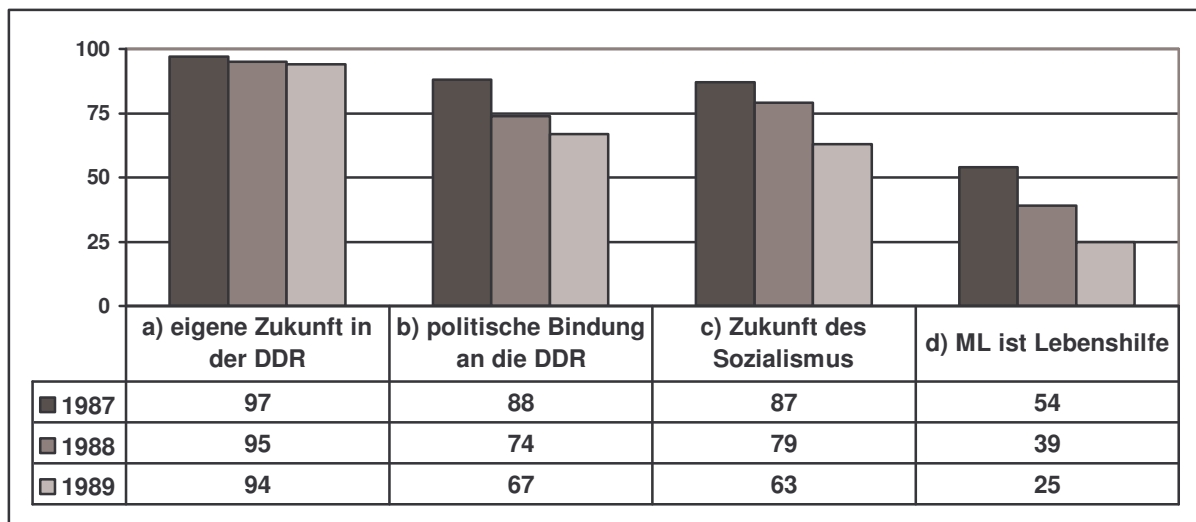
1. Haupttendenzen des politischen Einstellungswandels zwischen 1987 und 2005

1.1 Enttäuschung von der Herrschaft der SED, jedoch ein starker Glaube an eine sichere Zukunft in der DDR

Ein wesentlicher Vorzug dieser Studie besteht darin, dass wir uns bei den Analysen zum Wandel der politischen Einstellungen und der Zukunftszuversicht auch auf Daten stützen können, die bei den Panelmitgliedern bereits vor der Wende gewonnen wurden. Anliegen der ersten Phase der Untersuchungen war es unter anderem, die Entwicklung der politischen Grundeinstellungen, der Lebensorientierungen und der Zukunftserwartungen bei den damaligen SchülerInnen zwischen ihrem 14. und 16. Lebensjahr bzw. zwischen der 8. und 10.Klasse der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule zu analysieren. Diese Analysen waren und sind noch heute insofern sehr interessant, da sie zwischen 1987 und Frühjahr 1989 vorgenommen wurden, d. h. in den letzten Jahren der DDR, rund ein halbes Jahr vor ihrem Zusammenbruch. Einige der damals gestellten Fragen konnten auch nach der Wende fortgeschrieben werden, u. a. zu Lebenszielen wie z. B. der Bereitschaft zur politischen Aktivität, zur persönlichen und gesellschaftlichen Zukunftszuversicht. Zu diesen Fragen liegen mittlerweile bemerkenswerte Ergebnisse über den gesamten Zeitraum zwischen 1987 und 2005 vor. Aber auch alle anderen Daten zu politischen Problemstellungen bilden einen soliden Hintergrund für die korrekte Beurteilung von Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation zu DDR-Zeiten.

Die Ergebnisse aus der ersten Phase dieser Studie vor der Wende (1987 - Frühjahr 1989) belegen die Enttäuschungen der damals 14- bis 16-jährigen Panelmitglieder vom „real existierenden Sozialismus“ in der Endzeit der DDR. Ihre politische Identifikation mit der DDR, mit dem Sozialismus überhaupt, mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ging von Jahr zu Jahr mehr oder weniger drastisch zurück:

Abbildung 1.1.1: Veränderungen ausgewählter politischer Grundeinstellungen bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und (Frühjahr) 1989 - Zusammengefasste Anteile sehr starker (Antwortposition 1) und starker (2) Zustimmung in Prozent. Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder.



Fragetexte: a) „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“
 b) „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.“
 c) „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“
 d) „Der Marxismus-Leninismus gibt mir auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort.“

Antwortmodell: Davon bin ich überzeugt 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Die Trends sind eindeutig: Die Überzeugung von der Bedeutung des „ML“ als Lebenshilfe (schon 1987 nur schwach ausgeprägt), die politische Identifikation mit der DDR, der Glaube an den Sieg des Sozialismus nahmen in dieser Zeit immer mehr ab. Der Widerspruch zwischen der politischen Rhetorik der SED einerseits (insbesondere in den Medien) und den eigenen Lebenserfahrungen der Jugendlichen andererseits wurde immer größer. Schon damals hatten sie gelernt, zwischen Theorie und Praxis zu unterscheiden. Ein „Nullpunkt“ der Identifikation mit dem Sozialismus war allerdings selbst kurz vor der Wende nicht erreicht. Ablesbar ist aber auch: Das Vertrauen darauf, in der DDR eine „gesicherte Zukunft“ zu haben, blieb faktisch bis kurz vor der Wende erhalten. Im Frühjahr 1989 glaubten noch immer 94% an eine gesicherte Zukunft in der DDR, darunter 62% ohne Einschränkung. Selbst jene Panelmitglieder, die sich von der DDR politisch distanzieren, gingen mehrheitlich davon aus, dass sie ihnen eine gesicherte Zukunft bietet. Ein völliger Zusammenbruch des von ihnen zunehmend kritisch bewerteten Staates wurde auch von ihnen nicht erwartet. Die weiblichen Panelmitglieder äußerten sich damals übrigens signifikant positiver als die männlichen, ein aus heutiger Sicht bemerkenswerter Sachverhalt, bewerten sie doch heute das jetzige System fast durchgehend signifikant negativer.

Die erwähnte Zuversicht der Panelmitglieder in eine gesicherte Zukunft hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, sie war kein ideologisches Bekenntnis zur DDR. Ein wesentlicher Hintergrund dafür war, dass zu diesem Zeitpunkt für faktisch alle von ihnen (97%) fest stand, wie es nach der zu Ende gehenden Schulzeit weitergeht. Bis auf wenige Ausnahmen hatten alle Absolventen ihren Platz an der folgenden Erweiterten Oberschule (EOS) oder ihre Lehrstelle sicher bzw. wussten, dass sie ein Fachschulstudium beginnen oder eine Arbeit im Betrieb aufnehmen werden. Für Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit bestand kein Anlass.

Die damals gewonnenen Daten sind damit sehr aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen dieser jungen Frauen und Männer auf die Folgen der Vereinigung und des Transformationsprozesses in Ostdeutschland. Mehr noch: Vieles in ihrem Denken und Fühlen ist überhaupt nur auf dem Hintergrund ihrer damaligen

persönlichen Erfahrungen zu verstehen. Es ist damit zu rechnen, dass diese teilweise überraschenden Nachwirkungen erfahrener Sozialisation bei ihnen noch geraume Zeit anhalten werden.

Ausführlicher sind die vor der Wende gewonnenen Daten dargestellt in der Publikation des Autors „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit“ (vgl. Förster 2002, S. 33 – 45).

1.2 Kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende, allerdings mit abnehmender Konsequenz

Wie die umfangreichen qualitativen Ergebnisse der ersten Befragung nach der Wende im Frühjahr 1990 zeigten, wurde diese politische Zäsur von der Mehrheit der Teilnehmer grundsätzlich positiv bewertet. Viele von ihnen hatten sich selbst aktiv an den vielerorts stattfindenden „Montags-Demos“ beteiligt. Dazu liegen aus der 4. Welle im Frühjahr 1990 umfangreiche qualitative Daten vor (Antworten auf eine entsprechende offene Frage) hervor, auf die hier nur verwiesen werden kann (vgl. Förster 2002).

In den folgenden Jahren ist die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen/jungen Erwachsenen bei ihrer grundsätzlichen Bejahung der Wende geblieben, die meisten davon ohne Einschränkung. Wir informieren zunächst über die 2005 ermittelten Ergebnisse:

Tabelle 1.2.1: Zustimmung zur Wende 2005, nach Untergruppen differenziert

„Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, 2,3 4 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	n
Gesamtgruppe	48	24	(72)	20	6	2	384
<u>Geschlechtergruppen:</u>							
männlich	56	21	(77)	15	6	2	179
weiblich	42!	26	(68)	23	6	3	205
<u>Angst vor den Auswirkungen von „Hartz IV“</u>							
stark/eher stark	39!	23	(62)	25	9	4	121
eher schwach/schwach	52	24	(76)	17	5	2	263
<u>Angst vor (erneuter) persönlicher Arbeitslosigkeit:</u>							
stark/eher stark	38!	26	(64)	24	8	4	147
eher schwach/schwach	54	22	(76)	17	5	2	237
<u>Angst vor Armut im Alter:</u>							
stark/eher stark	42!	25	(67)	23	7	3	265
eher schwach/schwach	61	22	(83)	13	3	1	119

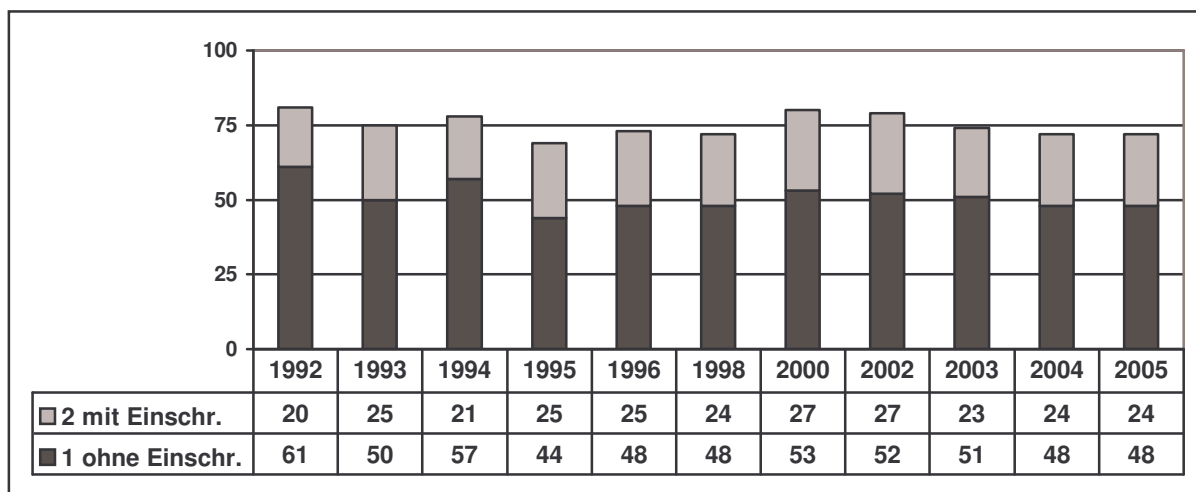
Rund drei Viertel der nunmehr 32-Jährigen bejahen diese Zäsur, die meisten davon einschränkungslos. Nur 8% stellen sie in Frage (AP 4+5). Für die meisten von ihnen soll es kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende geben. Auffällig ist aber, dass von den jungen Frauen signifikant weniger einschränkungslos zustimmen als von ihren männlichen Altersgefährten, eine aus den bisherigen Analysen bekannte typische

Erscheinung, die auch in dieser 19. Welle wiederkehrt und ähnlich auf andere Grundeinstellungen zutrifft. Sie ist von beträchtlicher Aussagekraft und Brisanz.

Signifikante (deutliche) Zusammenhänge bestehen vor allem mit den 2005 stark verbreiteten Ängsten der 32-Jährigen wie z. B. der Angst vor den Auswirkungen von „Hartz IV“, vor eigener (erneuter) Arbeitslosigkeit oder der weiter im Ansteigen befindlichen Angst vor Altersarmut: Je stärker diese Ängste sind, desto schwächer fällt die Bejahung der Wende aus. Von den vielen, die schon jetzt Angst vor Altersarmut haben (das sind rund zwei Drittel, wir gehen noch darauf ein), bejahen diese „Gretchenfrage“ erheblich weniger einschränkungslos als von denen, die diese Sorge nicht haben: 42% gegenüber 61%!

Die entscheidende Aussage beruht jedoch auf der Auswertung der seit 1992 vorliegenden Zeitreihen:

Abbildung 1.2.1: Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser (Position 1) bzw. eingeschränkter (Position 2) Zustimmung zur Wende im Trend 1992 (7. Welle) bis 2005 (19. Welle)



Fragetext: „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

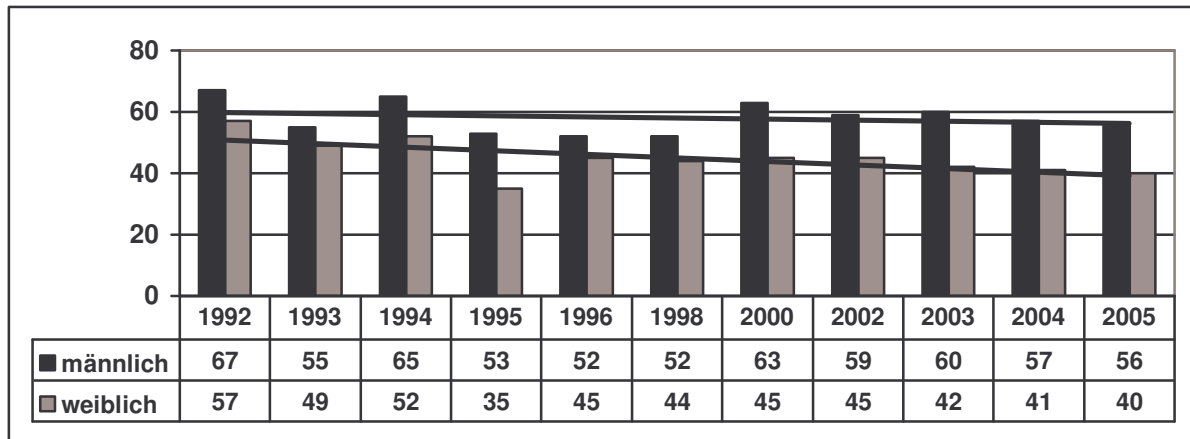
Nicht zu übersehen ist, dass (auch) diese grundsätzliche Einstellung bemerkenswerten Schwankungen unterliegt: Schon zwischen 1994 und 1998 kam es zu einem signifikanten und relevanten Abbau dieser Einstellung, Ausdruck der zunehmenden Unzufriedenheit dieser jungen Ostdeutschen mit der wirtschaftlichen Situation im Osten in der Endzeit der schwarz-gelben Regierungskoalition unter Helmut Kohl. Eine ähnliche rückläufige Tendenz ist erneut ab 2000 zu erkennen, d. h. nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün, Widerspiegelung erneut zunehmender Enttäuschungen.

Insgesamt gesehen ist der Anteil der Zustimmungen nicht gestiegen, sondern tendenziell von 81% 1992 auf 72% 2005 gefallen, darunter der einschränkungslosen Zustimmungen von 61% auf 48%! Das sind erhebliche Veränderungen in den Urteilen über dieses Ereignis von historischer Tragweite!

Zugleich ist das ein aufschlussreiches Beispiel für die seit der Wende bei dieser identischen Population abgelaufenen langfristigen, latenten Bewusstseinsprozesse, über die in dieser Dokumentation weiter zu berichten ist.

Für die jungen Frauen gelten diese regressiven Tendenzen in weitaus größerem Maße als für die jungen Männer, ablesbar vor allem am Anteil einschränkungsloser Zustimmung:

Abbildung 1.2.2: Anteil der einschränkungslosen Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2005, differenziert nach den Geschlechtergruppen



Die Prozentdifferenzen in den Jahren 1995 und 1996, sowie ab 2000 sind signifikant.

Die jungen Frauen haben ihre einschränkungslose Zustimmung zum damaligen Systemwechsel in diesem Zeitraum erheblich stärker zurück genommen haben als die jungen Männer, ebenfalls eine typische Tendenz.

Jüngste Ergebnisse belegen, dass diese Regression auch auf erhebliche Zweifel daran zurückzuführen ist, dass die Ziele der 'friedlichen Revolution' im Herbst 1989 erreicht wurden bzw. die Ostdeutschen damit die Freiheit errungen haben:

Tabelle 1.2.2: Einstellungen zur Wende

Das entspricht meiner Meinung

1 vollkommen

2 im großen und ganzen

3 teils-teils

4 kaum

5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
--	---	---	-------	---	---	---	---

„Die Ziele der 'friedlichen Revolution' im Herbst '89 sind heute verwirklicht.“

2002	2	26	(28)	58	13	1	2,86
2003	2	21	(23)	58	17	2	2,96
2004	1	18	(19)	53	22	6	3,13
2005	2	14	(16)	51	26	7	3,21

„Mit der friedlichen Revolution im Herbst '89 haben die Ostdeutschen die Freiheit errungen.“

2003	15	43	(58)	35	6	1	2,36
2004	17	35	(52)	37	9	2	2,45
2005	16	33	(49)	36	12	3	2,52

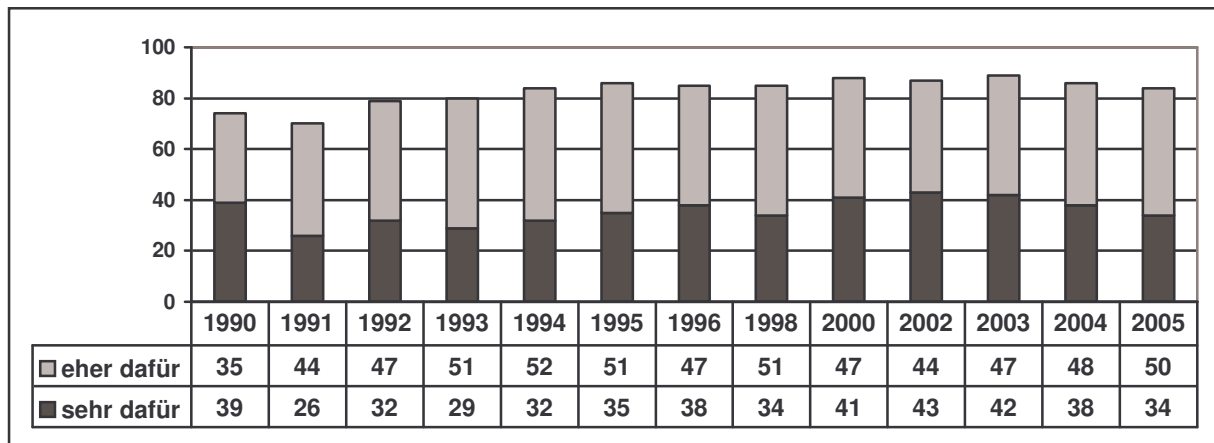
Nur noch 16% bejahen 2005, dass die damaligen Ziele verwirklicht wurden, 51% äußern sich ambivalent, immerhin 33% stellen das in Abrede. Die Tendenz der Zustimmung seit 2002 ist deutlich abnehmend, die der Ablehnung zunehmend.

Nur knapp die Hälfte (49%) der 32-Jährigen stimmt 2005 zu, dass mit der Wende die Freiheit errungen wurde. Die Tendenz seit 2003 ist ebenfalls rückläufig. Auf diese kritischen Urteile zur errungenen Freiheit kommen wir zurück.

1.3 Das vereinte Deutschland ist für die meisten der 32-Jährigen zu einer Selbstverständlichkeit und zugleich zu einer Utopie geworden.

Die jungen Erwachsenen haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre berufliche Karriere, nicht zuletzt dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren.:

Abbildung 1.3.1: Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 bis 2005. Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Zustimmung



Fragetext: „Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“

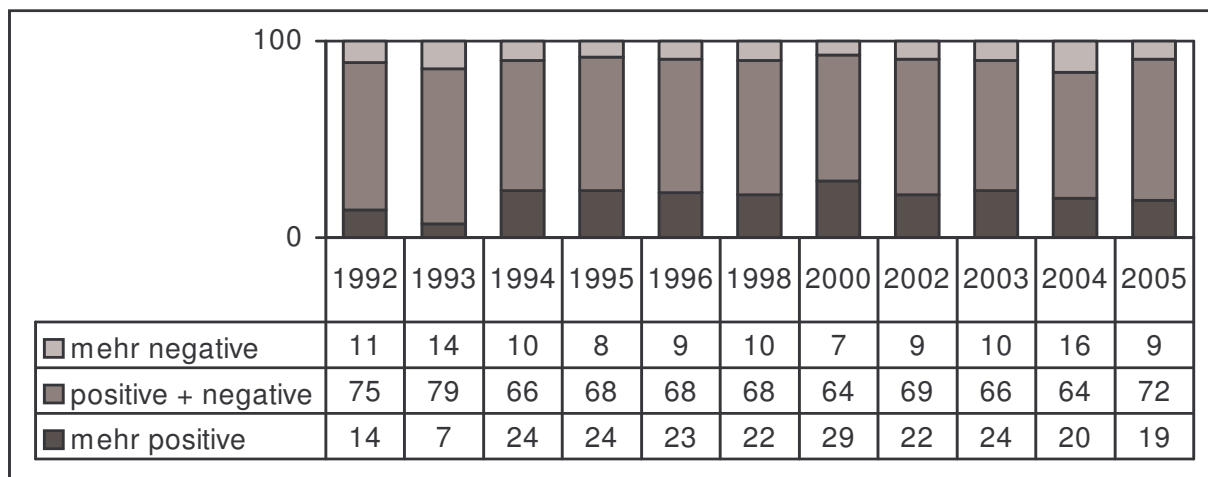
1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Die Daten von 1990 wurden im Frühjahr erhoben, also noch vor dem Beitritt. Ab 1991 wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten?“

Nach einer seit 1990 fast kontinuierlich wachsenden Bejahung (mit Ausnahme von 1998) ist allerdings ab 2003 wieder ein signifikanter Rückgang zu beobachten, insbesondere der vorbehaltlosen Zustimmung.

Trotz der überwiegenden Zustimmung zur Einheit werden ihre Folgen noch immer ambivalent beurteilt. Die Mehrheit der Panelmitglieder reflektiert seit 1992 sowohl positive als auch negative Veränderungen:

Abbildung 1.3.2: Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung im Trend 1992 bis 2005



Fragetext: „Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?“

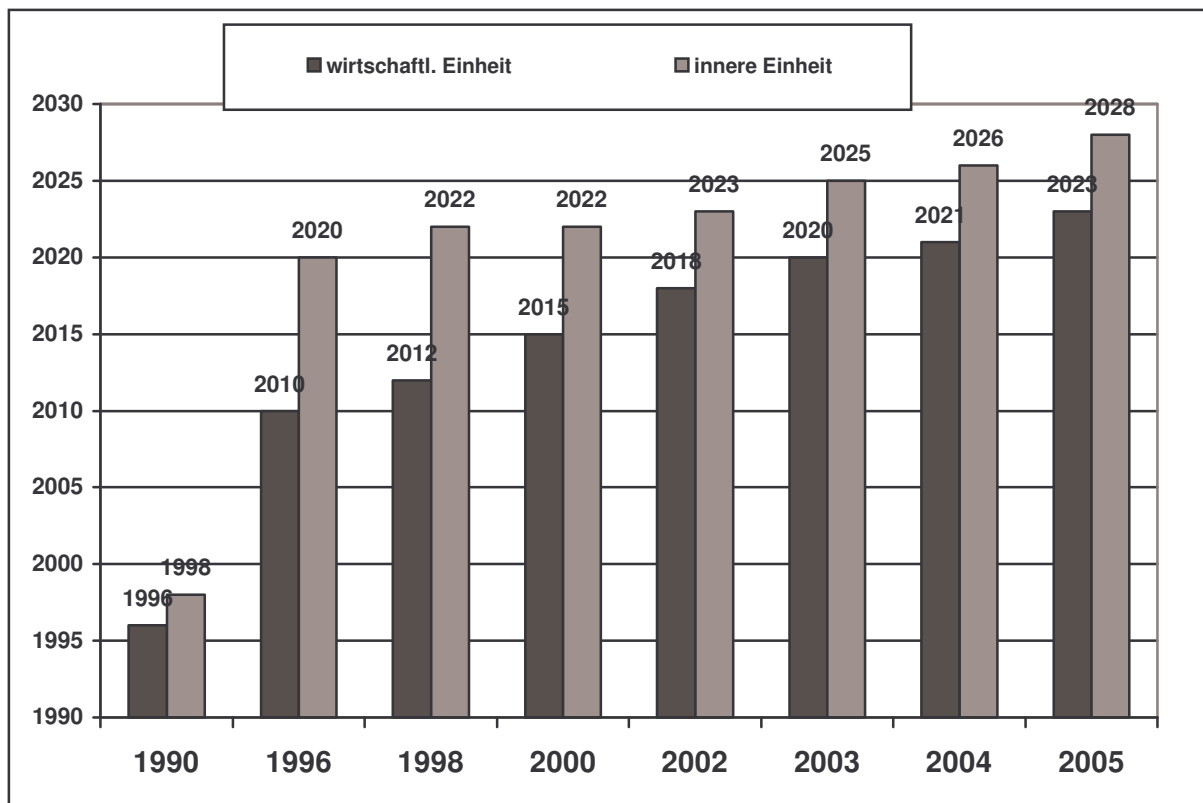
Insgesamt gesehen gab es in Ostdeutschland

1 mehr positive Veränderungen 2 sowohl positive als auch negative 3 mehr negative Veränderungen

Der bis 2000 erkennbare generelle Trend einer Zunahme der Auffassung, es gäbe mehr positive Veränderungen, ist gestoppt, mit Sicherheit auf dem Hintergrund der immer deutlicher zu Tage tretenden wirtschaftlichen Krise in Ostdeutschland. Zugenommen hat der Anteil derer, die sich ambivalent äußern. Die Quote jener, die mehr negative Veränderungen reflektieren, schwankt zwischen 7% und 16%.

Hinzu kommt, dass die Verwirklichung der Einheit immer weiter in die Zukunft verlagert wird. Das geht aus zwei offenen Fragen (ohne Antwortvorgaben) danach hervor, wie lange es wohl dauern wird, bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen bzw. bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind. Die folgende Abbildung zeigt die auf dieser Grundlage berechneten prognostizierten Jahre:

Abbildung 1.3.3: Prognostizierte Jahre für die Herstellung der wirtschaftlichen bzw. inneren Einheit zu den acht Befragungszeitpunkten zwischen 1990 und 2005



- Fragetext: „Wie lange wird es dauern ...
 a) bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen?
 b) bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind?“ (freie Angaben in Jahren)

Die Daten von 1990 stammen aus einer DDR-repräsentativen Umfrage des bis Ende 1990 noch bestehenden Zentralinstituts für Jugendforschung (Direktor: Prof. Dr. Walter Friedrich) vom September 1990 für den SPIEGEL, berechnet für die Altersgruppe der 18 - bis 24-Jährigen. Diese und weitere, noch heute lesenswerte Ergebnisse dieser „Spiegel-Umfrage“ des ZIJ wurde vom SPIEGEL zusammen mit den Vergleichswerten der westdeutschen Population (zeitgleich befragt von den Meinungsforschungsinstituten EMNID und USUMA) in dem Sonderheft 1/1991 der Reihe SPIEGEL SPEZIAL veröffentlicht.

Im Vorwort zu dieser Publikation, verfasst von dem verantwortlichen Redakteur Werner Harenberg, hieß es damals: „Fünftausend Stunden lang saßen Interviewer in den Wohnungen repräsentativ ausgewählter Männer und Frauen, stellten ihnen Fragen zu hundert Themen. Sie lieferten auf diese Weise das Material für die umfassendste Untersuchung über die Deutschen in Ost und West... Diese SPIEGEL-Untersuchung ist gleichsam eine Eröffnungsbilanz der gesamtdeutschen Bundesrepublik. Anhand der Umfragezahlen ist künftig, wenn sie fortgeschrieben werden, abzulesen, ob, wie und wann zusammenwächst, was zusammengehört. Die Untersuchung ist ein Gemeinschaftswerk des Bielefelder Emnid-Instituts und des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung, von den gemeinsam erarbeiteten Fragebögen bis zu den Kommentaren ...“ (S. 3).

Die Fortschreibung der Daten zum Zusammenwachsen von Deutschland Ost und West war übrigens ein zentrales konzeptionelles Vorhaben des ZIJ nach der Wende (insbesondere mittels Längsschnittstudien mit mehreren Kohorten), fand jedoch ein jähes Ende mit seiner „Abwicklung“ Ende 1990. Es ist aber ein Anliegen dieser Längsschnittstudie geblieben, bezogen auf die Altersgruppe der 1973 Geborenen (vgl. hierzu W. Friedrich/P. Förster/K. Starke 1999).

Diese Daten gehören zu den bemerkenswertesten der Studie überhaupt. Die ersichtliche Grundtendenz bleibt erhalten bzw. verstärkt sich noch: Der vermutete Zeitpunkt für die Herstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen und der inneren Einheit wird von Jahr zu Jahr weiter in die Zukunft hinaus geschoben, Widerspiegelung erheblicher Enttäuschungen von

den Realitäten des Vereinigungsprozesses. Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2005 davon aus, dass es noch rund 18 Jahre dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sind (das wäre im Jahr 2023). Im September 1990, kurz vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage für die Altersgruppe der 18 - 24-Jährigen ein Durchschnittswert von nur 6,2 Jahren berechnet (das wäre 1996 gewesen).

Noch wesentlich mehr Zeit wird den Vorstellungen dieser jungen Ostdeutschen zufolge vergehen, bis die Ostdeutschen und Westdeutschen zu einer „richtigen Gemeinschaft“ zusammengewachsen sind: im Durchschnitt 23 Jahre (d. h. im Jahre 2028). 1990 wurde hierzu ein Mittelwert von nur 8,2 Jahren ermittelt (das wäre 1998 gewesen). Fazit: In den Vorstellungen der 32-Jährigen verwandelt sich die deutsche Einheit mehr und mehr in eine Utopie...

Als „Gewinner“ der deutschen Einheit verstehen sich 2005 mit 44% weniger als die Hälfte der 32-Jährigen:

Tabelle 1.3.1: Gewinner der Einheit 2005 und 15. Jahrestag der Einheit als Grund zum Feiern

„Fühlen Sie sich als Gewinner der deutschen Einheit?“

	1 ja, vollkommen	2 ja, etwas schon	3 nein, eigentlich nicht	4 nein, absolut nicht	
	1	2	(1+2)	3	4
Gesamt	10	34	(44)	35	21
männlich	11	46	(57)	28	15
weiblich	8	24	(32!)	42	26
Status (Auswahl):					
Beamte	17	55	(72)	17	11
aktuell Arbeitslose	2	22	(24)	38	38
Angst vor den Auswirkungen von „Hartz IV“:					
stark/eher stark	3	22	(25!)	44	31
eher schwach/schwach	13	40	(53)	31	16

„Der 15. Jahrestag der deutschen Einheit am 3. Oktober ist ein Grund zum Feiern.“

	1	2	(1+2)	3	4	5
1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht						
Gesamt	15	23	(38)	38	12	12
männlich	22	28	(50)	28	9	13
weiblich	8	19	(27!!)	47	15	11
„Gewinner der Einheit“ (AP 1+2)	26	35	(61)	31	6	2
„Verlierer der Einheit“ (AP 3+4)	6	13	(19!)	44	17	20

Als „Gewinner der Einheit“ sehen sich 2005 immerhin 57% der jungen Männer, von den jungen Frauen dagegen nur 32%! Zieht man den gegenwärtigen sozialen Status heran, dann heben sich nur die Beamten einerseits und die aktuell arbeitslosen 32-Jährigen andererseits

deutlich ab. Die verbreitete Angst vor den Auswirkungen von „Hartz IV“, vor weiteren Reformen, vor Altersarmut schränkt das Siegesgefühl sehr stark ein. Insofern überrascht auch nicht, dass der 15. Jahrestag des Beitritts der DDR zur BRD mit 38% nur von einem verhältnismäßig kleinen Teil als „Grund zum Feiern“ angesehen wird, darunter von 50% der jungen Männer, aber nur von 27% der jungen Frauen! Zum Feiern zu Mute ist lediglich 19% der „Verlierer“, aber mit 61% auch nicht allen „Gewinnern“.

1.4 Skepsis und Kritik gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem nehmen weiter zu

1.4.1 Geringe Zufriedenheit mit grundlegenden Seiten der Politik

Eine der wichtigsten Erkenntnisse der bisherigen Analysen lautet: Die mehrheitliche Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch rund anderthalb Jahrzehnte nach der Herstellung der Einheit mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet, in jüngster Zeit sogar mit deutlich zunehmender Tendenz:

Tabelle 1.4.1: Zufriedenheit mit der Gesellschaft, 19. Welle 2005
 „Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?“
 1 sehr zufrieden 2 zufrieden
 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4
mit der Außenpolitik	3	47	(50)	31	19
mit der Demokratie	2	34	(36)	44	20
mit der Wirtschaftsordnung	2	25	(27)	48	25
mit dem politischen System					
in der BR Deutschland	1	22	(23)	49	28
mit der Gesundheitspolitik	0	14	(14)	39	47
mit der Sozialpolitik	0	10	(10)	46	44
mit der Bildungspolitik	0	10	(10)	44	46
mit der Familienpolitik	0	9	(9)	35	56!
mit der Lohnpolitik in					
Ostdeutschland	0	8	(8)	33	59!
mit der Arbeitsmarktpolitik	0	2	(2)	27	71!

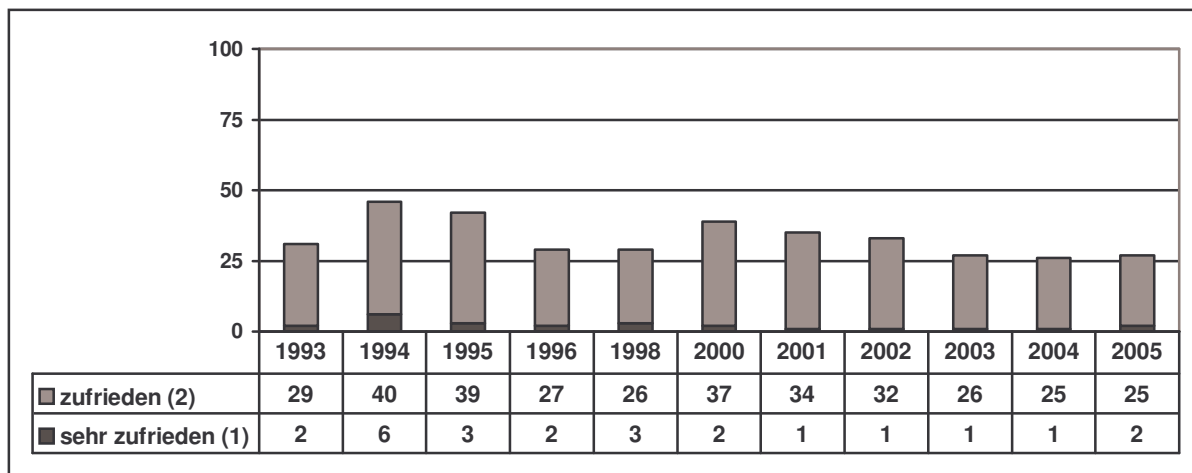
Bei den 2005 einbezogenen Aspekten überwiegt, von der Außenpolitik abgesehen, mit der 50% zufrieden sind, eindeutig geringe Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit:

Mit der Demokratie ist nur rund ein Drittel zufrieden, davon 2% sehr (lt. jüngstem Eurobarometer 30% in Ostdeutschland insgesamt); mit der Wirtschaftsordnung 27% (2% sehr) und - besonders wesentlich - mit dem politischen System 23% (1 % sehr). Bei allen anderen Aspekten liegen die Prozentquoten mehr oder weniger zufriedener Panelmitglieder

durchweg unter 15%: Gesundheitspolitik 14%, Sozialpolitik und Bildungspolitik je 10%, Familienpolitik 9%, Lohnpolitik in Ostdeutschland 8%, Arbeitsmarktpolitik 2%! Mit Letzterer sind 71% unzufrieden, eine sehr klare Reaktion auf die Anfang des Jahres 2005 in Kraft gesetzten Hartz-IV-Verordnungen der rot-grünen Regierungskoalition.

Fast durchgängig sind gegenüber den vorangegangenen Jahren starke Regressionen zu verzeichnen. Das betrifft insbesondere die Wirtschaftsordnung, einem der aussagekräftigsten Kriterien der Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem:

Abbildung 1.4.1: Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend 1993 - 2005. Anteile sehr starker (AP 1) bzw. starker Zufriedenheit (AP 2)



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der jetzigen Wirtschaftsordnung?“

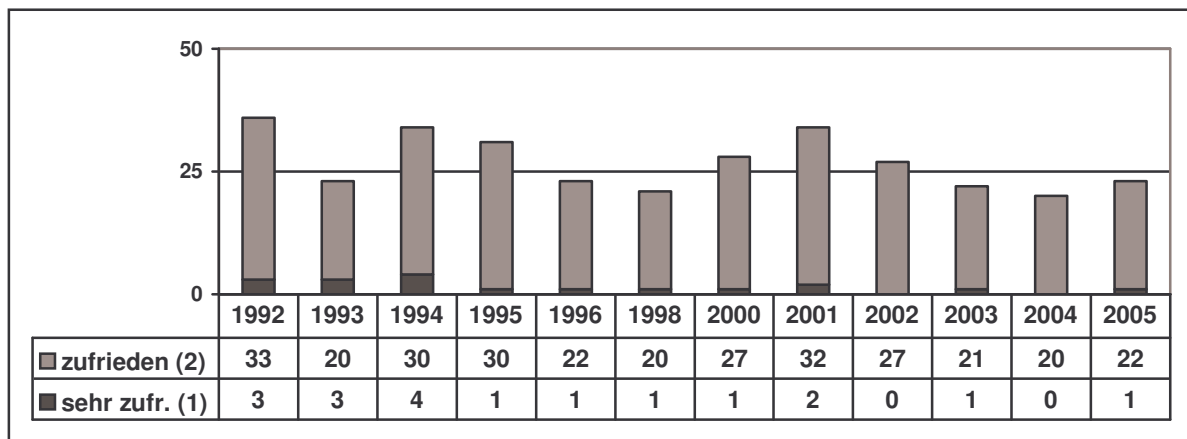
1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Der Prozentanteil der mehr oder weniger stark zufriedenen Panelmitglieder hat zu keinem Zeitpunkt die 50%-Marke überschritten. Diese jungen Ostdeutschen stehen der jetzigen Wirtschaftsordnung mehrheitlich kritisch gegenüber. Außerdem fällt der erste deutliche Abwärtstrend der Zufriedenheit zwischen 1994 und 1998 von 46% auf 29% auf, am Ende der Kohl-Regierung. Im Jahr 2000 (nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün) schien dieser Abwärtstrend gestoppt zu sein, hat sich danach jedoch erneut durchgesetzt, nun auf einem noch niedrigeren Niveau. Seit 2004 äußert nur noch rund ein Viertel Zufriedenheit, das sind die bisher geringsten Anteile seit Beginn unserer Erhebungen hierzu im Jahr 1993.

Zu diesen Ergebnissen passt, dass bis 2005 nur 28% die Erfahrung gemacht haben, in einer *sozialen* Marktwirtschaft zu leben; 49% verneinen dies und 23% meinen, das wäre schwer zu sagen.

Eine sehr ähnliche Entwicklung vollzog sich in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem politischen System:

Abbildung 1.4.2: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 - 2005. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)

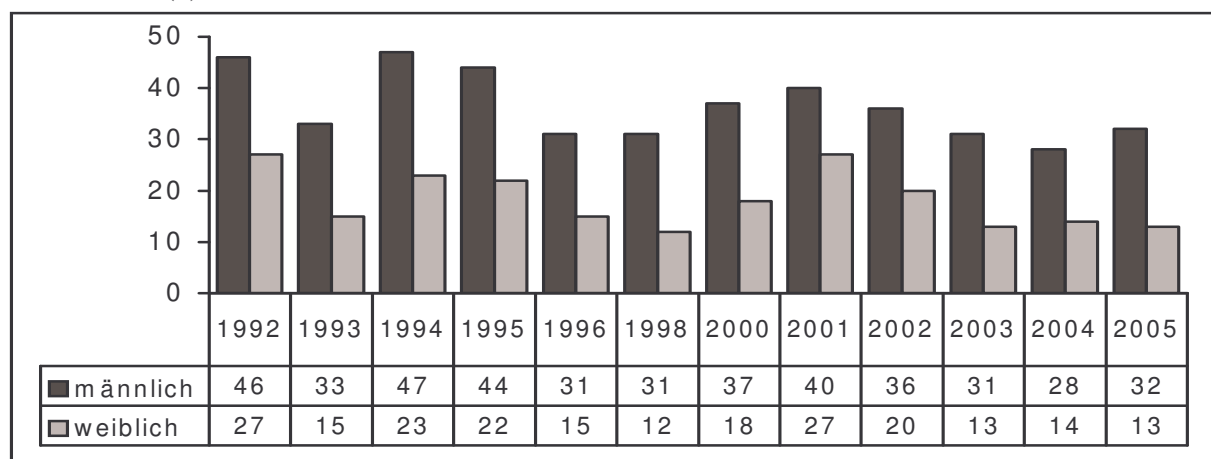


Der Anteil systemzufriedener Panelmitglieder geht zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, die wenigsten davon sind sehr zufrieden. Das bisherige Maximum der Zufriedenheitsquote betrug 36% (1992). Zwischen 1994 und 1998 war ebenfalls ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen, der nachweislich in einem engen Zusammenhang mit dem Rückgang des Vertrauens zu den Unionsparteien CDU/CSU in der Endzeit der Kohl-Ära stand (s. u.). Offensichtlich führte dieser Vertrauensverlust in diesem Zeitraum bei sehr vielen TeilnehmerInnen zu einem generellen Vertrauensverlust gegenüber der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere dem politischen System. Die erneute leichte Zunahme der Systemzufriedenheit nach dem Regierungswechsel 1998, ablesbar an den Werten für 2000 und 2001, weicht ab 2002 wieder einem deutlichen Negativtrend. 2005 sind lediglich 23% mit dem politischen System zufrieden, 77% sind mehr oder weniger unzufrieden.

Schon an dieser Stelle soll angedeutet werden, dass diese weit verbreitete Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und dem politischen System sehr viel mit der Massenarbeitslosigkeit zu tun hat, von der auch die 32-Jährigen massiv betroffen sind; wir kommen darauf zurück.

Erwähnenswert sind die außerordentlich großen Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen:

Abbildung 1.4.3: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 2005, nach den Geschlechtergruppen differenziert. Zusammengefasste Anteile sehr starker (1) und starker Zufriedenheit (2)

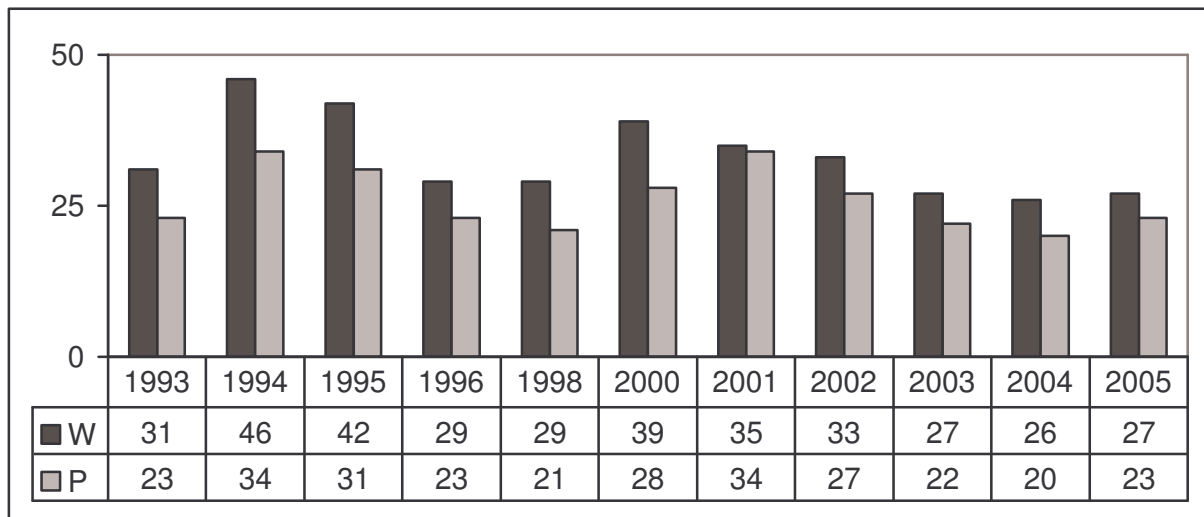


Die weiblichen Panelmitglieder sind mit dem politischen System über den gesamten Zeitraum hinweg noch erheblich weniger zufrieden als ihre männlichen Altersgefährten; die

Unterschiede sind durchweg signifikant. 87% von ihnen sind 2005 mehr oder weniger unzufrieden, noch mehr waren es nur 1998, am Ende der Kohl-Ära.

Aufschlussreich ist eine zeitlich synchron verlaufende Betrachtung der Veränderungen hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung einerseits und dem politischen System andererseits:

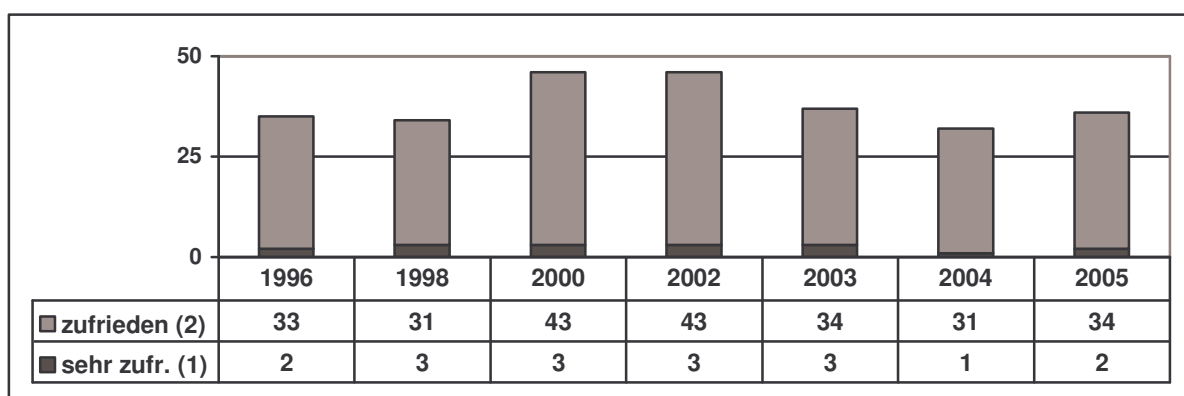
Abbildung 1.4.4: Trend der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (W) bzw. dem politischen System (P) zwischen 1993 und 2005, zeitgleich im Zusammenhang betrachtet. Die Häufigkeiten sehr starker (1) und starker Zufriedenheit (2) wurden zusammengefasst



Anhand der in diesem Zeitraum bei den gegenwärtig 32-Jährigen tatsächlich so abgelaufenen Bewusstseinsprozesse ist ablesbar, dass die Zufriedenheit mit dem politischen System um so geringer ausfällt, je schwächer die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung ist – Widerspiegelung eines engen Zusammenhanges zwischen wirtschaftlichen Effektivität und politischer Legitimität des Systems.

Ebenfalls zu allen Zeitpunkten schwach entwickelt war die Zufriedenheit mit der Demokratie, seit 1996 untersucht:

Abbildung 1.4.5: Zufriedenheit mit der Demokratie im Trend 1996 bis 2005. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)

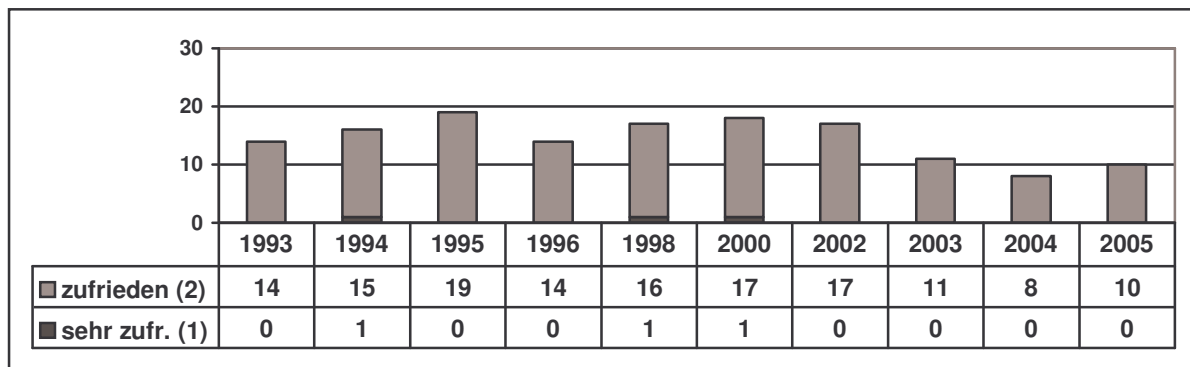


Knapp die Hälfte war 2000 und 2002 bisher das Maximum derer, die sich zufrieden mit der Demokratie äußern, wobei der Anteil sehr zufriedener lediglich 2 bis 3% beträgt und

vernachlässigt werden kann. Danach stürzte der Anteil der alles in allem zufriedenen Panelmitglieder wieder deutlich ab, ob die Daten von 2005 auf eine Trendwende hinweisen, bleibt abzuwarten.

Nur Minderheiten äußern sich im Untersuchungszeitraum mehr oder weniger positiv über die Sozialpolitik. Die bisher höchste Prozentquote der zufriedenen Panelmitglieder betrug im Jahr 1995 19%:

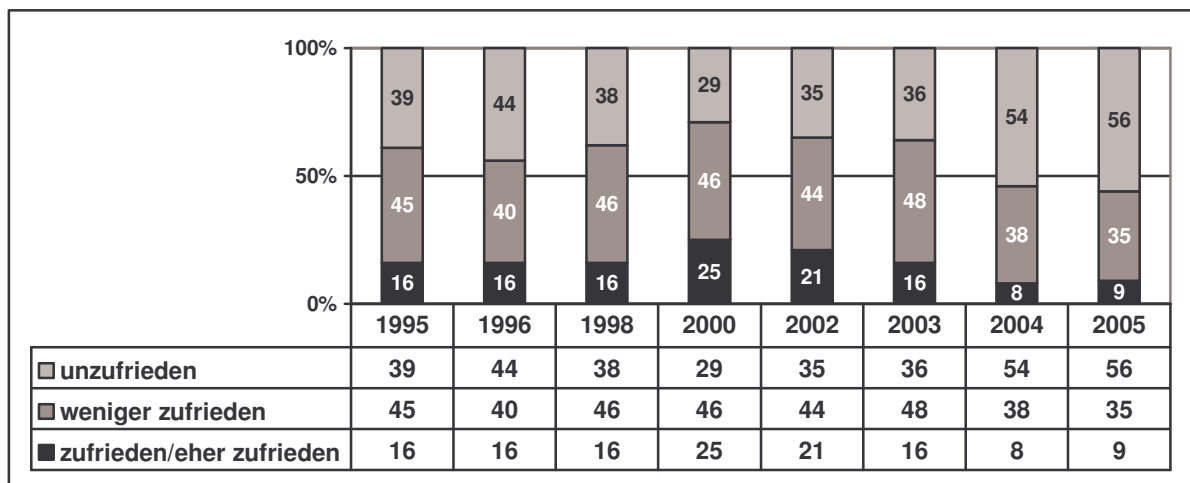
Abbildung 1.4.6: Zufriedenheit mit der Sozialpolitik im Trend 1993 bis 2005. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)



Auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 blieb die Zufriedenheitsquote gering. 2005 wird der bisher zweitschlechteste Wert von 10% erreicht, der Anteil sehr zufriedener Panelmitglieder liegt bei Null.

Aufschlussreich ist auch der Trend zur Zufriedenheit mit der Familienpolitik, die für die 32-Jährigen inzwischen von hoher Relevanz ist. Da hier vor allem die Prozentquoten unzufriedener Panelmitglieder zugenommen hat, stellen wir deren Anteile mit dar:

Abbildung 1.4.7: Zufriedenheit mit der Familienpolitik im Trend 1996 bis 2005



Fragetext: Wie zufrieden sind Sie mit der Familienpolitik?

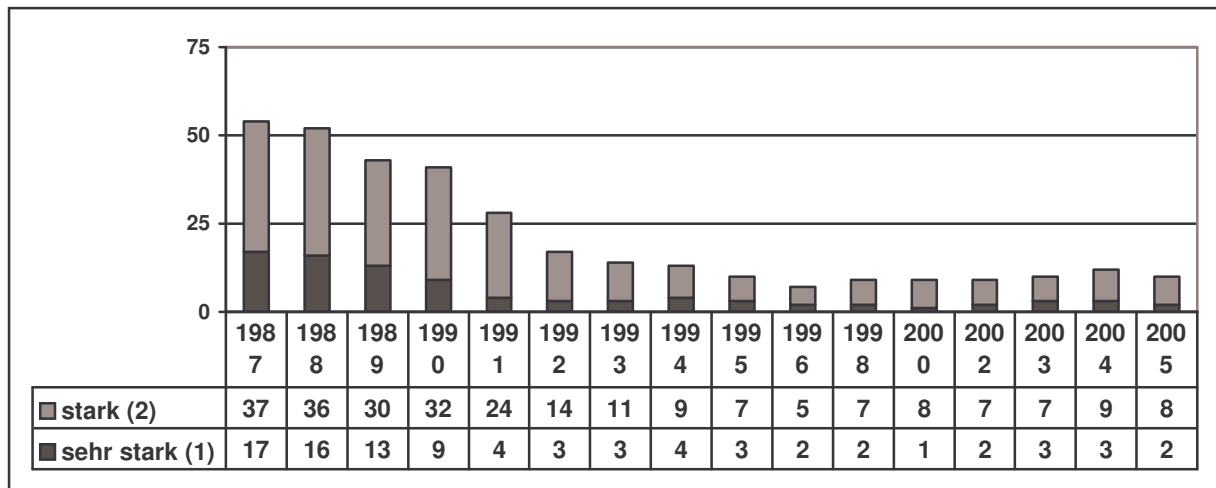
1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Wie bei vielen anderen Sachverhalten wird auch hier sichtbar, dass sich nach dem Regierungswechsel (hier ab 2000) zunächst eine positive Tendenz andeutete, die sich danach jedoch kontinuierlich umkehrte.

1.4.2 Die Bereitschaft zu politischer Partizipation geht gegen Null

Auffällig ist der gravierende Rückgang der Bereitschaft der jungen Ostdeutschen zur politischen Partizipation. Dazu liegen im Rahmen einer umfangreichen Liste von Lebenszielen Daten seit 1987 vor:

Abbildung 1.4.8: Bedeutsamkeit der aktiven Teilnahme am politischen Leben im Trend 1987 – 2005. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Orientierung (2)

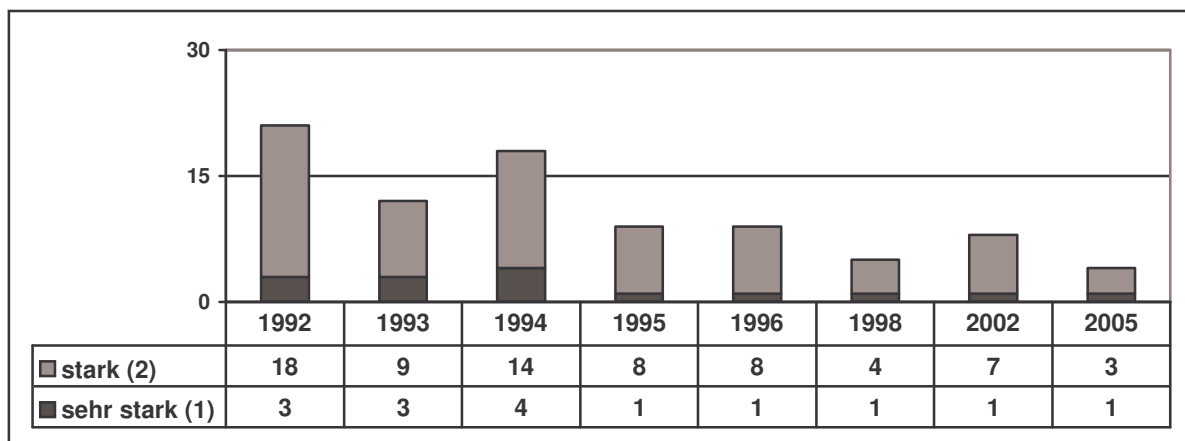


Fragetext: „Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie: aktiv am politischen Leben teilnehmen“?
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

Die Orientierung der Panelmitglieder auf eine aktive Teilnahme am politischen Leben hatte bereits vor der Wende deutlich abgenommen. Dieser Abwärtstrend ist nach der Wende (genauer ab 1991, im Frühjahr 1990 wollten immerhin noch 41% sich aktiv politisch betätigen!) weiter gegangen, hat sich absturztartig verstärkt - Ausdruck erneuter Verweigerung eines großen Teils der jungen Ostdeutschen auch gegenüber dem jetzigen gesellschaftlichen System.

Das belegt auch der Trend zur Unterstützung des politischen Systems seit 1992:

Abbildung 1.4.9: Bedeutsamkeit der Unterstützung des gegenwärtigen politischen Systems im Trend 1992 bis 2005

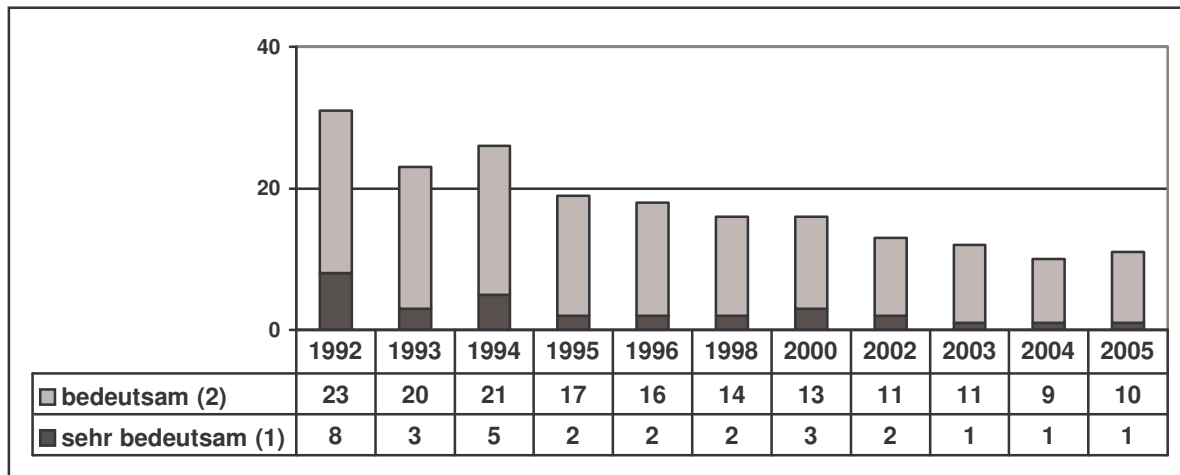


Fragetext: „Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie: Mich für die Erhaltung des heutigen politischen Systems einsetzen?“

Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

Diese Regression äußert sich auch in dem deutlichen Rückgang der Orientierung darauf, in die „oberen Schichten der Gesellschaft“ aufzusteigen:

Abbildung 1.4.10: Lebensorientierung „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ im Trend 1992 bis 2005. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Orientierung (2)



Fragetext: „Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie: In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen?“

Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

Der Anteil der jungen Leute, die aufsteigen, zur „Elite“ der jetzigen Gesellschaft gehören wollen, ist stark rückläufig, dazu auf einem niedrigen Niveau. Wollten 1992 noch 31% in die „oberen Schichten“ aufsteigen, ging dieser Anteil im Jahr 2005 auf 11% (weiblich: 8%), d. h. auf rund ein Drittel davon zurück! Hintergrund ist die zunehmende Distanz der 32-Jährigen gegenüber dem jetzigen System; es ist aber wohl auch die Quittung für die verbreitete Erfahrung, als Ostdeutscher kaum Chancen zu haben, in die nach wie vor von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite vorzustoßen. Mit der abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft.

Zu diesen Ergebnissen passt ebenfalls, dass seit Jahren nur eine Minderheit der Panelmitglieder (maximal 10%) zu den „Reichen“ dieses Landes gehören möchte; diese Lebensorientierung ist deutlich negativ besetzt.

1.4.3 Nur eine Minderheit glaubt an die Freiheit im gegenwärtigen Kapitalismus und an seine Zukunftsfähigkeit

Vor allem die seit 2000/2001 gestellten Fragen zu grundsätzlichen Problemen der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung lassen deutlich erkennen, dass diese jungen Erwachsenen nicht nur punktuell Kritik an dieser oder jener einzelnen Seite der gesellschaftlichen Wirklichkeit üben, sondern dem Kapitalismus als System misstrauisch oder ablehnend gegenüberstehen. Das klang bereits an und soll jetzt weiter belegt werden.

Tabelle 1.4.2: Kapitalismus, Freiheit und Menschenrechte 2004 und 2005

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
„Im jetzigen Gesellschaftssystem sind die Menschen erstmals wirklich frei.“						
2004	5	23	(28)	40	22	10
2005	5	20	(25)	36	23	16
männlich	6	26	(32)	35	19	14
weiblich	3	14	(17!)	39	26	18
„Im jetzigen Gesellschaftssystem werden die Menschenrechte geachtet.“						
2004	3	31	(34)	38	17	11
2005	4	25	(29)	38	20	13
männlich	7	31	(38)	36	15	11
weiblich	1	19	(20!)	41	25	14

Lediglich 25% der Panelmitglieder vertreten mehr oder weniger stark die Auffassung, dass die Menschen im jetzigen System erstmals frei sind, 36% äußern sich dazu ambivalent, 39% ablehnend. Mit 29% stimmen nicht viel mehr zu, dass im jetzigen System die Menschenrechte geachtet werden (junge Frauen nur 20%!), 38% äußern sich hierzu ambivalent, 33% ablehnend. Die Tendenz von 2004 zu 2005 ist negativ. Diese geringe Zustimmung zur herrschenden Freiheitsphilosophie ist ein Politikum mit erheblicher Brisanz.

Hinzu kommt, dass sehr viele Panelmitglieder der jetzigen Gesellschaft Merkmale zuschreiben, die ihnen im früheren Staatsbürgerkundeunterricht („Stabü-Unterricht“) gelehrt wurden. Dazu werden ihnen seit mehreren Jahren einige damals typische Aussagen vorgelegt, zu denen sie angeben, ob sie ihren heutigen Erfahrungen zufolge zutreffen. 2005 führte das u. a. zu folgenden Ergebnissen:

Tabelle 1.4.3: Aktuelle Auffassung der 32-Jährigen zu zentralen Lerninhalten des Staatsbürgerkundeunterrichts vor der Wende im Jahr 2005 (Auswahl)

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen.
	1	2	0
„Stimmt die damalige Behauptung, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken sind?“	80	6	14
„Stimmt die damalige These, dass im Gesellschaftssystem der BRD die herrschenden Politiker in erster Linie die Interessen der Reichen und Mächtigen vertreten?“	64	13	23
„ Im Stabü-Unterricht wurde die BRD als Gesellschaft charakterisiert, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Trifft das nach ihren heutigen Erfahrungen			

zu?“	58	17	25
„Gibt es in der heutigen Bundesrepublik noch Klassenkampf?“	52	26	2

Bemerkenswert viele stimmen den damaligen Lehrsätzen zu:

- Immerhin über drei Viertel der Panelmitglieder (80%) halten 2005 die Behauptung für richtig, dass die eigentlichen Mächtigen die großen Konzerne und Banken wären.
- Knapp zwei Drittel (64%) halten die damalige These heute für richtig, wonach die herrschenden Politiker in erster Linie die Interessen der Reichen und Mächtigen vertreten würden.
- Jeweils die reichliche Hälfte meint, dass die ihnen früher vermittelten Thesen der Existenz von Ausbeutung (58%) bzw. von Klassenkampf (52%) heute tatsächlich zutreffen würden.

Exemplarisch für die vorliegenden Trends führen wir die Daten zu der Frage an, ob auch heute noch Ausbeutung existiert:

Tabelle 1.4.4: Existiert heute noch Ausbeutung?

„Im Staatsbürgerkunde-Unterricht wurde die BRD als Gesellschaft charakterisiert, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Trifft das nach Ihren heutigen Erfahrungen zu?“

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen.
1996	49	21	30
1998	50	24	26
2000	50	29	21
2002	45	29	26
2003	47	26	27
2004	53	22	25
2005	58	17	25

Angst vor den Auswirkungen von Hartz IV ?:

stark/eher stark	71	5	24
eher schwach/schwach	52	23	25

58% haben bis 2005 diese Erfahrung gemacht, Tendenz zunehmend. Erwähnenswert ist, dass keine gesicherten Zusammenhänge zwischen den Antworten der Panelmitglieder auf diese Fragen mit ihren Abschlussnoten der 10.Klasse in den Fächern Staatsbürgerkunde bzw. Geschichte bestehen, wohl aber mit ihren persönlichen Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem: Je negativer diese Erfahrungen beurteilt werden, desto stärker ist auch die Zustimmung. Auch Ängste vor den Auswirkungen von Hartz IV und vor weiteren Reformen verstärken diese Sicht.

In dieselbe Richtung geht die seit Jahren mehrheitliche Zustimmung zu der These „Es war nicht alles falsch, was wir früher in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“ Diese Formulierung war schon in den ersten Befragungen nach 1990 sehr oft bei den verbalen Angaben der Panelmitglieder zu lesen; seit der 14. Welle wurde sie deshalb als Fragestellung vorgegeben, um ihre Verbreitung genauer quantifizieren zu können:

Tabelle 1.4.5: Zustimmung zur These „Es war nicht alles falsch, was wir in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“ im Trend
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

1	2	(1+2)	3	4	5	X
---	---	-------	---	---	---	---

2000	38	35	(73)	19	6	2	2,00
2002	38	35	(73)	20	6	1	1,97
2003	41	33	(74)	18	5	3	1,97
2004	40	35	(75)	19	5	1	1,91
2005	44	35	(79)	16	4	1	1,83

Rund drei Viertel stimmen der These mit signifikant zunehmender Tendenz zu, nur eine Minderheit lehnt sie ab. Auch bei diesen Urteilen spielen die früheren Schulnoten in Staatsbürgerkunde und Geschichte keine Rolle, deutlich differenzierend wirken dagegen die Beobachtungen und Urteile über die Veränderungen im Osten bzw. die persönlichen Erfahrungen, die die Panelmitglieder bisher mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem gemacht haben: Negative Beobachtungen und Erfahrungen bestärken sie in der Auffassung, dass nicht alles falsch gewesen sei, was in der Schulzeit (vor über anderthalb Jahrzehnten) über den Kapitalismus gelernt wurde.

Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit und in der nur von einer Minderheit geäußerten Hoffnung, dass dieses System für immer Bestand haben möge:

Tabelle 1.4.6: Grundeinstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem
Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
a) „Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.“							
2000	1	9	(10)	30	32	28	(60)
2001	1	5	(6)	28	32	34	(66)
2002	0	5	(5)	28	34	33	(67)
2003	1	3	(4)	26	34	36	(70)
2004	0	2	(2)	17	38	43	(81)
2005	0	2	(2)	20	34	44	(78)
männlich	0	3	(3)	26	28	43	(71)
weiblich	0	1	(1)	14	40	45	(85!)
b) „Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“							
2000	0	7	(7)	33	29	31	(60)
2001	1	14	(15)	38	26	21	(47)
2002	1	6	(7)	31	32	30	(62)
2003	1	5	(6)	32	28	34	(62)
2004	1	5	(6)	22	30	42	(72)
2005	1	4	(5)	21	32	42	(74)
männlich	2	5	(7)	25	28	40	(68)
weiblich	0	3	(3)	17	36	44	(80!)
c) „Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“							
2001	3	15	(18)	43	21	18	(39)
2002	1	11	(12)	38	25	25	(50)
2003	1	10	(11)	32	27	30	(57)
2004	1	8	(9)	30	24	37	(61)

2005	0	6	(6)	29	27	38	(65)
männlich	0	9	(9)	36	23	32	(55)
weiblich	0	3	(3)	23	31	43	(74!)

d) „Kapitalismus bedeutet Freiheit für alle Menschen.“

2005	1	12	(13)	33	26	28	(54)
männlich	2	18	(20)	32	23	25	(48)
weiblich	0	7	(7)	34	28	31	(59!)

e) „Ich bin froh, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben.“

2005	2	13	(15)	42	26	17	(43)
männlich	3	18	(21)	45	18	16	(34)
weiblich	1	7	(8)	41	34	17	(51!)

f) „Der Kapitalismus ist das beste Wirtschaftssystem, das die Geschichte bisher hervorgebracht hat.“

2005	3	6	(9)	22	29	40	(69)
männlich	5	9	(14)	25	26	35	(61)
weiblich	2	2	(4)	19	33	44	(77!)

Selbst wenn wir die eingangs erwähnte Fehlertoleranz von +/- 5% berücksichtigen, haben wir es hier doch mit sehr brisanten Daten zu tun:

- Nur sehr wenige Panelmitglieder glauben 2005 daran, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird (a), die meisten (78%) zweifeln daran, von den jungen Frauen weitaus mehr als von den jungen Männern.

- Der Anteil derer, die das jetzige Gesellschaftsmodell als das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen (b), stieg zwar Ende 2001 (die Untersuchung fand kurz nach den Ereignissen vom 11. September statt) leicht an, ging 2002 jedoch wieder zurück und bleibt 2005 ebenfalls eine Minderheit.

- Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleiben möge (c), haben im Frühjahr 2005 nur noch wenige: 6%, darunter null % einschränkungslos; 65% erhoffen das Gegenteil, 29% äußern sich ambivalent. Von den jungen Frauen erhoffen weitaus mehr als von ihren männlichen Altersgefährten das Gegenteil: 74% gegenüber 55%.

- Bestätigt finden wir außerdem, dass die 32-Jährigen dem Freiheitsversprechen des gegenwärtigen Kapitalismus aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen sehr kritisch gegenüberstehen (d): Lediglich 13% der 32-Jährigen stimmen 2005 mehr oder weniger zu, dass Kapitalismus Freiheit für alle bedeutet, 54% stellen das in Abrede.

- Froh zu sein, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben (e), sind 15 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD 15% der 32-Jährigen, darunter 21% der jungen Männer gegenüber 8% der jungen Frauen – ein bedenkenswertes Ergebnis.

- Der These, dass der Kapitalismus das bisher beste Wirtschaftssystem sei (f), stimmen 2005 weniger als 10% zu, davon 3% einschränkungslos.

Die zunehmend kritische Sicht der 32-Jährigen auf die heutige Freiheitsrhetorik geht auch aus der Tatsache hervor, dass der Anteil derer, die meinen, dass Freiheit und Arbeitslosigkeit einander ausschließen, immer größer wird:

Tabelle 1.4.7: Arbeitslosigkeit und Freiheit

„Welchem der beiden Standpunkte würden Sie sich am ehesten anschließen?“

1 Für mich ist entscheidend, dass ich in Freiheit leben kann, bei allen Problemen, die es jetzt vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit gibt.

2 Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe.

0 Das ist schwer zu sagen.

	1	2	0
1996	32	49	19
1998	35	47	18
2000	41	44	15
2001	42	37	21
2002	43	38	19
2003	41	43	16
2004	37	47	16
2005	35	52	13
männlich	44	47	9
weiblich	28	55	17
<u>Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit:</u>			
0 Monate	44	41	15
1 bis 4 Monate	40	49	11
5 bis 11 Monate	33	51	16
12 Monate und mehr	25	65!	10
<u>Angst vor Arbeitslosigkeit:</u>			
stark/eher stark	22	63	15
eher schwach/schwach	44	44	12

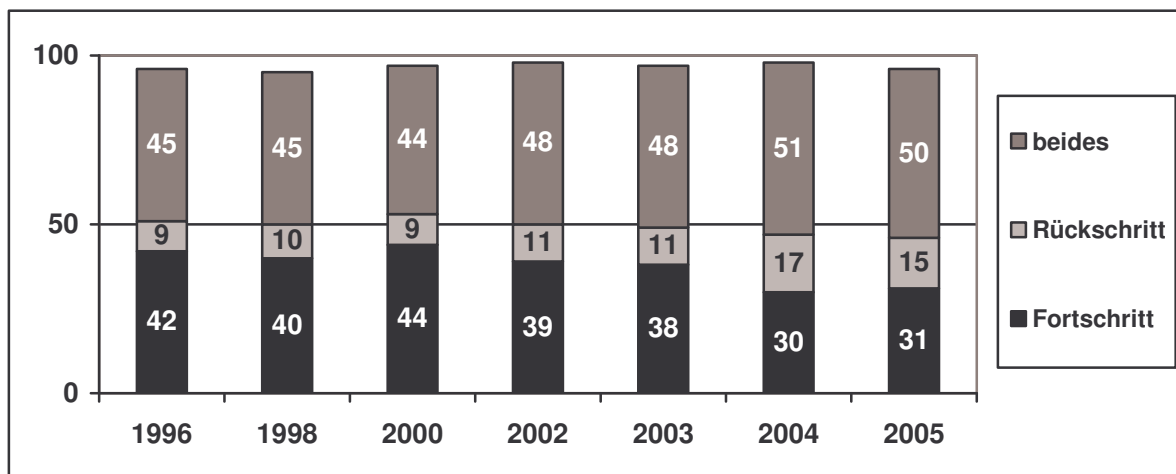
Diese Quote hatte bis 2001 abgenommen, ab 2002 ist sie jedoch wieder auf 52% im Jahr 2005 angestiegen. Bei den jungen Frauen beträgt sie 55% gegenüber 47% bei den jungen Männern; bei denen, die insgesamt betrachtet schon ein Jahr oder länger arbeitslos waren, 65% gegenüber 41% jener, die bisher von Arbeitslosigkeit verschont wurden. In dieselbe Richtung weist, dass bestehende Angst vor Arbeitslosigkeit die Auffassung nährt, dass es ohne Arbeit keine Freiheit geben würde.

Nur eine (deutlich abnehmende) Minderheit betrachtet offensichtlich das jetzige System als das „Ende der Geschichte“. Generell lassen besonders die in diesem Abschnitt angeführten Ergebnisse auf eine zunehmend kritische Grundhaltung gegenüber dem gegenwärtigen kapitalistischen System schließen, deren Quellen vermutlich auch in die zu DDR-Zeiten erfahrene gesellschaftliche Sozialisation zurückreichen.

1. 4. 4. Immer weniger schätzen die Entwicklung im Osten als Fortschritt ein

Skepsis bzw. Kritik der Panelmitglieder gegenüber dem Gesellschaftssystem widerspiegeln sich nicht zuletzt in ihrem Urteil darüber, ob es sich bei den Veränderungen seit der Wende grundsätzlich eher um einen Fortschritt oder eher um einen Rückschritt handelt. Wie von der Fragestellung her beabsichtigt, können diese Angaben als eine Art persönliches Fazit gelten. Dazu liegen Trenddaten seit 1996 vor:

Abbildung 1.4.11: Fortschritt oder Rückschritt? Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung im Trend 1996 bis 2005



Fragetext: „Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende grundsätzlich eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt?“

1 eher als Fortschritt
 2 eher als Rückschritt
 3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
 0 Das ist schwer zu sagen.
 (Abbildung ohne Position 0)

Der Trend ist eindeutig: Nach 1996 (zuvor war diese Frage nicht gestellt worden) ist der Anteil derer, die die Entwicklungen in Ostdeutschland einschränkungslos als Fortschritt betrachten, signifikant von 42% auf 30% 2004 bzw. 31% 2005 zurückgegangen. Dafür hat sich die Quote jener von 9% auf 17% 2004 bzw. 15% 2005 vergrößert, die sie für einen Rückschritt halten, sowie derer leicht erhöht, die sich ambivalent äußern. Vor allem bei den jungen Frauen hat die einschränkungslose Beurteilung als Fortschritt deutlich abgenommen.

1.5 Das ohnehin geringe Vertrauen zu den demokratischen Parteien stürzt immer weiter ab

Bereits von 1991 an die Haltung der Panelmitglieder gegenüber den demokratischen Parteien erfasst. Obwohl diese Studie sich ausdrücklich nicht als Parteienforschung versteht, sind durch diese Längsschnittanalysen interessante Einblicke und Erkenntnisse entstanden, auf die wir hier in gebotener Kürze eingehen wollen.

Die gesellschaftskritische Haltung der Panelmitglieder äußert sich drastisch in ihrem geringen Vertrauen gegenüber den politischen Parteien. Wir informieren zunächst über die im Frühsommer 2005 ermittelten Vertrauensquoten:

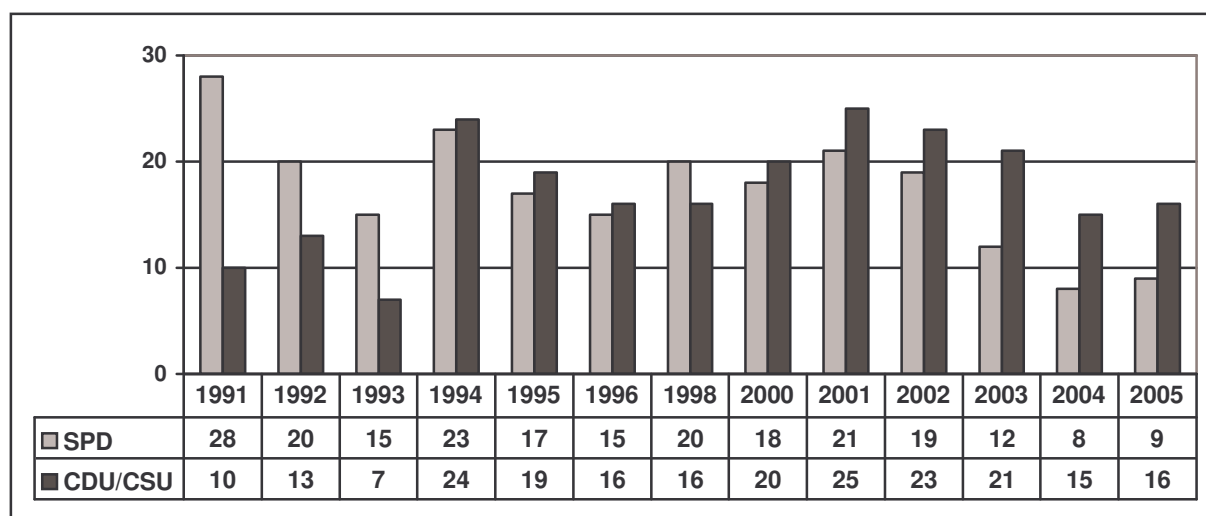
Tabelle 1.5.1: Ausprägung des Vertrauens zu den Parteien 2005
 „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Parteien?“

	1 sehr großes	2 großes	3 geringes	4 überhaupt keins	
	1	2	(1+2)	3	4
CDU/CSU	0	16	(16)	49	35
SPD	0	9	(9)	57	34
PDS	1	10	(11)	44	45
FDP	1	9	(10)	39	51
Bündnis 90/Die Grünen	0	7	(7)	42	51

rechte Parteien	0	2	(2)	12	86

Im Grunde genommen sind die Vertrauensquoten der 32-Jährigen 2005 wie schon seit Jahren allesamt unerheblich; sie widerspiegeln auch bei ihnen die häufig konstatierte generelle Vertrauenskrise gegenüber den demokratischen Parteien. Aufschlussreicher sind die vorliegenden Trendanalysen. Von 1991 an (6. Welle) wurde untersucht, inwieweit die Panelmitglieder Vertrauen zu den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD haben, ab 1992 wurden drei weitere Parteien einbezogen: Bündnis 90/Grüne, PDS, FDP (und Republikaner). Aus den Trends geht hervor: Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner der demokratischen Parteien ein Drittel der TeilnehmerInnen, sie liegen meist weit darunter. Wir belegen das hier für die großen Parteien CDU/CSU und SPD sowie für die Grünen:

Abbildung 1.5.1 : Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2005 (die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

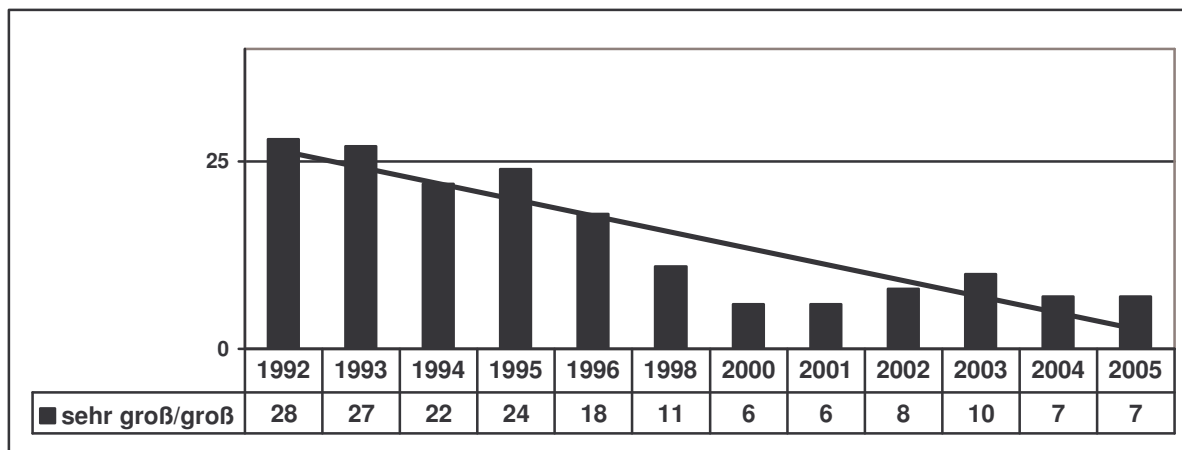
Die höchste Quote derer überhaupt, die Vertrauen äußern, betrug 1991 28% in Bezug auf die SPD! (darunter sehr großes Vertrauen: 6%). Selbst diese geringe Vertrauensquote wurde danach von keiner dieser Parteien wieder erreicht oder gar übertroffen.

Unübersehbar ist der deutliche Rückgang des Vertrauens zu CDU/CSU schon zwischen 1994 und 1998: Äußerten 1994 noch 24% der Panelmitglieder sehr großes oder großes Vertrauen, sank dieser Anteil bis 1998 fast kontinuierlich und signifikant auf 16% ab. Wesentlich ist: Dieser erhebliche Vertrauensverlust (dazu auf einem niedrigen Niveau) ging zeitgleich mit einem ebenfalls klaren Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum einher. Das heißt: Aus der Vertrauenskrise gegenüber den Unionsparteien entwickelte sich damals bei den Teilnehmern offensichtlich eine generelle Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System. Nach dem Regierungswechsel 1998 stiegen die Vertrauensquoten gegenüber CDU/CSU (hier ablesbar an den Daten ab 2000) zunächst leicht an, um dann erneut signifikant zurückzugehen.

Auch die Vertrauensquoten gegenüber der SPD gingen nach dem Auf und Ab zwischen 1991 und 2001 ab 2002 erneut deutlich zurück, deutlicher sogar als hinsichtlich CDU/CSU. Mit dem starken Vertrauensverlust gegenüber der SPD korreliert wiederum der oben dokumentierte Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System.

Von den anderen Parteien können wir hier nur auf Bündnis 90/Grüne eingehen:

Abbildung 1.5.2: Anteil der Panelmitglieder, die sehr großes oder großes Vertrauen zu Bündnis 90/Die Grünen haben, im Trend 1992 bis 2005



Ein klarer Trend: Zwischen 1992 (damals durchschnittlich 19,5 Jahre alt) und 2004 bzw. 2005 verringerte sich der Anteil der Panelmitglieder, die sehr großes oder großes Vertrauen äußerten, dramatisch von 28% auf 7%! Demgegenüber verdoppelte sich die Quote jener, die überhaupt kein Vertrauen zu ihnen haben (AP 4), von 25% auf 51%. Besonders hoch ist diese Quote seit der Bildung der rot-grünen Regierungskoalition (hier ab 2000). Aus einer nur 1992 gestellten Frage ging außerdem hervor, dass bei denen, die sich damals auf eine politische Richtung festgelegt hatten (60%), mit 31% die grün-alternative Richtung deutlich dominierte! Zusammenhangsanalysen (Korrelationen) belegen übrigens, dass die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ keineswegs gleichzusetzen sind mit Vertrauen zu den entsprechenden Parteien. Einen solchen Vergleich können wir 1996, 2004 und 2005 vornehmen, wir beschränken uns hier unkommentiert auf die beiden großen Parteien:

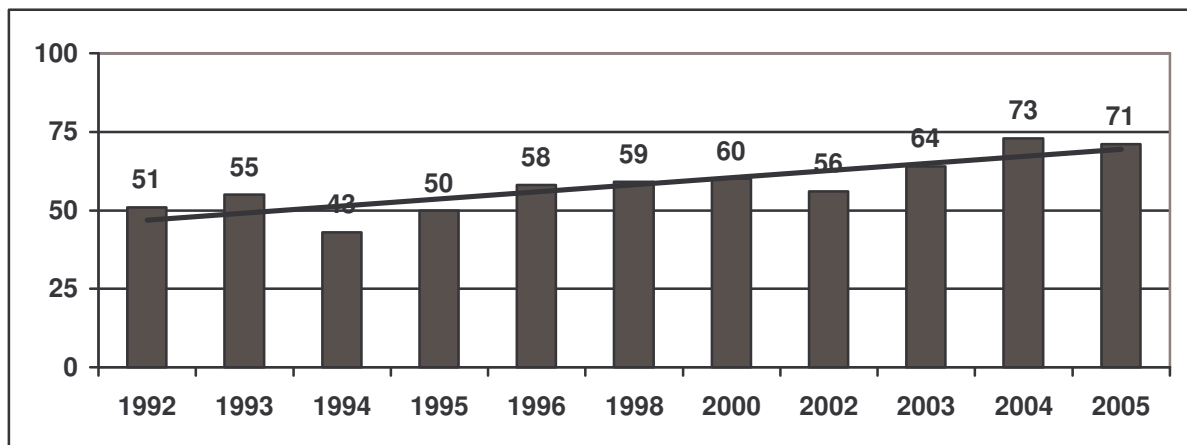
Tabelle 1.5.2: Anteile derer, die der Partei, die sie bei der „Sonntagsfrage“ gewählt haben, sehr großes oder großes Vertrauen schenken (nur SPD und CDU/CSU):

	1996	2004	2005
SPD	56	68	38!
CDU/CSU	71	47	57

Bestätigung finden diese Angaben durch die bei einer Längsschnittstudie möglichen Längsschnittkorrelationen der Parteipräferenzen, aus denen hervorgeht, dass 2005 der 32-Jährigen lediglich 39% wieder jene Partei wählten, für die sich 2004, also ein Jahr zuvor, entschieden hatten! (siehe Tabelle A 3 im Anhang). Von Bindung an bzw. Vertrauen in die demokratischen Parteien kann nur bei einem kleinen Teil dieser jungen Männer und Frauen die Rede sein, Tendenz weiter abnehmend.

Aus dieser Sicht ist von erheblicher Bedeutung, dass in den vergangenen 13 Jahren der Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der das Gesellschaftssystem tragenden demokratischen Parteien (ohne PDS) sehr großes oder großes Vertrauen haben, stark zugenommen hat:

Abbildung 1.5.3: Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der das Gesellschaftssystem tragenden demokratischen Parteien SPD, CDU/CSU, FDP, B90/Grüne sehr großes (AP 1) oder großes (AP 2) haben, im Trend 1992 bis 2005



Schon 1992 und 1993 war dieser Anteil sehr hoch, ging jedoch ab 1994 deutlich zurück, um danach wieder fast kontinuierlich anzusteigen auf 73% im Jahre 2004 bzw. 71% 2005, die bisher höchsten Quoten seit 1992 überhaupt. Erwähnenswert ist, dass von diesen 32-Jährigen, die keiner dieser Parteien vertrauen, 2005 mit 37% überdurchschnittlich viele überhaupt nicht wählen gehen würden, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre!

Diese und weitere Ergebnisse, die wir hier nicht ausführlich darstellen können, belegen: Die verbreitete Unzufriedenheit der 32-Jährigen mit dem politischen System, mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die sehr schwache Vertrauensbasis der das jetzige System tragenden demokratischen Parteien zurück. Eine Trendwende ist 2005 nicht in Sicht.

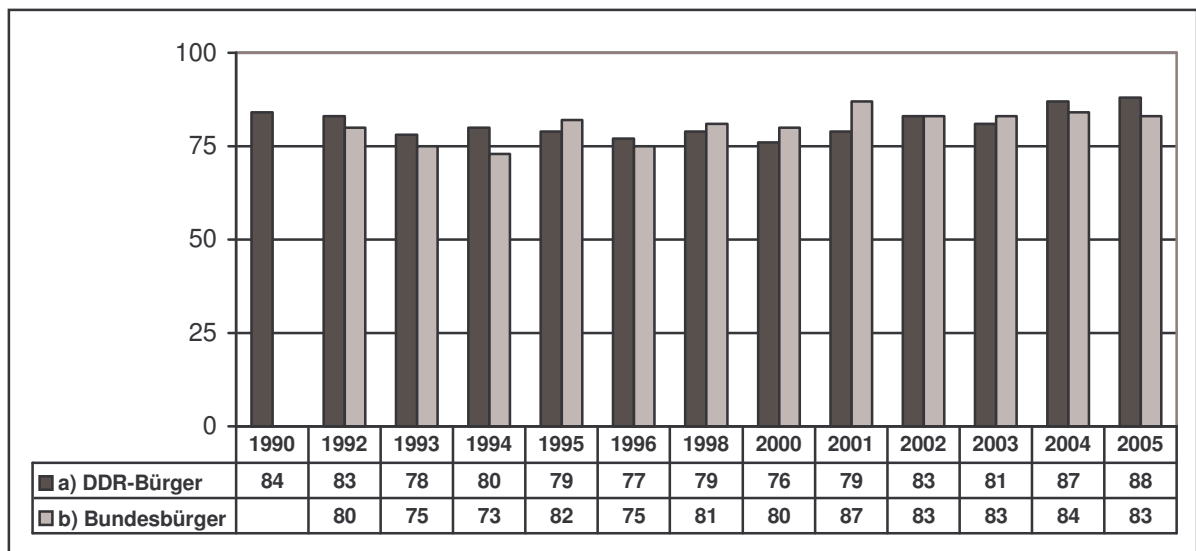
1.6. Good bye Lenin bedeutet nicht good bye DDR!

Die Beziehungen der Panelmitglieder zur untergegangenen DDR stehen von der ersten Welle nach der Wende an (4. Welle Frühjahr 1990) mit im Mittelpunkt dieser Studie. Inzwischen liegt zu diesem Thema eine Fülle von sowohl quantitativen als auch qualitativen Ergebnissen vor. Sie dokumentieren, dass bei den TeilnehmerInnen dieser Studie der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger weitaus komplizierter verläuft, als dies nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erwartet wurde. Dieser Prozess ist bei den 32-Jährigen dieser Studie deutlich anders verlaufen, als das beispielsweise von Jana Hensel über die etwa drei Jahre jüngeren „Zonenkinder“ (Jahrgang 1976) berichtet wird, die sich zehn Jahre nach der Wende ihren Recherchen zufolge als die „ersten Wessis aus Ostdeutschland“ fühlten.

1.6.1 Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger

Die Unzufriedenheit des größten Teils der Panelmitglieder mit ihrem jetzigen gesellschaftlichen Umfeld äußert sich auf spezifische Weise darin, inwieweit sie sich schon als Bundesbürger bzw. noch als DDR-Bürger fühlen.

Abbildung 1.6.1: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2005



Fragetext: „Als was fühlen Sie sich?“ a) als Bürger der ehemaligen DDR
 b) als Bürger der Bundesrepublik Deutschland
 1 vollkommen 2 etwas schon 3 eigentlich nicht 4 überhaupt nicht

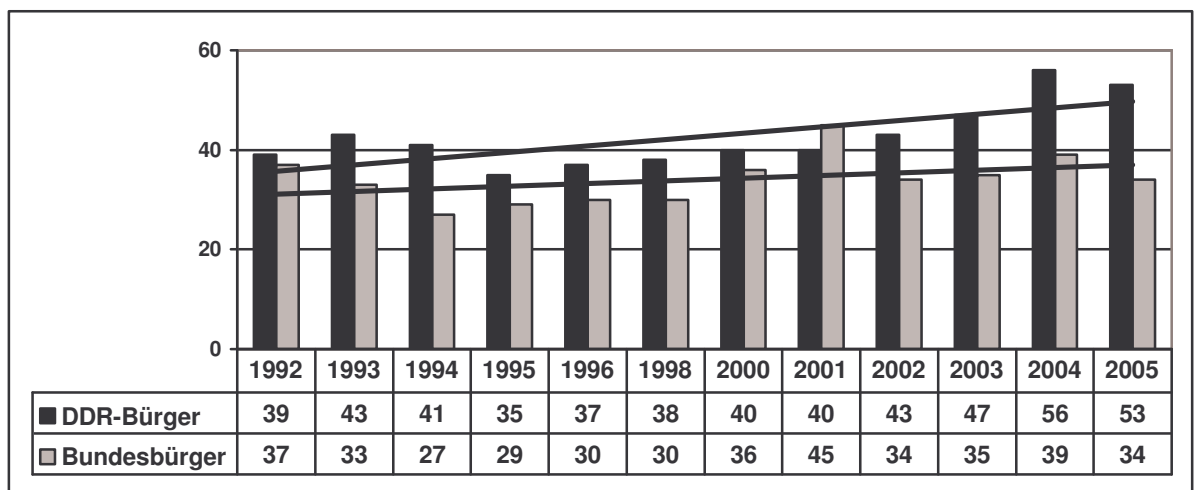
Die Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Verbundenheit wurden zusammengefasst.

Wie zu erkennen ist, hat sich die Verbundenheit der Panelmitglieder mit der Bundesrepublik zwischen 1992 und 2005 faktisch nicht verstärkt. Lediglich Ende 2001, d. h. kurz nach den Ereignissen vom 11. September, deutete sich ein leichter Zuwachs an, der jedoch im Frühsommer 2002 wieder verschwunden war.

Andererseits war die Verbundenheit mit der untergegangenen DDR im Untersuchungszeitraum 1990 (Frühjahr) bis 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig, um danach wieder zuzunehmen. Im Jahr 2005 wird mit 88% die bisher größte Quote derer erreicht, die sich mit der DDR identifizieren; das sind signifikant mehr als jene 83%, die sich mit der Bundesrepublik identifizieren ($P = .000$).

Vor allem einschränkungslos identifizieren sich signifikant mehr 32-Jährige mit der DDR als mit der BRD: 53% gegenüber 34%. Diese bemerkenswerte Erscheinung war auch – mit Ausnahme 2001 – in allen vorhergehenden Jahren zu beobachten:

Abbildung 1.6.2: Ausprägung einschränkungsloser Identifikation (nur AP 1) mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1992 und 2005



Fragetext wie bei Abbildung 1.6.1

Die Prozentquoten der Panelmitglieder mit einer einschränkungslosen Identifikation mit der DDR (Antwortposition 1) sind nach dem kurzzeitigen Rückgang im Jahre 1995 auf 35% wieder geradezu sprunghaft auf 56% 2004 bzw. 53% 2005 angewachsen – ein einzigartiges und unerwartetes Phänomen.

Eine Kopplung (Kreuzkorrelation) beider Angaben (die vierstufige Antwortskala wurde dafür dichotomisiert) ergibt im Jahr 2005: bei 72% der Panelmitglieder ist eine „Doppelidentität“ zu beobachten. Sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben; 11% fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger; 16% haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich noch vorwiegend als DDR-Bürger. Die restlichen 1% fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger.

Nicht unwichtig ist, dass Anfang der 90er Jahre zwischen beiden Identifikationen noch ein signifikanter negativer Zusammenhang bestand (je ausgeprägter die Identifikation als DDR-Bürger, desto geringer die Identifikation als Bundesbürger; 1992 z. B. $r = -.30$; $P = .000$). Seit Mitte der 90er Jahre stehen sie jedoch neutral, unverbunden, wie gleichgültig nebeneinander (2004: $P = .086$; 2005 = $.556$). Die Identifikation mit der DDR trägt also vermutlich nicht den Charakter einer „Widerstandsidentität“ gegen die Identifikation mit der Bundesrepublik im Sinne von Manuel Castells (vgl. 2002, S. 10).

Fest steht bisher: Das Zugehörigkeitsgefühl zu der vor rund anderthalb Jahrzehnten untergegangenen DDR wurde (auch) von diesen jungen Menschen nicht als überflüssiger Ballast abgeworfen. Ausdrücklich betont sei, dass es sich dabei nicht um politische Bindungen an die untergegangene DDR handelt. So bestehen keine signifikanten Korrelationen zwischen der Identifikation mit der DDR im Jahr 2005 einerseits und der Identifikation mit ihr im Frühjahr 1989 ($P = .082$) bzw. mit der damaligen Systembindung ($P = .229$) andererseits. Großes Gewicht haben dabei vielmehr tiefe lebensgeschichtliche Prägungen, vor allem das Erleben der DDR als Heimatland, die Erinnerung an eine meist sozial sichere, sorgenfreie Kindheit und Jugend, insbesondere ohne Arbeitslosigkeit der Eltern, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast heutiger Alltagserfahrungen. Wir kommen darauf zurück.

Diese und weitere Ergebnisse lassen darauf schließen, dass bei den 32-Jährigen die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien Verbundenheit mit der Bundesrepublik noch eine unbestimmte Zeit dauern wird, wenn sie überhaupt zustande kommt.

Darauf lässt auch schließen, dass die politische Identifikation mit der Bundesrepublik noch immer sehr schwach ausgeprägt ist:

Tabelle 1.6.1: Politische Identifikation mit der Bundesrepublik im Trend 2000 bis 2005
 „Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik Deutschland verbunden.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

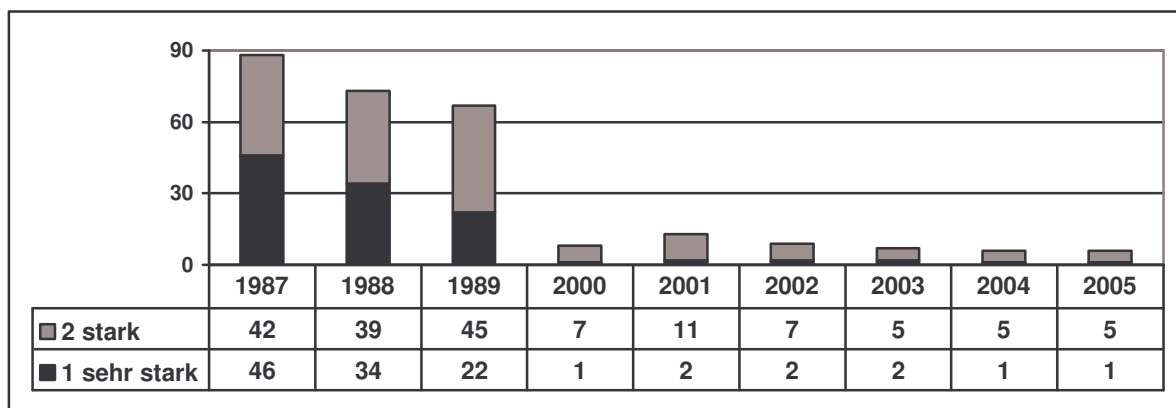
	1	2	(1+2)	3	4	5
2000	1	7	(8)	22	38	32
2001	2	11	(13)	31	35	21
2002	2	7	(9)	27	34	30
2003	2	5	(7)	29	31	33
2004	1	5	(6)	21	33	40
2005	1	5	(6)	23	29	42

männlich	1	6	(7)	32	25	36
weiblich	0	4	(4)	15	32	49!

Nur eine Minderheit von 6% fühlt sich im Jahr 2005 politisch mit der Bundesrepublik verbunden, 71% stellen das in Abrede, von den jungen Frauen deutlich mehr als von den jungen Männern: 81% gegenüber 61%. Interessant ist, dass sich die Panelmitglieder nicht signifikant in Abhängigkeit davon unterscheiden, ob sie im Osten oder im Westen leben.

Aus der zwischen 1987 und 1989 deutlich zunehmenden kritischen Haltung gegenüber der DDR ist danach keine politische Identifikation mit der Bundesrepublik hervorgegangen. Wir stellen hier noch einmal die Trends der politischen Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR zwischen 1987 und 1989 bzw. der politischen Identifikation mit der Bundesrepublik zwischen 2000 und 2005 gegenüber:

Abbildung 1.6.3: Vergleich der politischen Identifikation derselben Panelmitglieder mit der DDR 1987 bis 1989 bzw. mit der Bundesrepublik 2000 bis 2005



Fragetexte:

1987 – 1989 „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.“

2000 – 2005: „Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik verbunden.“

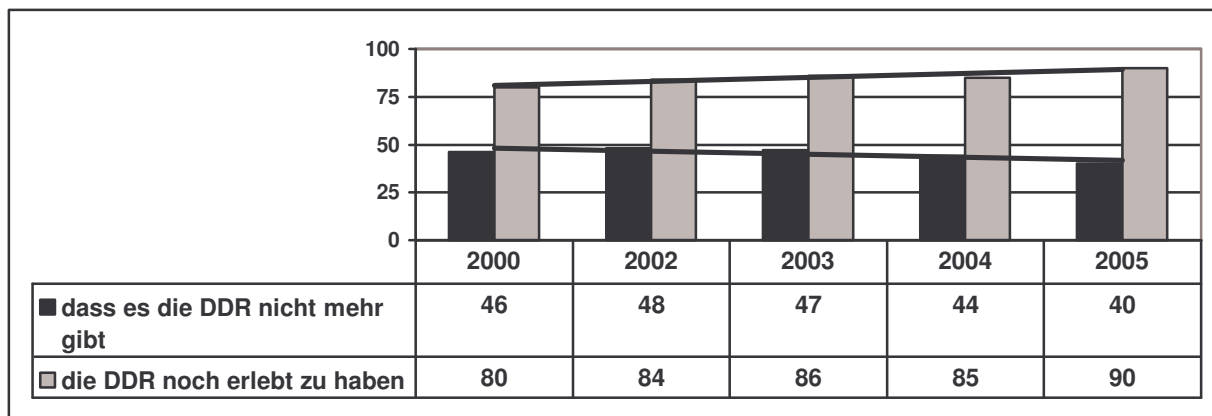
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Zwischen der politischen Identifikation mit der DDR 1989 und der politischen Identifikation mit der Bundesrepublik nach der Wende bestehen faktisch keine Zusammenhänge: Von den im Frühjahr 1989 der DDR politisch ablehnend gegenüber stehenden Panelmitgliedern identifizieren sich 2005 nicht mehr stark mit der Bundesrepublik als von denen, die sich zu ihr bekannten: 9% gegenüber 5%.

Die Widersprüchlichkeit im Denken der Panelmitglieder über das vereinte Deutschland zeigt sich auch in anderen Ergebnissen der Studie, z. B. in ihren Wertungen zum eigenen Erleben der DDR und zu ihrem Untergang. Hierzu nahmen sie zu folgenden Aussagen Stellung: „Ich bin froh, dass es die DDR nicht mehr gibt“ bzw. „Ich bin froh, die DDR noch erlebt zu haben.“ Die Abbildung zeigt die Anteile der sehr stark oder stark zustimmenden Panelmitglieder im Trend:

Abbildung 1.6.4: Zusammengefasste Anteile sehr stark (AP 1) bzw. stark zustimmender (AP 2) Panelmitglieder im Trend 2000 bis 2005

„Ich bin froh darüber ...



Antwortmodell: Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

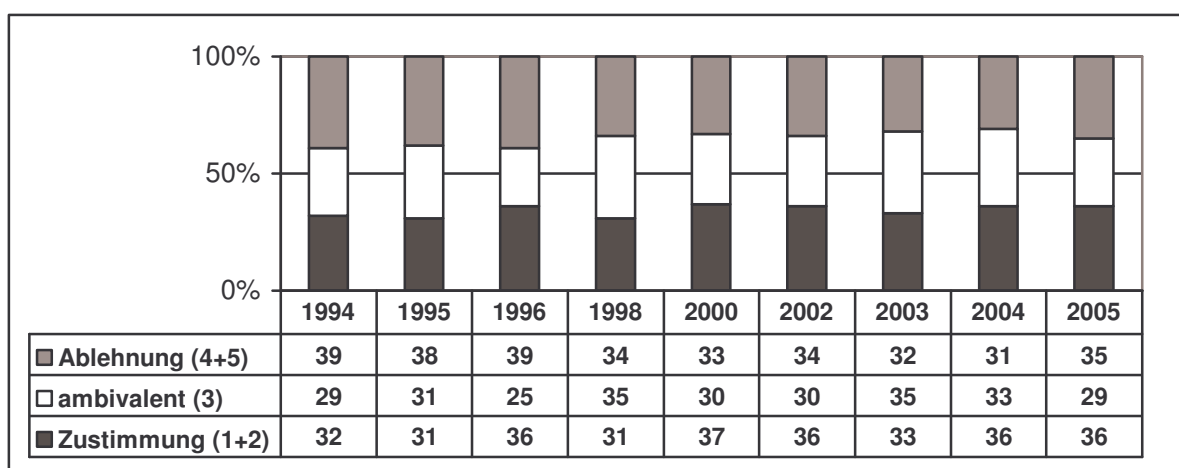
Einerseits äußern 2005 40%, froh zu sein über den Untergang der DDR (darunter 19% ohne Einschränkung) – das sind signifikant weniger als 2004.

Andererseits äußern im Jahr 2005 90% der Panelmitglieder, froh darüber zu sein, dass sie die DDR noch erlebt haben, die meisten davon einschränkungslos. Der Trend seit 2000 weist auf eine signifikante Zunahme dieser Einstellung hin.

Auch diese Angaben lassen darauf schließen, dass sehr viele dieser jungen Ostdeutschen sich noch immer positiv an sie bzw. an bestimmte Seiten des Lebens in ihr erinnern. Das gilt selbst für die überwiegende Mehrheit derer, die froh darüber sind, dass die DDR verschwunden ist. Um welche Seiten es sich dabei vor allem handelt, geht aus dem Systemvergleich frühere DDR-heutige BRD hervor, auf den wir noch eingehen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über den politischen Charakter der DDR ist interessant, wie viele der Panelmitglieder das Leben in der DDR als einen „lebenslangen Knast“ betrachten. Eine solche Formulierung wurde seit 1994 in Anlehnung an einen Text der 1992 eingesetzten Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vorgegeben:

Abbildung 1.6.5: Einstellung zur Charakterisierung der DDR als „Knast für ihre Bürger“ im Trend



Fragetext: „Das Leben in der DDR vor der Wende bedeutete für die Menschen 'lebenslangen Knast'.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

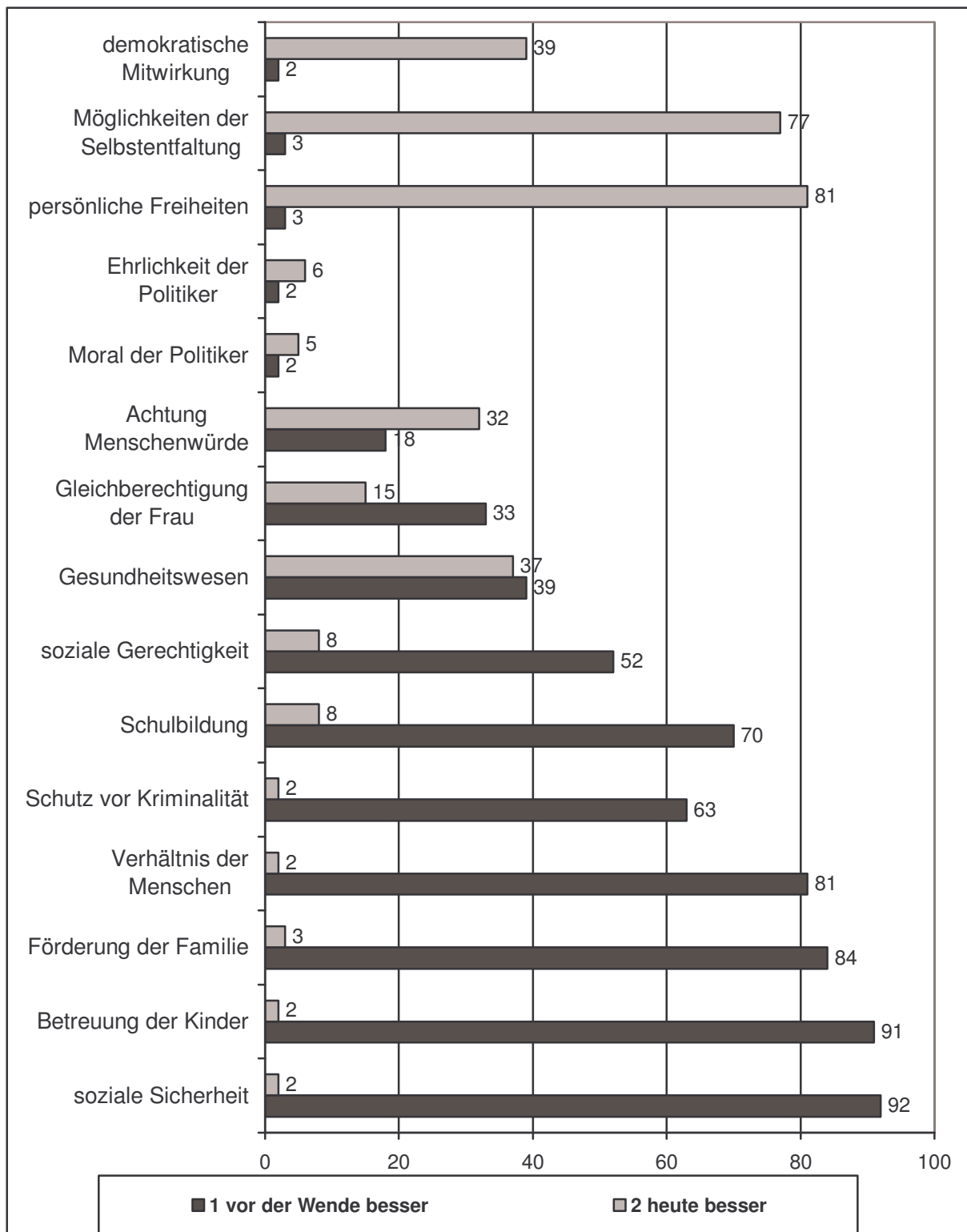
Dieser Totalverurteilung der DDR schließen sich 2005 36% mehr oder weniger stark an (14% einschränkungslos), 35% widersprechen ihr (13% völlig), 29% nehmen eine ambivalente Haltung ein. Dabei fällt die Zustimmung umso geringer aus, je stärker die heutige

Identifikation mit der DDR ist (und umgekehrt; $P = .000$). Ein klarer Trend zu mehr Zustimmung oder Ablehnung der genannten These ist bis 2005 nicht erkennbar.

1.6.2 Beim Systemvergleich schneidet die DDR in sozialer Hinsicht immer besser ab

Seit 1993 nehmen die Panelmitglieder zu ausgewählten Aspekten des gesellschaftlichen Lebens einen Systemvergleich vor, der – langfristig betrachtet - zu teilweise überraschenden Ergebnissen und Trends führt. Sie geben zu diesen Aspekten an, ob es auf diesem Gebiet vor der Wende besser war oder heute besser ist oder ob es kaum einen Unterschied gibt. Möglich ist auch die Antwort „Das kann ich nicht beurteilen“. Wir beschränken uns hier auf eine grafische Darstellung der Positionen „vor der Wende besser“ und „heute besser“:

Abbildung 1.6.6: Systemvergleich 2005. Nur Antwortpositionen „vor der Wende besser“ und „heute besser“



Gleichberechtigung der Frau: Angaben von 2004

Wie zu sehen ist, geben die Panelmitglieder sehr differenzierte Urteile ab; außerdem ist der Anteil derer überwiegend gering, die einem Urteil ausweichen, weil sie den betreffenden Sachverhalt nicht beurteilen können.

Generell wird sichtbar, dass die DDR-Verhältnisse in sozialer Hinsicht auch im Jahr 2005 bei den 32-Jährigen noch immer gut abschneiden. Auf folgenden Gebieten meinen sie mehrheitlich, dass es vor der Wende besser gewesen wäre: in Bezug auf soziale Sicherheit (92%), Betreuung der Kinder (91%), Förderung der Familie (84%), Verhältnis der Menschen

untereinander (81%), Schulbildung (70%), Schutz gegenüber Kriminalität (63%), soziale Gerechtigkeit (52%). Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen positive Erinnerungen überwiegen, wir kommen auf sie zurück. Ein Vorsprung der früheren gegenüber der jetzigen Situation ist auch ablesbar in Bezug auf die Gleichberechtigung der Frau (33% 2004) und das Gesundheitswesen (39%).

Zu betonen ist, dass diese positiven Urteile in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Systembindung bzw. mit der politischen DDR-Identifikation vor der Wende stehen, also keine Langzeitwirkungen der politischen DDR-Sozialisation darstellen.

Ihnen stehen drei Gebiete des Lebens gegenüber, bei denen die Panelmitglieder mehrheitlich der jetzigen Situation den Vorzug geben: die persönlichen Freiheiten (81%; die aber offensichtlich nicht mit der Freiheit im Kapitalismus überhaupt gleichgesetzt werden; wir sind darauf eingegangen), die Möglichkeiten der Selbstentfaltung (77%). Aus den vorangegangenen Befragungen ging außerdem hervor, dass die heutigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung deutlich gegenüber früher präferiert werden (2000: 76%).

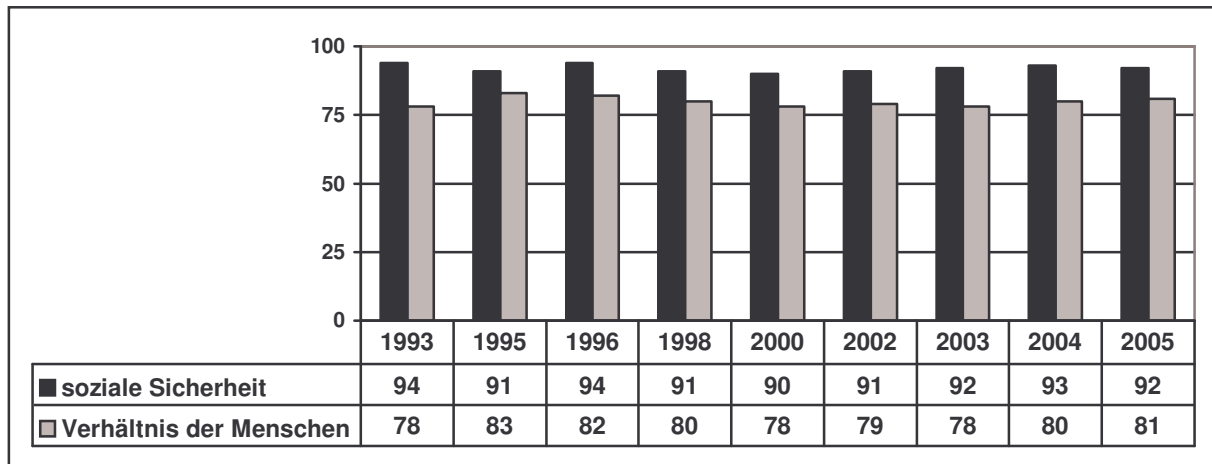
Ein Vorsprung der heutigen Situation gegenüber der früheren besteht auch hinsichtlich der Achtung der Menschenwürde: 32%; mit 40% sind allerdings noch mehr der Meinung, dass es kaum einen Unterschied zu früher gäbe, ein eher kritisches Urteil über die Gegenwart. Dasselbe gilt für die demokratische Mitwirkung: 39% bewerten sie heute besser als früher (2000 waren es noch 56%!), 35% sehen jedoch keinen Unterschied zwischen heutiger und früherer Situation. An anderer Stelle werden wir noch sehen, dass der gegenwärtige Zustand demokratischer Mitwirkung überwiegend kritisch betrachtet wird.

Sehr kritisch fallen die Urteile über die Moral und die Ehrlichkeit der heute herrschenden Politiker aus, verglichen mit den früheren Politikern. Hinsichtlich der Moral sehen mit 79% die meisten keinen Unterschied zwischen früher und heute und nur 5% bevorzugen die jetzige Situation (früher besser: 2%; kein Urteil:14%). Dasselbe gilt für die Ehrlichkeit der herrschenden Politiker gegenüber den Bürgern: 79% sehen keinen Unterschied zu früher und nur 6% schätzen die heutige Situation besser ein (früher besser: 2%; kein Urteil:13%). Diesen Ergebnissen kommt eine Schlüsselstellung zu, belegen doch Korrelationen, dass die Identifikation mit dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem in bedeutendem Maße durch die das System repräsentierenden Politiker und Wirtschaftsführer vermittelt wird. Aussagen über Politiker in den zahlreichen offenen Fragen (ohne Vorgaben) tragen ausschließlich ein negatives Vorzeichen; immer häufiger ist die Rede von Affären, Skandalen, Korruption, Unehrlichkeit u. ä., die - das ist wesentlich - nicht dieser oder jener Partei angelastet werden, sondern dem gegenwärtigen System insgesamt. Im Bericht über die 18. Welle 2004 haben wir dazu bereits zahlreiche wörtliche Zitate von Panelmitgliedern angeführt. Grundtenor ist der Zweifel, ob die Politiker überhaupt über die Situation im Osten informiert sind, ob sie um die Auswirkungen ihrer Politik auf die Menschen wissen. Deutliche Kritik wird daran geäußert, dass mit Sparmaßnahmen stets beim „einfachen Volk“ begonnen würde und nicht bei den Politikern. Aus zahlreichen Formulierungen geht hervor, dass die jungen Erwachsenen generell die Kompetenz der Politiker bezweifeln, die anstehenden Probleme zu lösen. (siehe Anhang).

Als Vorzug unserer Studie erweist sich auch hier, dass die vergleichenden Urteile in ihrer Veränderung über längere Zeiträume betrachtet werden können. So geht aus den langjährigen Trends hervor, dass die positiven Urteile über die DDR keine zufälligen Angaben sind, sondern eine erstaunlich hohe Konstanz besitzen, sich verfestigt haben. Wir können das hier nur exemplarisch belegen.

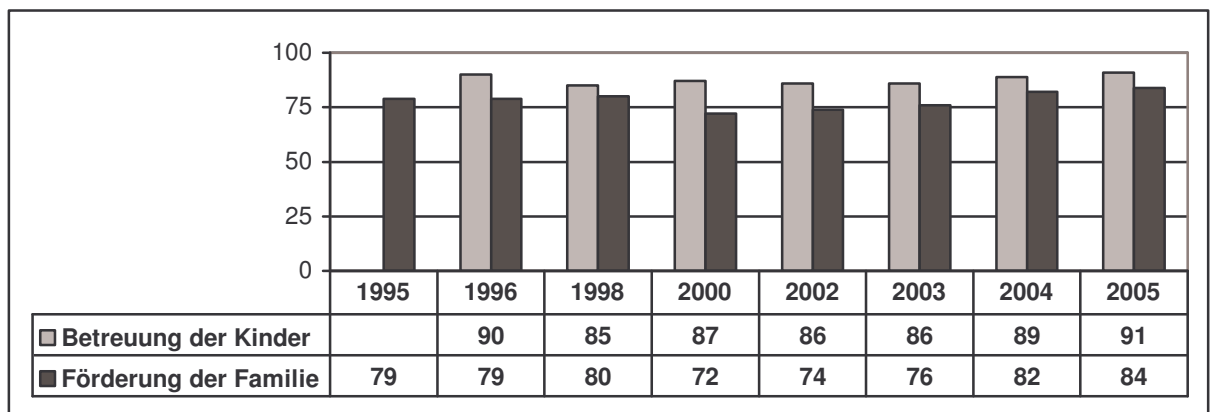
Die höchste Konstanz der Urteile ist in Bezug auf die soziale Sicherheit zu beobachten. Die außerordentlich hohe Quote derer, die meinen, dass die soziale Sicherheit vor der Wende bzw. das Verhältnis der Menschen untereinander größer bzw. besser gewesen sei als heute, hat sich über 11 Jahre hinweg nur unwesentlich verändert:

Abbildung 1.6.7: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die soziale Sicherheit bzw. das Verhältnis der Menschen untereinander vor der Wende besser gewesen wären als heute, im Trend 1993 bis 2005



Das Urteil über die soziale Sicherheit scheint mittlerweile unerschütterlich geworden zu sein und das DDR-Bild zu dominieren. Ähnliches gilt für das Verhältnis der Menschen untereinander, über drei Viertel präferieren in dieser Hinsicht die Zeit vor der Wende. Ähnlich hoch und sehr konstant sind die Urteile über die Betreuung der Kinder bzw. die Förderung der Familie – Aspekte, bei denen die meisten Panelmitglieder mittlerweile eigene Erfahrungen und Kompetenz gesammelt haben:

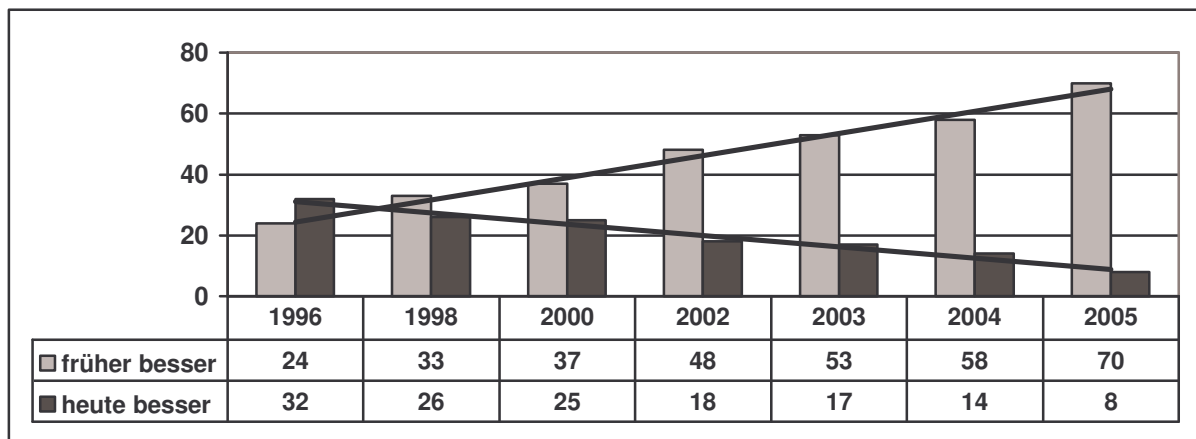
Abbildung 1.6.8: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Betreuung der Kinder bzw. die Förderung der Familie vor der Wende besser gewesen wären als heute, im Trend 1995 bis 2005



In Bezug auf die Förderung der Familie wird 2005 der bisher höchste Wert erreicht: 84%.

Sehr interessant ist auch der Trend in Bezug auf die Schulbildung:

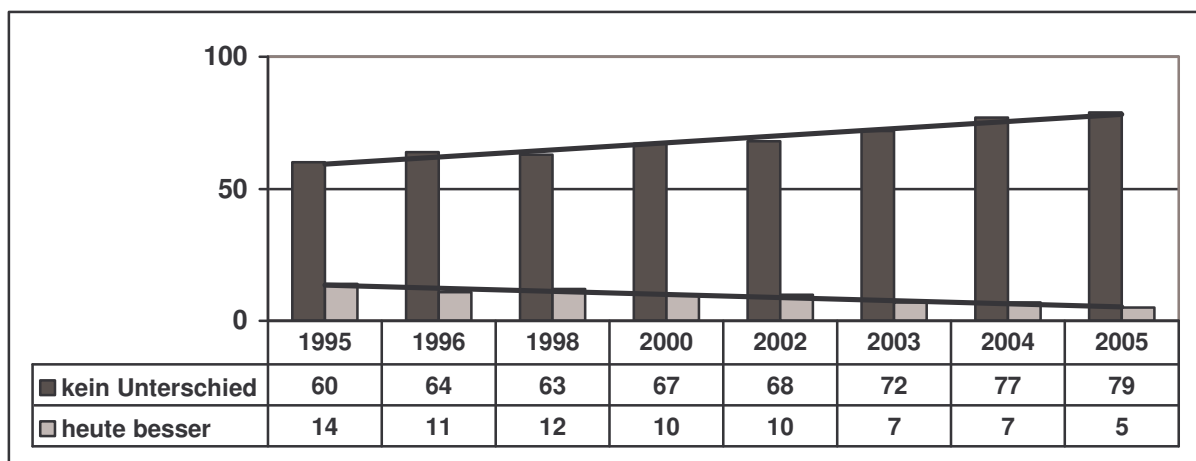
Abbildung 1.6.8: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Schulbildung vor der Wende besser gewesen wäre bzw. heute besser sei, im Trend 1996 bis 2005



Sichtbar wird, dass immer mehr Panelmitglieder die Auffassung vertreten, die Schulbildung vor der Wende sei besser gewesen als heute. Zwischen 1996 und 2005 hat sich dieser Anteil fast verdreifacht.

Bemerkenswert ist schließlich auch der Trend im Hinblick auf die Moral der herrschenden Politiker:

Abbildung 1.6.9: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass sich die Moral der herrschenden Politiker heute und vor der Wende nicht unterscheiden würde bzw. heute besser sei, im Trend 1995 bis 2005



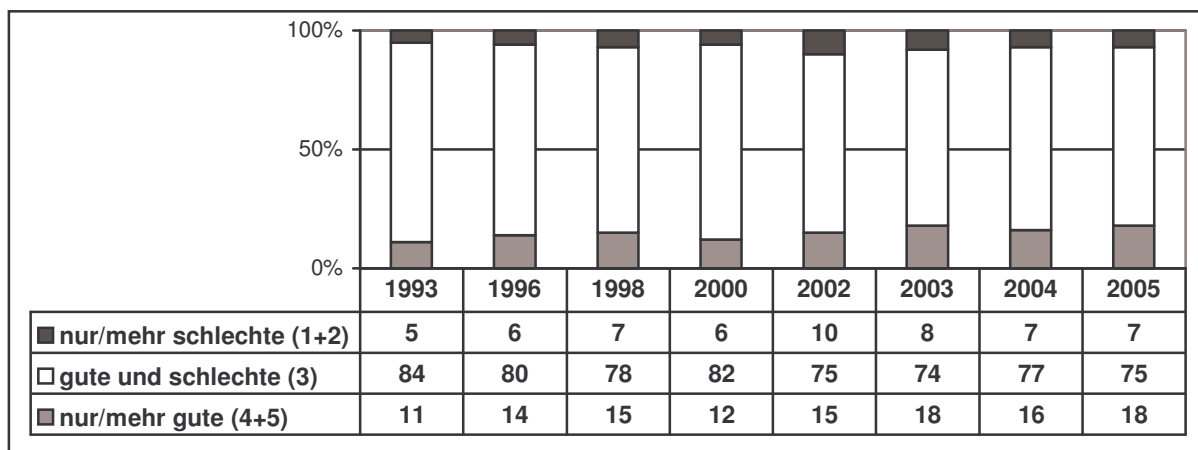
Fast kontinuierlich und signifikant hat seit 1995 der Anteil der Panelmitglieder zugenommen, die keinen Unterschied hinsichtlich der Moral der herrschenden Politiker zwischen früher und heute sehen. Dafür hat der Anteil jener, die die Moral der heutigen Politiker besser beurteilen, auf sehr niedrigem Niveau abgenommen und geht gegen Null. Ähnlich kritisch wird die „Ehrlichkeit der Politiker gegenüber den Bürgern“ bewertet: 2005 meinen 79%, dass es in dieser Beziehung keinen Unterschied zwischen früher und heute gäbe.

Über die genannten einzelnen Seiten hinaus wurde auch eine übergreifende Analyse mehrerer Seiten vorgenommen, die wir hier nicht detailliert darstellen können. Wesentlich ist, dass auf dieser Indexebene kein Zusammenhang mit der früheren Systembindung bzw. der damaligen politischen Identifikation mit der DDR besteht, wohl aber mit der heutigen Verbundenheit mit der DDR: Je häufiger der DDR die genannten Aspekte als besser zugeschrieben werden, desto ausgeprägter ist die heutige Identifikation mit der DDR und umgekehrt. Das heißt, dass die nach wie vor bestehende bzw. sogar zunehmende DDR-Identifikation der überwiegenden Mehrheit der 32-Jährigen sehr viel mit ihren Erinnerungen an wesentliche soziale Gegebenheiten dieses untergegangenen Landes zu tun hat – selbst nach anderthalb Jahrzehnten.

Zugleich korreliert dieses DDR-Bild mit der Bejahung der deutschen Einheit: Je positiver dieses Bild ausgeprägt ist, desto geringer ist auch die Zustimmung zur Einheit entwickelt. Außerdem werden diese Aspekte umso häufiger genannt, je negativer die Panelmitglieder ihre persönlichen Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem einschätzen. Das bei vielen 32-Jährigen fortbestehende positive soziale Bild der DDR ist demnach auch ein Echo ihrer heutigen Erfahrungen mit dem realen Kapitalismus.

Als Fazit dieser Analysen kann gelten, dass die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen in ihren Erinnerungen an die DDR daran festhält, dass diese „gute und schlechte Seiten“ gehabt habe:

Abbildung 1.6.10: Verhältnis von guten und schlechten Seiten der DDR im Urteil der TeilnehmerInnen im Trend 1993 - 2005 (die Positionen 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Wenn Sie an die DDR-Zeit zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR im ganzen gesehen?“ Es gab in der DDR...

- 1 nur schlechte Seiten 2 mehr schlechte als gute Seiten 3 gute und schlechte Seiten
 4 mehr gute als schlechte Seiten 5 nur gute Seiten

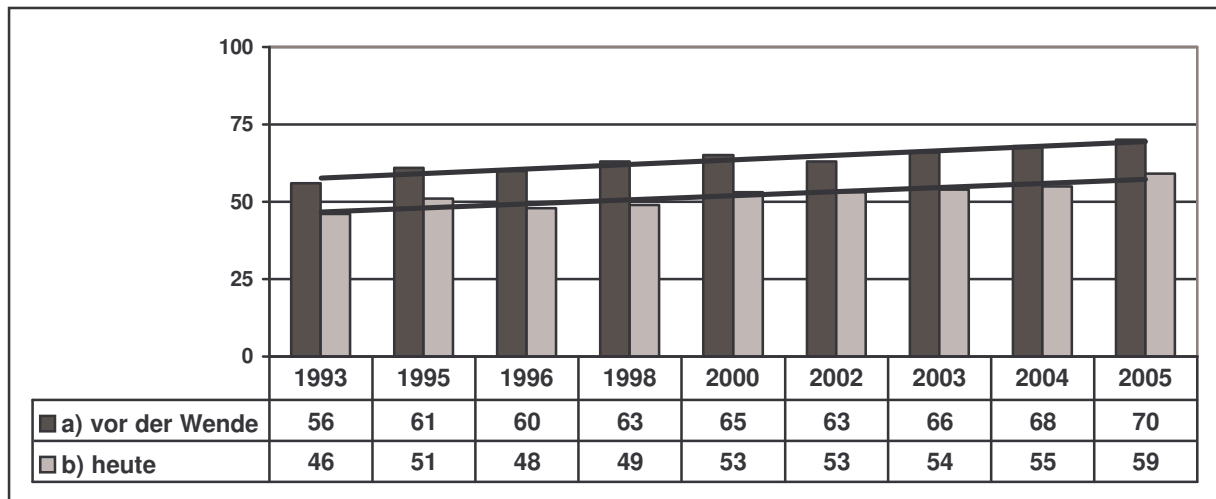
In ihren zusätzlichen Notizen vertreten bis in die Gegenwart hinein zahlreiche TeilnehmerInnen prononciert und mitunter geradezu leidenschaftlich die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR, die sich bewährt haben, in das vereinte Deutschland zu übernehmen. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang immer wieder die Kindereinrichtungen in der DDR, häufig auch die Jugendklubs, Ferienlager, Polikliniken und in jüngster Zeit in deutlich zunehmendem Maße das Schulsystem. Auch nach rund 15 Jahren wird heftig kritisiert, dass „bis auf das Ampelmännchen vieles im Osten bewusst platt gemacht wurde, was sich bewährt hatte“, dass „viele kaputt gemacht wurde, was jetzt wieder neu erfunden wird“. Aus diesen Erfahrungen und Wertungen speist sich bis in die heutigen Tage (und vermutlich auch künftig) ein großer Teil der bestehenden Distanz und Ablehnung gegenüber dem bestehenden Gesellschaftssystem und der politischen Klasse.

1.7 Sozialismus – eine gute Idee, nur schlecht ausgeführt

1.7.1 Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden

Nach unseren langjährigen Untersuchungen kann nicht daran gezweifelt werden, dass ein beträchtlicher Teil der 32-Jährigen noch oder wieder an sozialistische Ideale glaubt. Aufschlussreiche Ergebnisse dazu liegen seit 1993 vor:

Abbildung 1.7.1: Selbsteinschätzung der Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993 bis 2005 (die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)



Fragetext: „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und wie stehen Sie b) heute dazu?“ Ich war / ich bin

1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, dass im Jahr 2005 die reichliche Hälfte der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glaubt. Gegenüber 1993 ist ein signifikanter Zuwachs von 46% auf 59% zu beobachten. Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des von den Panelmitgliedern als Zeitzeugen erlebten Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus keineswegs bei allen von ihnen diskreditiert, „verbrannt“, sondern finden zunehmend Zuspruch. Interessanterweise gilt das für die jungen Frauen in besonderem Maße: Von ihnen identifizieren sich 2005 immerhin 62% mit diesen Idealen! Ihre stärkere Kritik am gegenwärtigen Kapitalismus verbindet sich bei vielen von ihnen mit der Befürwortung sozialistischer Ideale.

Die Zustimmung eines beträchtlichen und zunehmenden Teils der Panelmitglieder zu sozialistischem Gedankengut widerspiegelt die erwähnte verbreitete Unzufriedenheit mit dem jetzigen Gesellschaftssystem. Zusammenhangsanalysen belegen: Je geringer die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung ist (ähnlich: Zufriedenheit mit dem politischen System, mit der Demokratie), um so größer ist der Anteil derer, die sozialistische Ideale bejahen. Das gilt natürlich auch umgekehrt.

Andererseits kann vermutet werden, dass die zunehmende Bejahung sozialistischer Ideale in der Gegenwart offensichtlich mit dazu beigetragen hat, sich auch in der Erinnerung, sozusagen rückwirkend, wieder häufiger zu ihnen zu bekennen. Immerhin ist zwischen 1993 und 2005 ein deutlicher, signifikanter Anstieg beim Anteil jener Panelmitglieder zu verzeichnen, die sich in ihrer Erinnerung vor der Wende zu den sozialistischen Idealen bekannt haben: Von 56% 1993 auf 70% 2005. Vermutlich hatte ein Teil der Panelmitglieder ihre ursprüngliche Identifikation mit sozialistischem Gedankengut eine Zeit lang verdrängt,

wird sich jedoch unter den gegenwärtigen Bedingungen allmählich dieser Identifikation wieder bewusst – ein interessanter Prozess, der weiter verfolgt werden muss.

Die bei den Panelmitgliedern verbreitete Sympathie für sozialistische Ideale geht auch daraus hervor, dass – und zwar in guter Übereinstimmung mit aktuellen Umfragen - fast drei Viertel der Panelmitglieder den Sozialismus für eine gute Idee halten, die nur schlecht ausgeführt worden sei:

Tabelle 1.7.1: Zustimmung zum Sozialismus als Idee 2004 und 2005

„Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.“
Das entspricht meiner Meinung 1,2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
2004	31	39	(70)	21	6	3
2005	32	41	(73)	17	8	2

Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung 2005:

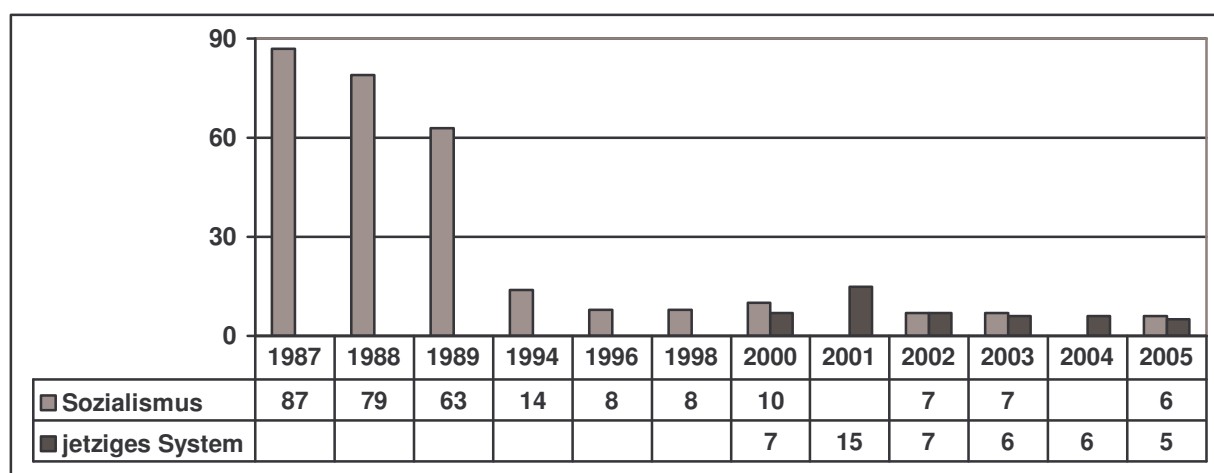
zufrieden/eher zufrieden	18	39	(57)	25	15	3
eher unzufrieden	30	45	(75)	17	7	1
unzufrieden	58	26	(84)	10	5	1

Je geringer die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung , desto häufiger wird der Sozialismus als eine gute Idee angesehen. Natürlich gilt hier ebenso die Umkehrung.

Aufschlussreich ist, dass auch diese grundsätzliche Einstellung zum Sozialismus in einer engen positiven Beziehung zum oben erwähnten DDR-Bild steht: Je häufiger sich die Panelmitglieder beim Vergleich wesentlicher sozialer Aspekte zugunsten der DDR entscheiden, desto häufiger bejahen sie den Sozialismus „als Idee“. Das lässt darauf schließen, dass sie solche von ihnen damals erfahrenen und noch heute hoch bewerteten sozialen Aspekte wie soziale Sicherheit, Verhältnis der Menschen untereinander, Förderung der Familie und Betreuung der Kinder u. a. positiv mit der „Idee des Sozialismus“ in Verbindung bringen.

Nur eine Minderheit von 6% glaubt 2005 allerdings daran, dass die sozialistischen Ideale sich eines Tages durchsetzen werden. Wir ergänzen diesen Trend mit den bereits erwähnten Angaben zur Auffassung der 32-Jährigen über die Zukunftsfähigkeit des gegenwärtigen Systems:

Abbildung 1.7.2: Glaube an die Zukunft der Systeme im Trend



Fragetexte:

Sozialismus 1987 bis 1989: „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“; ab 1994 „Die sozialistischen Gesellschaftsideale werden sich eines Tages durchsetzen.“ (2001 und 2004 nicht gefragt).

Jetziges System 2000 bis 2005: „Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“ (ab 2000)

Antwortmodell: Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht
Die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst.

Der bedingt mögliche Vergleich in den Jahren 2000 bis 2005 macht deutlich, dass die 32-Jährigen, von einer Minderheit abgesehen, gegenwärtig weder dem Sozialismus noch dem gegenwärtigen Kapitalismus eine Zukunft zuschreiben.

1.7.2 Fast die Hälfte plädiert für eine reformsozialistische Alternative!

Die Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung geht bei sehr vielen Panelmitgliedern mit der Befürwortung eines Systemwechsels zugunsten einer reformsozialistischen Alternative zur jetzigen politischen Ordnung einher:

Tabelle 1.7.2 Einstellung zu einem reformierten Sozialismus 2005

„Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“

Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1,2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	19	26	(45)	31	14	10
männlich	18	24	(42)	27	21	10
weiblich	19	28	(47)	33	9	11

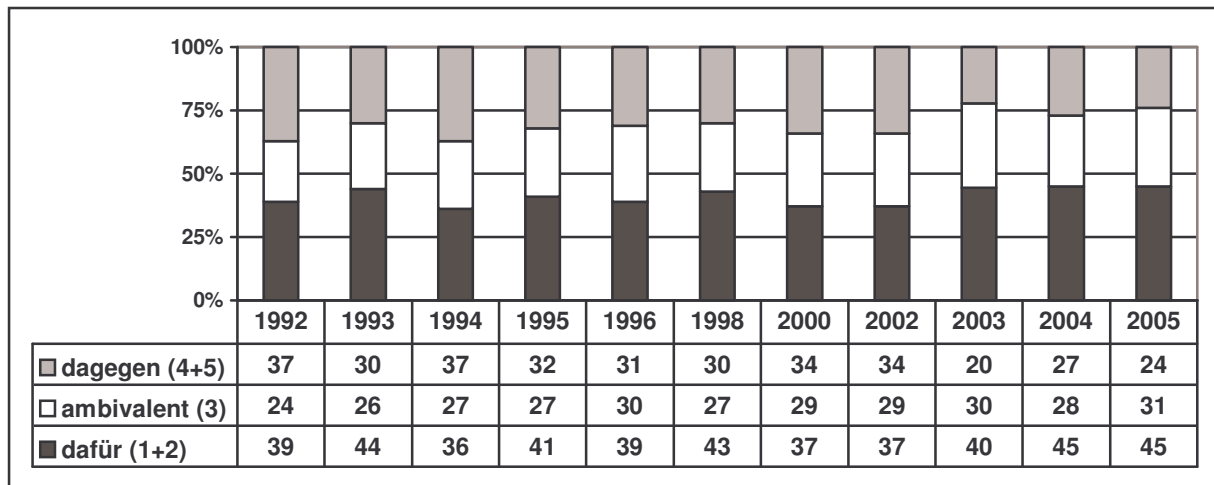
Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung 2005:

zufrieden/eher zufrieden	9	20	(29)	30	22	19
eher unzufrieden	19	28	(47)	31	14	8
unzufrieden	30	29	(59)	27	6	8

Fast die Hälfte (45%) der 32-Jährigen steht 2005 einem Systemwechsel positiv gegenüber, würde einen reformierten Sozialismus der jetzigen Ordnung vorziehen; von den jungen Frauen etwas mehr als von den jungen Männern (sign.); von den mit der gesellschaftlichen Entwicklung Unzufriedenen erwartungsgemäß erheblich mehr als von den Zufriedenen. Wie schon die Bejahung der „Idee des Sozialismus“ ist auch die Unterstützung einer politischen Alternative deutlich geprägt von positiven Erinnerungen an die DDR wie soziale Sicherheit, Verhältnis der Menschen untereinander u. a.

Dazu liegen Trenddaten seit 1992 vor:

Abbildung 1.7.3: Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2005



Fragetext: „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Reduzierte Darstellung, die Positionen 1 und 2 bzw. 4 und 5 wurden zusammengefasst

Die 32-Jährigen sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, allerdings meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative, deutlich insbesondere 2004 und 2005. Seit 2000, mit erneut zunehmenden Enttäuschungen von der gesellschaftlichen Wirklichkeit nach dem Regierungswechsel, hat sich die Waage leicht zugunsten des Sozialismus geneigt.

Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse einer Frage, die wir Ende 1989 und Anfang 1990 in zwei bevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen des ZIJ (M 1 und M 2) stellten und in der 19. Welle dieser Längsschnittstudie mit identischem Wortlaut wiederholt haben. Wir führen sie hier mit an:

Tabelle 1.7.3: Künftiger Entwicklungsweg der DDR

„Welchen Entwicklungsweg sollte die DDR nach Ihrer Meinung künftig nehmen?“

1 den Weg eines besseren, reformierten Sozialismus

2 einen kapitalistischen Weg

3 einen anderen Weg

	1	2	3
November 1989 (Gesamt; N = 1571)	86	5	9
männlich	84	6	10
weiblich	88	5	7
Januar 1990 (Gesamt; N = 1727)	56	31	13

männlich	52	35	13
weiblich	60	26	14
19. Welle 2005 gesamt	50	17	34
männlich	49	24	29
weiblich	50	10!	40
aktuell arbeitslos	60	2	38

Bemerkenswert ist, dass sich 2005 von den weiblichen Teilnehmern signifikant weniger als von den männlichen für einen kapitalistischen Weg aussprechen. Das war auch Anfang 1990 so, während kurz nach der Wende sowohl Frauen als auch Männer überwiegend für einen sozialistischen Weg votierten.

1.8 Keine Zukunft im Osten!

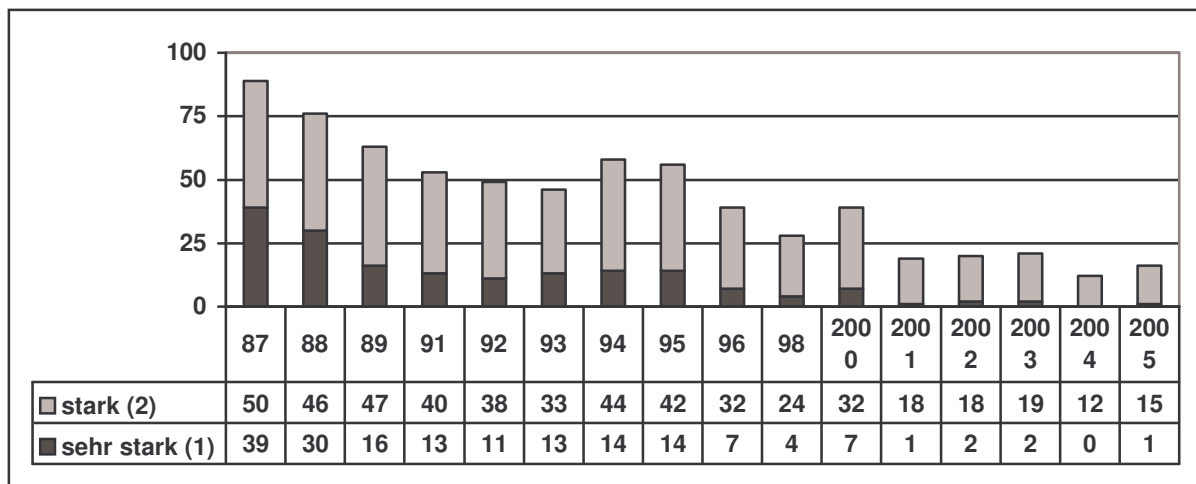
Die folgenden Zeitreihen zur Zukunftszuversicht der Panelmitglieder zwischen 1987 und 2005 geben in spezifischer Weise Aufschluss über ihre Wahrnehmung von nahezu zwei Jahrzehnten massiver gesellschaftlicher Veränderungen, eingeschlossen die letzten Jahre der DDR, die politische Wende, die Vereinigung und die nachfolgenden Transformationsprozesse mit ihren tief reichenden Auswirkungen auf die Mentalität der Panelmitglieder. Unsere langjährigen Trends unterstreichen die Auffassung der Autoren der Shellstudie Jugend 2000, dass Einschätzungen der Jugendlichen über ihre Zukunft geradezu seismographischen Charakter tragen (vgl. Jugend 2000, S. 286).

Im Rahmen dieser Kurzinformation beschränken wir uns auf eine verkürzte grafische Darstellung der Trends. Zunächst führen wir die seit 1987 vorliegenden Trends zur gesellschaftlichen und zur persönlichen Zukunftszuversicht unserer Panelmitglieder an:

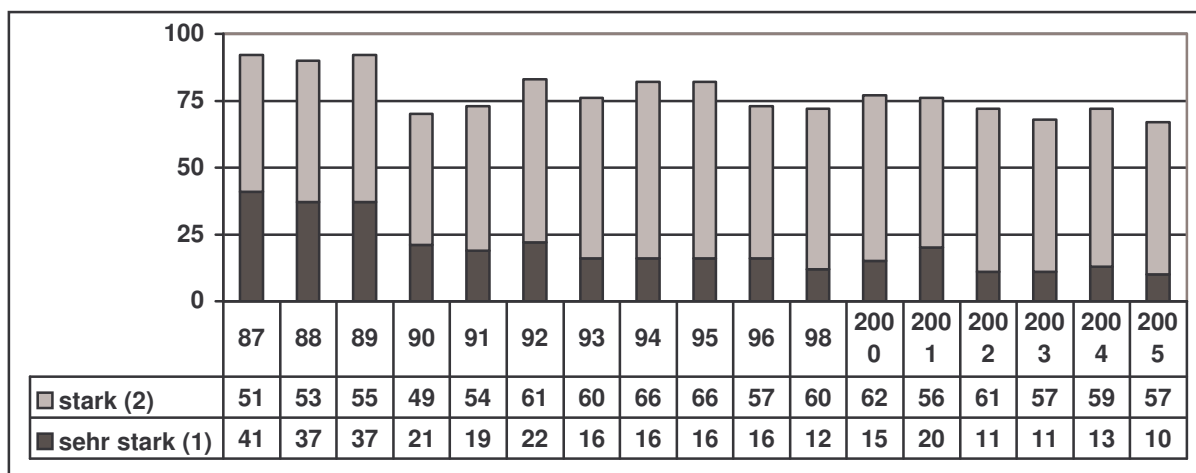
Abbildung 1.8.1: Trend der sehr starken bzw. starken Ausprägung der a) gesellschaftlichen und b) persönlichen Zukunftszuversicht zwischen 1987 und 2005 (zusammengefasste Anteile der AP 1 und 2)

Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft
a) für die Entwicklung in der DDR / ab 1991: in Ostdeutschland?
b) für Sie persönlich?“
1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

a) gesellschaftliche Zuversicht: 1987 - 1989 Entwicklung in der DDR
ab 1991 Entwicklung in Ostdeutschland (1990 nicht erhoben)



b) persönliche Zuversicht:



Bei beiden, eng miteinander zusammenhängenden Aspekten ist seit 1987 ein rückläufiger Trend erkennbar. Das gilt in besonderem Maße für die gesellschaftliche Zukunftszuversicht. Wie unsere Studie zeigt, ist diese im gesamten Untersuchungszeitraum fast kontinuierlich stark zurückgegangen. Der erste große Einbruch war bereits in der Endzeit der DDR zu beobachten, Widerspiegelung der damaligen Krisenerscheinungen, die auch von den Panelmitgliedern deutlich reflektiert und kritisch bewertet wurden.

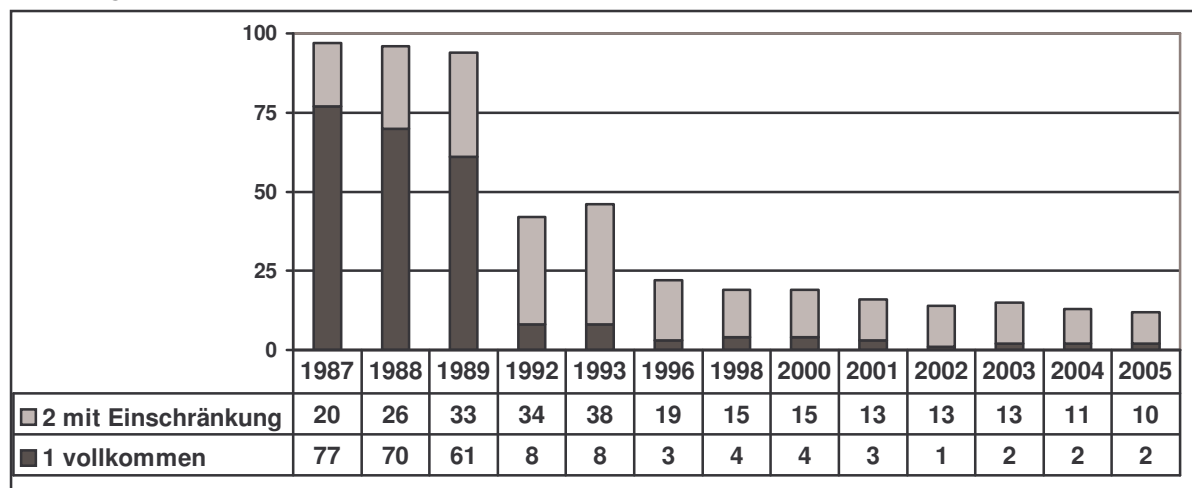
Nach der Wende und der Vereinigung kehrte sich der rückläufige Trend der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht keineswegs um, sondern setzte sich vielmehr verstärkt fort. 1998 äußerte sich nur noch knapp ein Drittel (28 %) mehr oder weniger stark zuversichtlich für die Entwicklung in Ostdeutschland, Echo der zunehmenden gesellschaftlichen Verwerfungen im Osten am Ende der Regierung Kohl. Im Jahr 2000 deutete sich eine positive Tendenz an, die vermutlich durch den Regierungswechsel zu Rot-Grün ausgelöst wurde. Ab 2001 sind diese Hoffnungen vieler jedoch wieder verschwunden, die Anteile zuversichtlicher Panelmitglieder erreichen 2004 und 2005 ihren bisherigen Tiefststand.

Die persönliche Zukunftszuversicht nahm einen etwas anderen Verlauf. Vor der Wende war faktisch kein Rückgang festzustellen. Die eigene Zukunft schien damals von der Krise in der DDR wenig betroffen zu sein, ein völliger Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft mit weitreichenden persönlichen Konsequenzen wurde auch von den damals 16/17-Jährigen nicht erwartet. Faktisch alle wussten, wie es nach der Schulzeit weitergeht, zu Ängsten vor Arbeitslosigkeit oder Armut im Alter bestand kein Anlass.

Nach der Wende stieg die persönliche Zuversicht nicht an, sondern ging ebenfalls zurück, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Das subjektive Erleben der Wendezeit und der unmittelbar darauf folgenden gravierenden politischen und wirtschaftlichen Umbrüche hatte bei einem großen Teil der Jugendlichen zu einem „Wendeschock“ geführt, der nachweislich lange angehalten hat, teilweise noch heute wirkt. Erst ab 1992 zeigten sich positive Veränderungen, die jedoch 1996 erneut von negativen Tendenzen abgelöst wurden. 1998 äußerten sich zwar 72% zuversichtlich, darunter aber nur noch 12% ohne Einschränkung. Im Jahr 2000 deutet sich erneut eine Trendwende an: Der Regierungswechsel hatte offensichtlich zunächst auch einen positiven Einfluss auf die persönliche Zukunftssicht zur Folge. Die Daten ab 2001 lassen allerdings erneut eine eindeutig rückläufige Tendenz erkennen, Ausdruck erneuter Frustrationen.

Von diesen Entwicklungen her betrachtet überrascht nicht, dass nach der Wende auch der Anteil jener Panelmitglieder massiv weiter abgenommen hat, die zuversichtlich sind, persönlich in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, eines der bedenkenswertesten Ergebnisse der Studie:

Abbildung 1.8.2: Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1987 bis 2005 (zusammengefasste AP 1 einschränkungslos und 2 eingeschränkt)



Fragetext: 1987 – 1989: „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“
 Ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

In den Jahren 1987 bis 1989 ging die Zuversicht, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben, nur wenig zurück. Nach der Wende stürzte sie (bei denselben jungen Leuten!), nun bezogen auf Ostdeutschland, geradezu ab und hat vermutlich ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht. 2005 gehen nur noch 12% davon aus, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, darunter lediglich 2% ohne Einschränkung! Immer weniger junge Frauen und Männer verbinden ihre Zukunft mit Ostdeutschland.

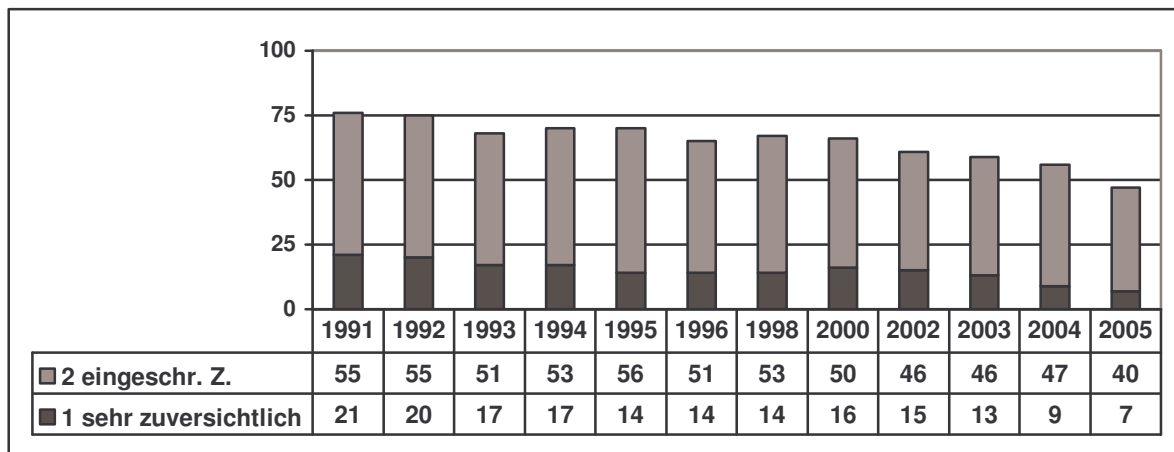
Wie die Studie klar belegt, hat die bittere Erfahrung so vieler junger Leute, dass ihre Heimat ihnen keine Zukunft bietet, auch einen hohen politischen Preis: Längsschnittanalysen belegen eindeutig, dass der regressive Trend der Zukunftszuversicht zeitgleich mit zu einem Rückgang der Systemzufriedenheit beigetragen hat.

Dieser Absturz hat auch wesentlich mit dazu geführt, dass etwa ein Viertel der TeilnehmerInnen der Studie nach der Wende in den Westen abgewandert sind. Von ihnen meinen 2004 und 2005 null Prozent, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben! In die neuen Länder wollen von ihnen 2005 null Prozent auf jeden Fall und 11% wahrscheinlich

zurückkehren; diese jungen Leute sind für den Osten faktisch verloren, einschließlich Nachwuchs.

Deutlich rückläufig entwickelte sich in diesem gesellschaftlichen Kontext auch die Zuversicht der Panelmitglieder, ihre beruflichen Pläne verwirklichen zu können, eine sehr ernst zu nehmendes Signal. Dazu liegen Informationen seit 1991 vor:

Abbildung 1.8.3: Veränderung der beruflichen Zukunftszuversicht zwischen 1991 und 2005 (zusammengefasste Anteile der AP 1 und 2)



Fragetext: „Wie zuversichtlich sind Sie, dass Sie Ihre beruflichen Pläne verwirklichen können?“
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

Zwischen 1991 und 2005 ist ein starker, signifikanter Rückgang dieser wesentlichen Seite der Zukunftszuversicht erkennbar, nicht überraschend angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und zunehmend direkter und indirekter Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Arbeitsplatzes (s. u.). 2005 sind mit 47% nur noch weniger als Hälfte der 32-Jährigen zuversichtlich, von den jungen Frauen noch deutlich weniger als von den jungen Männer: 41% gegenüber 53%! Für die kritische oder ablehnende Sicht dieser jungen Frauen auf das gegenwärtige System hat das erheblichen Aussagewert, spielen doch die selbst erfahrenen beruflichen Entwicklungschancen bei dessen Beurteilung eine entscheidende Rolle.

Seit 2002 fragten wir auch danach, wie zuversichtlich die TeilnehmerInnen der Studie die Zukunft ihrer Eltern und ihrer (künftigen) Kinder sehen. Wir stellen diese in den Kontext der eigenen Zukunftszuversicht der Panelmitglieder:

Tabelle 1.8.1: Zukunftszuversicht für die Eltern und die (künftigen) Kinder im Vergleich mit der eigenen Zuversicht 2002 bis 2005

„Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft?“
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>für Sie persönlich</i>						
2002	11	61	(72)	25	3	0
2003	11	57	(68)	28	4	0
2004	13	59	(72)	23	4	1
2005	10	57	(67)	28	3	2
<i>für Ihre Eltern</i>						

2002	7	46	(53)	32	12	3
2003	8	44	(52)	31	13	4
2004	9	45	(54)	32	10	4
2005	11	46	(57)	25	14	4

für Ihre (künftigen) Kinder

2002	4	36	(40)	38	12	10
2003	4	32	(36)	39	15	10
2004	4	27	(31)	41	18	10
2005	2	25	(27)!!	45	20	8

für die Entwicklung der jetzt heranwachsenden Jugendlichen im Osten

2005	1	4	(5)!	34	46	15
------	---	---	------	----	----	----

für die Entwicklung in Deutschland insgesamt

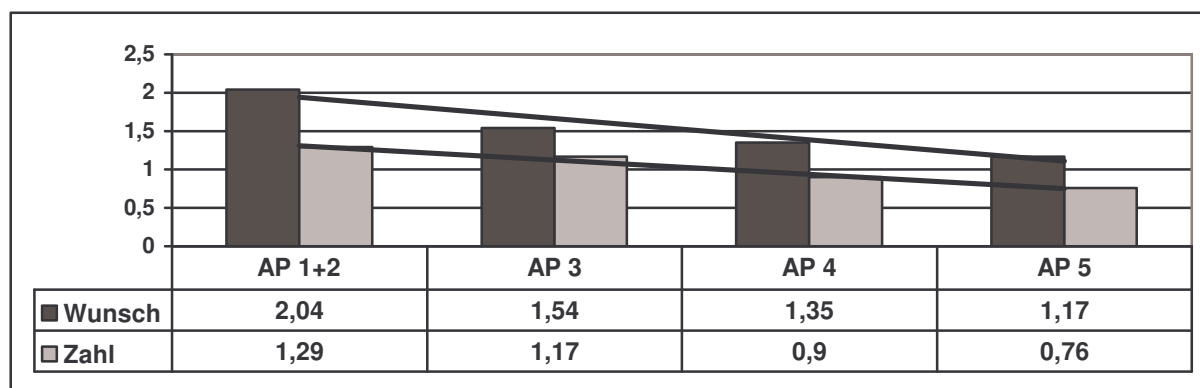
2004	0	11	(11)	48	33	8
2005	0	13	(13)!	47	33	7

für die Entwicklung der Menschheit

2005	1	15	(16)	52	27	5
------	---	----	------	----	----	---

Ablesbar ist, dass die Zukunft der Eltern nach wie vor erheblich weniger zuversichtlich gesehen wird als die eigene, verständlich angesichts der Tatsache, dass 58% der Panelmitglieder 2004 angaben, dass Vater und/oder Mutter arbeitslos waren bzw. sind (s. u.). Noch weniger zuversichtlich sehen die Panelmitglieder jedoch die Zukunft ihrer (künftigen) Kinder, eine dramatische Widerspiegelung der unsicheren Zukunftsperspektiven mit gravierenden Auswirkungen bis hin zum Infragestellen des jetzigen Gesellschaftssystems, ja sogar der Anzahl der bereits vorhandenen und der gewünschten Kinder. Offensichtlich messen viele der 32-Jährigen das jetzige System nicht zuletzt daran, welche Zukunftschancen es ihren Kindern bietet:

Abbildung 1.8.4: Kinderzahl und Kinderwunsch bei den weiblichen 32-Jährigen, differenziert nach der Ausprägung der Zukunftszuversicht für die eigenen (künftigen) Kinder



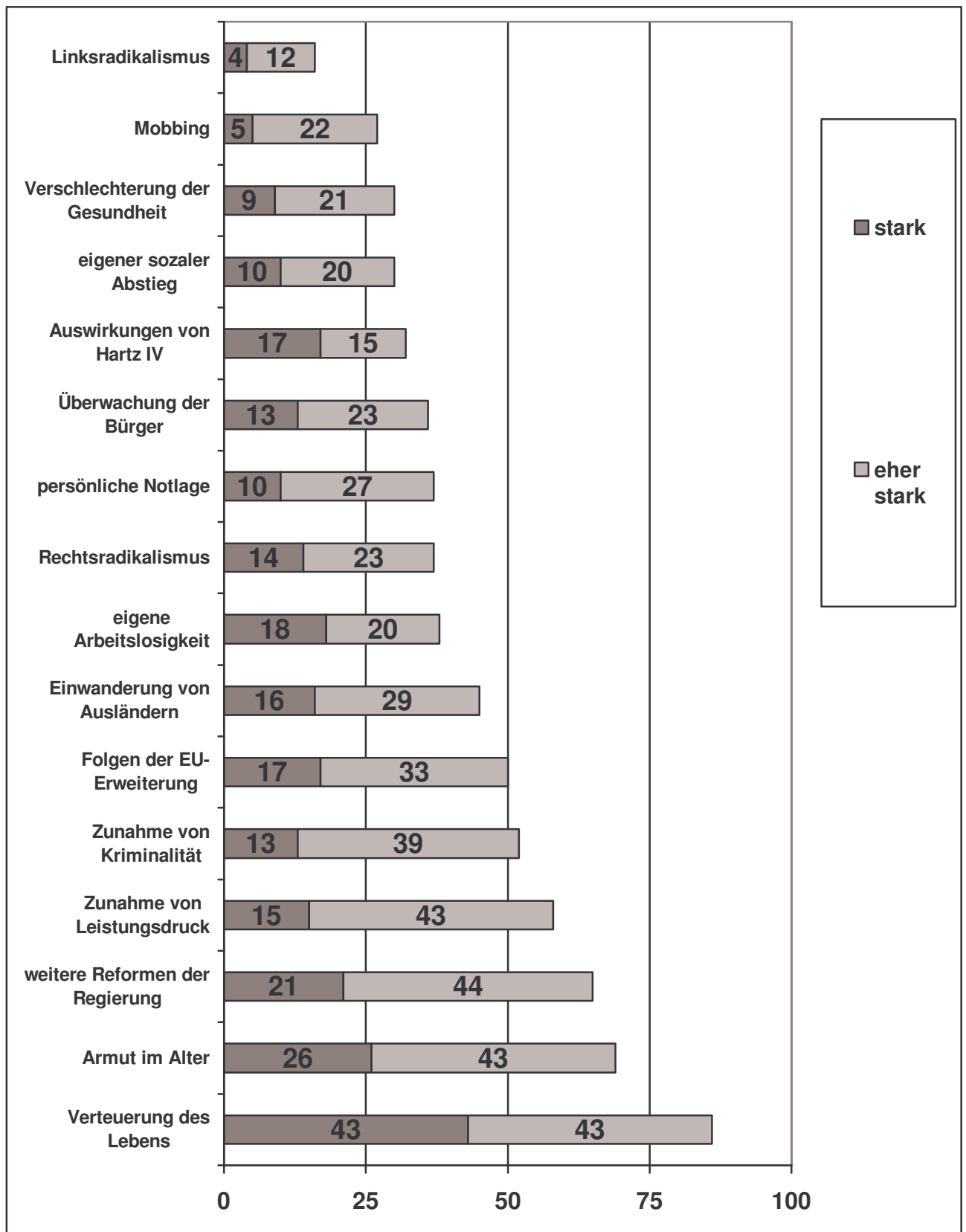
Die Panelmitglieder geben die Anzahl ihrer bereits geborenen bzw. der von ihnen gewünschten Kinder im Fragebogen direkt an. Das ablesbare Gefälle spricht eine deutliche Sprache: In Bezug auf die Zukunft ihrer Kinder zuversichtliche junge Frauen (AP 1+2) haben erheblich mehr Kinder bzw. wünschen sich auch mehr (1,29 bzw. 2,04) als jene, die diese Zukunft ihrer Kinder düster sehen (0,76 bzw. 1,17). Schon hier soll angedeutet werden, dass

Kinderwunsch und reale Kinderzahl natürlich auch von den eigenen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit negativ beeinflusst werden (s. u.).

1.9 Existenzängste dämpfen die Zukunftszuversicht und die Identifikation mit dem gegenwärtigen Kapitalismus

Die Einstellung der Panelmitglieder zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem und ihr Blick in die Zukunft werden in zunehmendem Maße durch eine ganze Reihe von belastenden Alltagsängsten beeinflusst, die im Rahmen dieser Studie seit vielen Jahren dokumentiert werden. Vor allem diese Daten geben einen informativen Einblick in die seit der Wende völlig veränderte Gefühlswelt der von uns begleiteten jungen Ostdeutschen; sie sind der Schlüssel, um zu verstehen, warum die meisten von ihnen dem gegenwärtigen Kapitalismus skeptisch oder ablehnend gegenüber stehen. Wir geben zunächst einen Überblick zur Situation im Jahr 2005:

Abbildung 1.9.1: Anteil der Panelmitglieder, die 2005 Angst vor ausgewählten Zeiterscheinungen empfinden. Nur Positionen 1 „stark“ und 2 „eher stark“



Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“

1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

Wir können im Rahmen dieser Information nur auf jene Ängste näher eingehen, die für das Denken und Fühlen der jungen Frauen und Männer nachweislich relevant sind. Dazu wurde die Stärke des Zusammenhanges berechnet, der zwischen ihnen und der Ausprägung der Zukunftszuversicht als einem entscheidenden Kriterium für diese Relevanz besteht. Das gilt 2005 für alle untersuchten Aspekte mit Ausnahme der Angst vor zunehmender Überwachung der Bürger und vor Ausbreitung von Rechtsradikalismus.

Besonders negativ beeinflussen vor allem folgende Ängste die Zukunftszuversicht signifikant negativ:

- Aspekt
- eigene Arbeitslosigkeit
 - Auswirkungen von „Hartz IV“
 - eigener sozialer Abstieg
 - Eintreten einer Notlage
 - Armut im Alter (!)
 - weitere Reformen der Regierung
 - weitere Verteuerung des Lebens
 - Zunahme von Leitungsdruck
 - Zunahme von Mobbing
 - zunehmende Einwanderung von Ausländern

(Die Struktur dieser natürlich nicht isoliert voneinander bestehenden Ängste kann hier nicht differenzierter dargestellt werden.)

Besonders starken negativen Einfluss auf die Zukunftszuversicht haben nachweislich die Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit, vor den Auswirkungen von „Hartz IV“, vor eigenem sozialen Abstieg, vor Eintreten einer Notlage.

Hervorhebenswert ist auch, dass die von rund zwei Drittel der TeilnehmerInnen gefühlte Angst vor Armut im Alter nachweislich in einem signifikanten negativen Zusammenhang mit der Zukunftszuversicht steht, obwohl es sich hier um 32-Jährige handelt – eine geradezu bestürzende Tatsache, die jedoch viel aussagt über die bestehende Gefühlslage nicht nur bei diesen Ostdeutschen. Die Politik wäre gut beraten, solche Ängste vieler Menschen ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln.

Betrachten wir exemplarisch kurz das Ausmaß des Zusammenhanges zwischen der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit einerseits und persönlicher Zukunftszuversicht im Jahr 2005 etwas genauer:

Tabelle: 1.9.1 Zusammenhang zwischen der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit und der Ausprägung der Zukunftszuversicht 2005

	Ausprägung der Zukunftszuversicht						X	n
	1	2	(1+2)	3	4	5		
Ausprägung der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit								
stark	3	26	(29)	54	10	7	2,93	70
eher stark	3	54	(57)	38	4	1	2,47	76
eher schwach	10	71	(81)	18	1	0	2,11	194
schwach	35	56	(91)	9	0	0	1,74	43

(N = 383; r = -.49; P = .000)

Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie Zukunft für Sie persönlich?“
 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

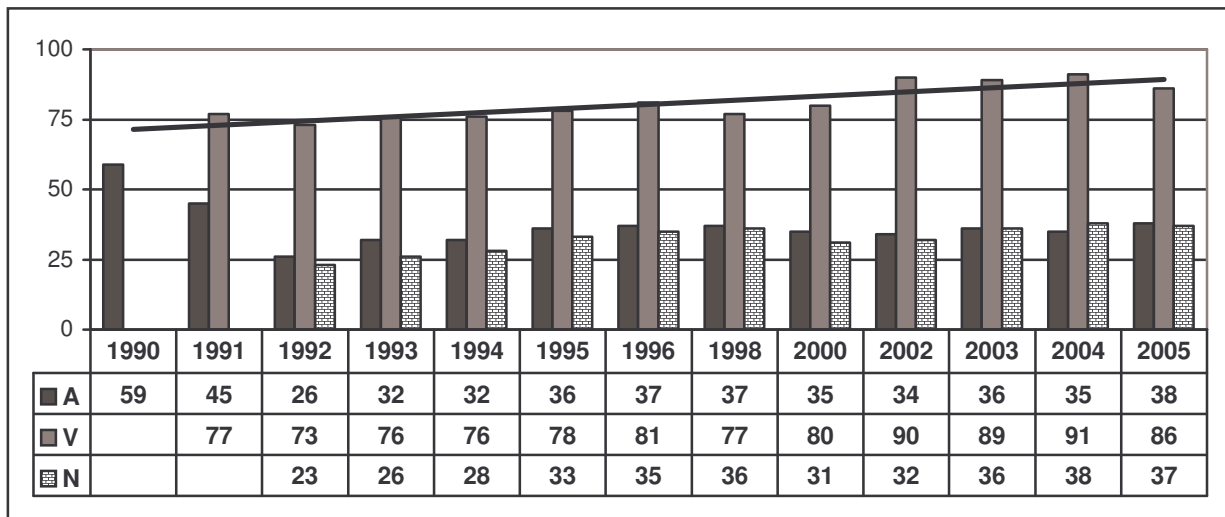
Ablesbar ist: Je stärker die 32-Jährigen sich von möglicher eigener Arbeitslosigkeit bedroht fühlen, desto geringer ist ihre Zukunftszuversicht, und zwar in erheblichem Maße. Hinter zurückgehendem Zukunftsoptimismus vieler Ostdeutscher stehen nicht eine häufig angedichtete Neigung zum „Jammern“, sondern handfeste Fakten wie insbesondere die Massenarbeitslosigkeit, auch bei jungen Leuten.

Ähnlich deutliche Auswirkungen sind aber auch im Hinblick auf die politischen Einstellungen zu erkennen, z. B. auf die Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung, mit dem politischen System bzw. mit der Demokratie.

Bei den folgenden Analysen konzentrieren wir uns auf die stark verbreiteten Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit, vor weiterer Verteuerung des Lebens und vor Eintreten einer persönlichen Notlage; von ihrem Wesen her fassen wir sie als ein Syndrom existenzieller Ängste zusammen. (Ausführlicher wird das in einer Publikation dargestellt, die 2006 im Psychosozial-Verlag Gießen erscheint).

Bei diesen Aspekten können wir uns auf langjährige Trends stützen:

Abbildung 1.9.2: Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit (A), vor Verteuerung des Lebens (V) und vor einer persönlichen Notlage (N) im Trend. Die Anteile der AP 1 und 2 wurden zusammengefasst

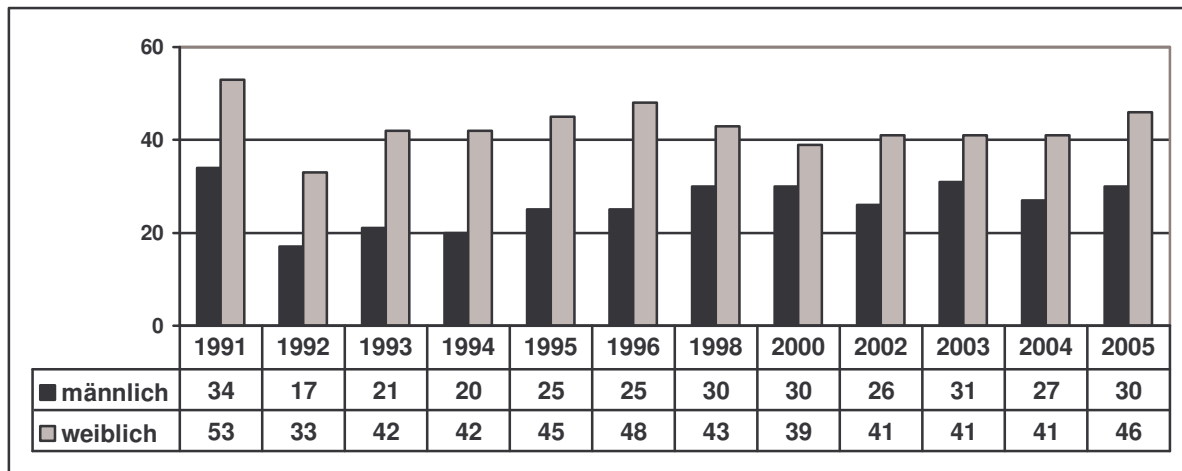


Die Trendlinie bezieht sich auf die Angst vor Verteuerung des Lebens (V).

Bei der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit war 1992 gegenüber 1990 und 1991 zunächst ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Seit Mitte der 90er Jahre betrug der Anteil derer mit starker oder eher starker Angst jedoch ziemlich konstant ein reichliches Drittel, ist aber 2005 gegenüber 2004 erneut leicht angestiegen.

Die jungen Frauen äußern zu jedem Zeitpunkt weitaus häufiger solche Ängste, Anfang bis Mitte der 90-er Jahre sogar etwa doppelt so häufig wie ihre männlichen Altersgefährten:

Abbildung 1.9.3: Angst vor Arbeitslosigkeit im Trend 1991 bis 2005, nach den Geschlechtergruppen differenziert. Die Anteile der AP 1 und 2 wurden zusammengefasst



Bei allen diesen Angaben muss stets hinzugedacht werden, dass Arbeitslosigkeit und Angst vor dem Verlust des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes für die jungen Ostdeutschen zu DDR-Zeiten faktisch unbekannte Erscheinungen waren. Die Kindheit bzw. Jugendzeit dieser heute 32-Jährigen war (anders als bei ihren Altersgefährten im Westen, das wird häufig übersehen) bis zur Wende frei von diesen kritischen Ereignissen, eine Tatsache, deren Relevanz für die Langzeitwirkung der zu DDR-Zeiten erfahrenen Sozialisation bislang völlig unterschätzt wird. Auch das Fehlen bestimmter negativer Erfahrungen kann sich im Kontext heutiger, völlig veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse als außerordentlich prägend erweisen!

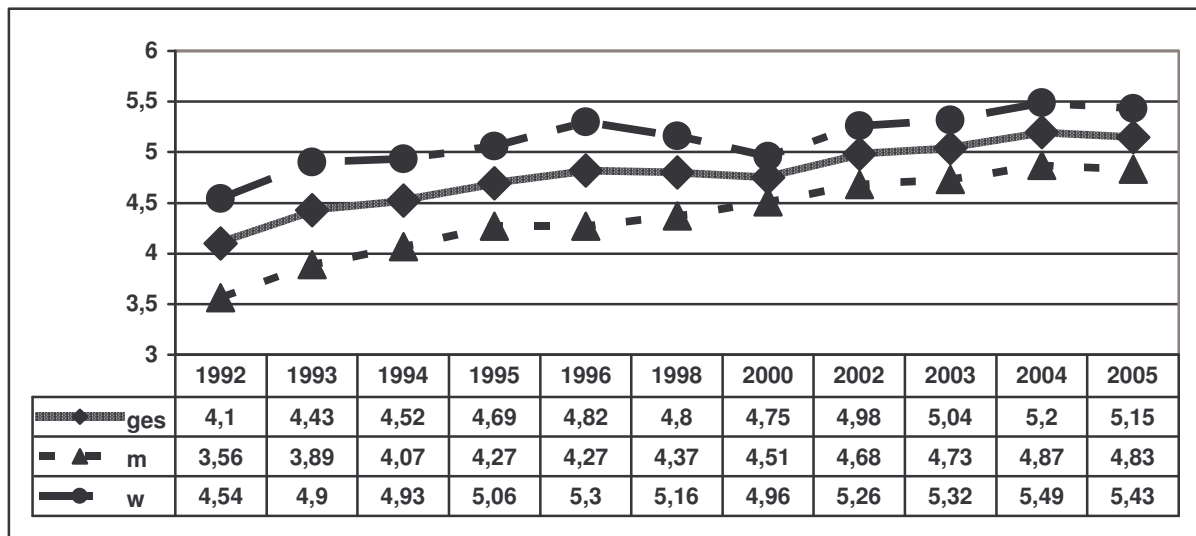
Deutlich und fast kontinuierlich zugenommen hatte zwischen 1992 und 1998 die Angst vor einer persönlichen Notlage, ein für junge Leute im Osten vor der Wende ebenfalls unbekanntes Bedrohungsgefühl. Der 2000 sich andeutende leichte Rückgang wurde inzwischen von einem erneuten Anstieg abgelöst. Auch diese Angst wurde im gesamten Untersuchungszeitraum ab 1992 von den jungen Frauen häufiger geäußert als von den jungen Männern.

Die weit verbreitete Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens ist nach 2000 nochmals angestiegen, nicht überraschend angesichts der Realitäten, des tatsächlichen oder „gefühlten“ Anstiegs der Lebenshaltungskosten und nicht zuletzt der nahezu täglichen (teilweise Angst auslösenden) Ankündigung weiterer Erhöhungen in allen Lebensbereichen. Diese quantitativen Daten werden noch unterstrichen durch qualitative Daten, d. h. die sehr kritischen Urteile vieler Panelmitglieder über die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland, in denen die ständig steigenden finanziellen Belastungen eine zentrale Rolle spielen.

Um die Veränderungstendenzen des erwähnten Syndroms von Existenzängsten genauer untersuchen zu können, wurde auf der Grundlage der genannten drei einzelnen Ängste für jedes Untersuchungsjahr ein Index gebildet, der sich auf einer Punktwerteskala von 0 bis 9 Punkten bewegt, wobei die Ausprägung der Existenzangst mit zunehmender Punktzahl stärker wird.

Die folgende Abbildung informiert über die Ausprägung des genannten Indexes im Trend zwischen 1992 (8. Welle) und 2005 (19. Welle):

Abbildung 1.9.4: Ausprägung des Indexes „Existenzangst“ im Trend 1992 bis 2005, differenziert nach den Geschlechtergruppen. Mittelwerte



Wesentlich ist, dass die durchschnittliche Ausprägung dieser Ängste über den Zeitraum von 12 Jahren fast kontinuierlich erheblich zugenommen hat. Bei den weiblichen Panelmitglieder ist zu allen Zeitpunkten eine signifikant höhere Ausprägung festzustellen.

Aus diesen und weiteren Berechnungen geht hervor, dass bei einem ziemlich großen Teil der Panelmitglieder seit mehreren Jahren ein massiver negativer „Gefühlsstau“ besteht. Da wir in einer Längsschnittstudie aktuelle Befunde in ihrer Entwicklung zurück verfolgen können, stellt sich für jene Panelmitglieder, die 2005 diese starke Belastung aufweisen heraus, dass viele von ihnen alle diese Ängste bereits in den vorhergehenden Jahren empfunden haben! Bei einem erheblichen Teil von ihnen muss eine über mehrere Jahre hinweg bestehende Ballung negativer Gefühle, ein „Angststau“ diagnostiziert werden. Das wird weiter untersucht.

Wir hatten bereits erwähnt, dass rund ein Drittel der 32-Jährigen Angst vor den Auswirkungen von „Hartz IV“ empfindet. Mit 69% sind weitaus mehr der Meinung, dass „Hartz IV“ Armut für die Betroffenen bedeutet. Damit korreliert sehr eng die mehrheitliche Zurückweisung der amtlich verbreiteten Auffassung, dass man mit dem Arbeitslosengeld II „in Würde leben“ könne (Beschluss des Berliner Sozialgerichts vom 2. August 2005):

Tabelle 1.9.2: Urteile über „Hartz IV“ und „Alg II“ 2005
 Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1,2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Hartz IV bedeutet Armut für die Betroffenen“</i>						
Gesamt	46	23	(69)	20	8	3
aktuell arbeitslose Panelmitglieder	62	24	(86)	9	5	0
<i>„Auch mit Alg II kann man in Würde leben“</i>						
Gesamt	2	6	(8)	21	28	43
aktuell arbeitslose Panelmitglieder	2	5	(7)	17	24	52

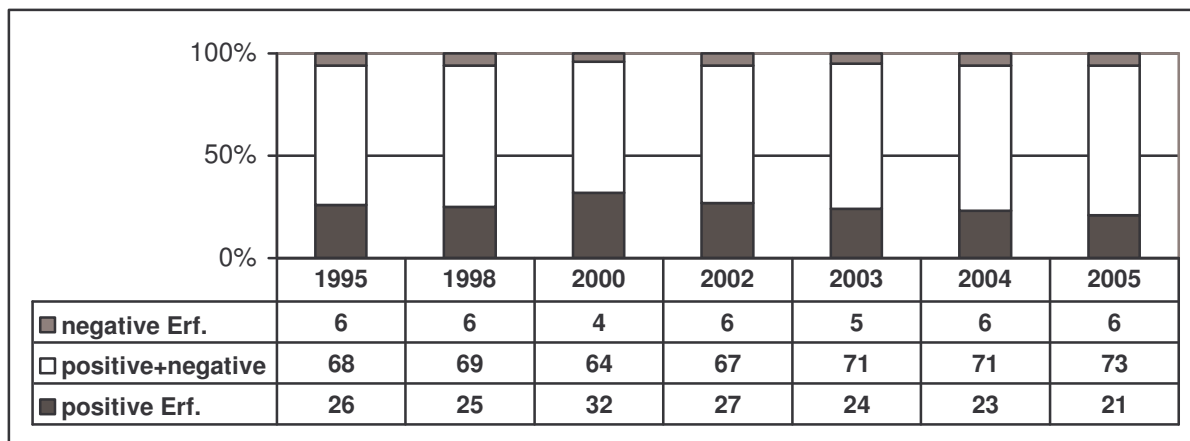
Diese Daten müssen nicht kommentiert werden.

2. Einflussfaktoren der Kritik am gegenwärtigen Gesellschaftssystem und des Entstehens von Existenzängsten

„Der Mensch hat dreierlei Wege, um klug zu handeln; erstens durch Nachdenken, zweitens durch Nachahmen, das ist der leichteste, und drittens durch Erfahrung, das ist der bitterste.“ (Konfuzius)

Wie schon vor der Wende, so ist auch gegenwärtig nicht politische Rhetorik entscheidend für eine Identifikation der Panelmitglieder mit dem jetzigen Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Wir waren deshalb fast von Anfang an bemüht, soweit absehbar einige wesentliche Seiten der Erfahrungswelt unserer Panelmitglieder zu erfassen. Und diese Erfahrungen sind hochgradig ambivalent, auch 15 Jahre nach der Herstellung der staatlichen Einheit. Seit 1995 zielt eine Frage auf die generellen Erfahrungen der Panelmitglieder mit dem neuen Gesellschaftssystem:

Abbildung 2.1: Generelle Erfahrungen der Panelmitglieder mit dem jetzigen Gesellschaftssystem im Trend 1995 - 2005



Fragetext: „Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie - alles in allem - mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht?“

- 1 nur positive Erfahrungen
- 2 überwiegend positive Erfahrungen
- 3 sowohl positive als auch negative Erfahrungen
- 4 überwiegend negative Erfahrungen
- 5 nur negative Erfahrungen

Die Antwortpositionen 1+2 bzw. 4+5 wurden in der Abbildung zusammengefasst.

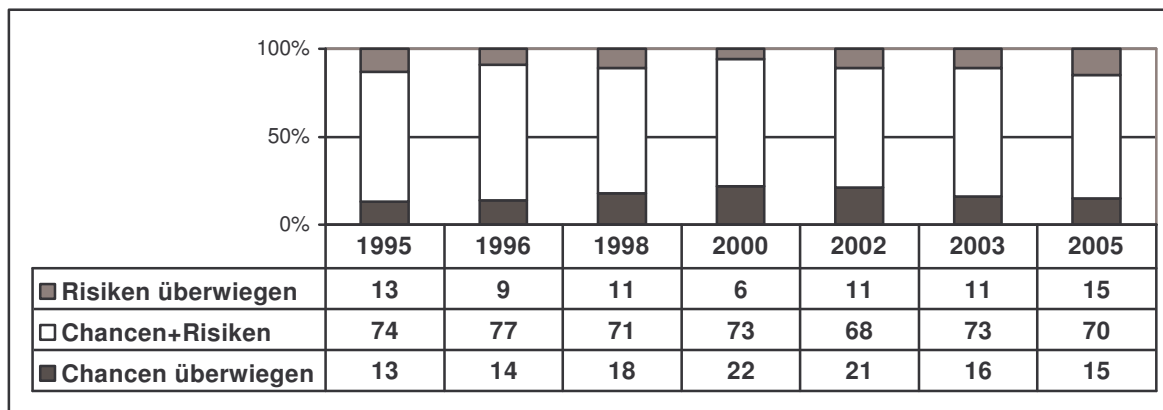
Rund ein Fünftel der 32-Jährigen (21%, darunter 1% ausschließlich positive) verweist 2005 auf positive Erfahrungen, nur 6% haben negative Erfahrungen gemacht. Für die überwiegende Mehrheit (73%) sind jedoch nach wie vor ambivalente Erfahrungen charakteristisch, d.h. positive und negative Erfahrungen stehen nebeneinander. Die Ergebnisse der vorangegangenen Wellen stimmen damit im wesentlichen überein, allerdings ist nach dem Zuwachs an positiven Erfahrungen im Jahr 2000 (nach dem Regierungswechsel 1998) danach – wie bei vielen anderen Sachverhalten - wieder eine signifikant regressive Tendenz von 32% auf 21%, dem bisher niedrigsten Wert, erkennbar.

Für die hohe Ambivalenz der individuellen Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Kapitalismus in der Bundesrepublik sind in der Studie noch weitere Belege zu finden. Sehr augenscheinlich kommt sie bei der Beurteilung des in der jetzigen Gesellschaft bestehenden Verhältnisses von neuen Chancen und neuen Risiken zum Vorschein:

Abbildung 2.2: Verhältnis von neuen Chancen und neuen Risiken im Trend 1995 bis 2005

„Es heißt, dass die jetzige Gesellschaft den Bürgern *neue Chancen* für die Lebensgestaltung bietet, aber auch *neue, ungewohnte Risiken* mit sich bringt. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Überwiegen die Chancen oder die Risiken oder ist beides miteinander verbunden?“

- 1 die neuen Chancen überwiegen
- 2 die neuen Risiken überwiegen
- 3 es gibt sowohl neue Chancen als auch neue Risiken



Die Relationen zwischen neuen Chancen und neuen Risiken hatten sich im Erleben der 32-Jährigen bis 2000 (nach dem Regierungswechsel) zugunsten neuer Chancen verschoben. Seitdem hat jedoch dieser Anteil wieder deutlich abgenommen und die Quote derer zugenommen, die mehr Risiken als Chancen reflektieren. 2005 sind beide Gruppen gleich groß. Typisch für den gesamten Zeitraum ist jedoch die Erfahrung, dass es sowohl neue Chancen als auch neue Risiken gäbe, die hochgradige Ambivalenz der persönlichen Erfahrungen mit dem neuen System bleibt auch im Jahre 2005 bestehen. Die jungen Frauen reflektieren deutlich weniger häufig überwiegend neue Chancen als ihre männlichen Altersgefährten (2005: 10% gegenüber 20%).

Wir wenden uns jetzt einigen konkreten Erfahrungen der Panelmitglieder zu, deren Einfluss auf die Einstellung zum jetzigen System faktisch seit Anfang der 90er Jahre analysiert wird. Betont sei, dass damit nur Ausschnitte dieser Erfahrungen erfasst werden und die Komplexität ihres Zusammenwirkens zunächst unberücksichtigt bleiben muss. Außerdem müssen wir hier auf eine systematische Darstellung der verschiedenen Erfahrungsebenen verzichten, die wir 2002 begründet haben (vgl. Förster 2002, S. 215 ff.). Auch auf die nachweisbaren Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation und der Rezeption westlicher Sender (damals mit erfasst) gehen wir hier nicht ein.

2.1 Eigene Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Arbeitsplatzes

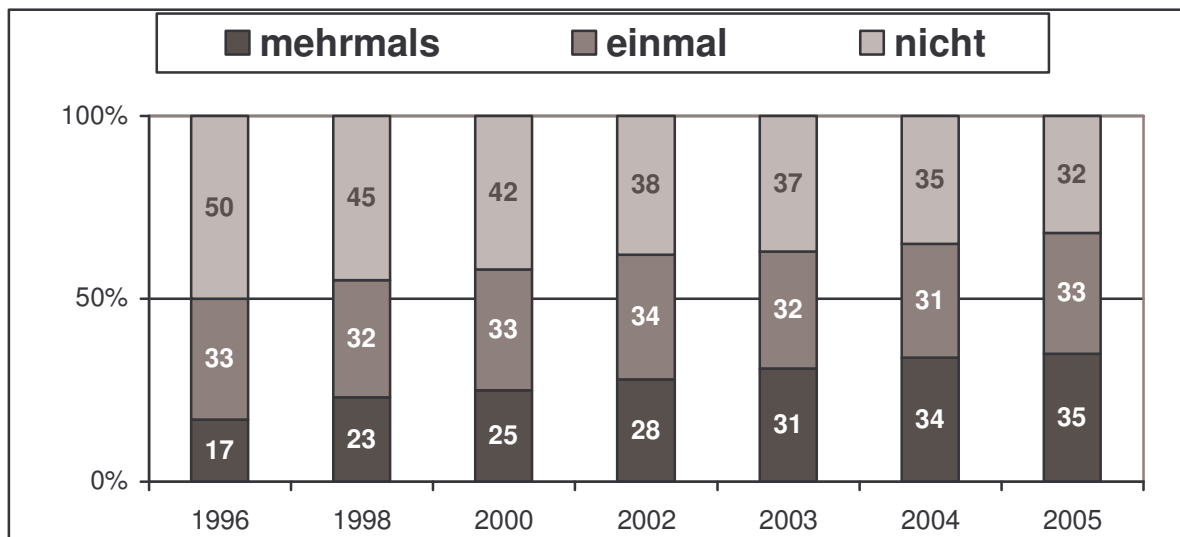
Die bisher unbekannte Erfahrung Arbeitslosigkeit durchzieht, analog der Bevölkerung im Osten, seit 1990 wie ein Riss die gesamte Population. Sie wirkt sich nachweislich deutlich negativ auf die Lebensqualität der Betroffenen, ihr Befinden und ihre Gesundheit aus, bewirkt aber auch eine kritische Wahrnehmung und Bewertung der jetzigen Gesellschaft bis hin zu ihrer Freiheits- und Gerechtigkeitsphilosophie. Diese latenten, kumulativen Prozesse mit überwiegend negativem Vorzeichen werden kaum beachtet, gehen im Rausch fast täglich erfasster Parteipräferenzen unter.

Zunächst soll über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in dieser Population informiert werden. Dazu wurde fast von Anfang an, seit Frühjahr 1992 (7. Welle) die Prozentquote derer ermittelt, die zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos waren. Das Minimum betrug 4,5% 2000, das bisherige Maximum 10,9% 2005. In jedem Untersuchungsjahr unterschied sich die Teilgruppe der aktuell Arbeitslosen signifikant von der Teilgruppe derer, die davon noch verschont geblieben waren. Ihr Vergleich führte von Anfang zu wertvollen, aber wie sich später herausstellte, zu nur recht groben Erkenntnissen über den negativen Einfluss von Arbeitslosigkeit.

Nachdem deutlich geworden war, dass das Thema Arbeitslosigkeit aus der Studie nicht mehr wegzudenken sein wird, diese faktisch zu einer Arbeitslosigkeits-Studie (einschließlich Kontrollgruppe) geworden war, bemühten wir uns, dieses Thema differenzierter anzugehen. Vor allem wollen wir unsere Hypothese prüfen, dass der Einfluss von persönlich erfahrener Arbeitslosigkeit wesentlich mit von deren kumulierter Gesamtdauer abhängt, eine Fragestellung, die sich mit der erforderlichen Exaktheit am besten im Rahmen einer Längsschnittstudie klären lässt. Deshalb wurden ab 1996 (12. Welle) auch die Häufigkeit bisheriger Arbeitslosigkeit und vor allem deren bisherige Gesamtdauer zum jeweiligen Befragungszeitpunkt erfasst.

Zunächst zur Häufigkeit von Arbeitslosigkeit. Der Anteil der Panelmitglieder, die seit der Wende tatsächlich schon einmal oder mehrmals die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit machen mussten, hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert:

Abbildung 2.3: Anteil der Panelmitglieder mit eigener Erfahrung hinsichtlich Arbeitslosigkeit im Trend 1996 bis 2005



Fragetext: „Waren Sie arbeitslos? (einschließlich eventueller jetziger Arbeitslosigkeit)“
 1 ja, mehrmals 2 ja, einmal 3 nein

Eine informative und zugleich dramatische Zeitreihe, die jeden Politiker beunruhigen müsste, der nur die aktuellen Durchschnittswerte der monatlichen Arbeitsmarkt-Statistik kennt, die über die tatsächliche Betroffenheit des einzelnen Bürgers von Arbeitslosigkeit jedoch überhaupt nichts aussagen. Im Jahr 1996 (d. h. mit rund 24 Jahren) waren es demnach bereits 50%, die seit der Wende persönlich Arbeitslosigkeit erfahren hatten. Dieser Anteil ist 2005 kontinuierlich auf über zwei Drittel (68%) der jetzt 32-Jährigen gestiegen!

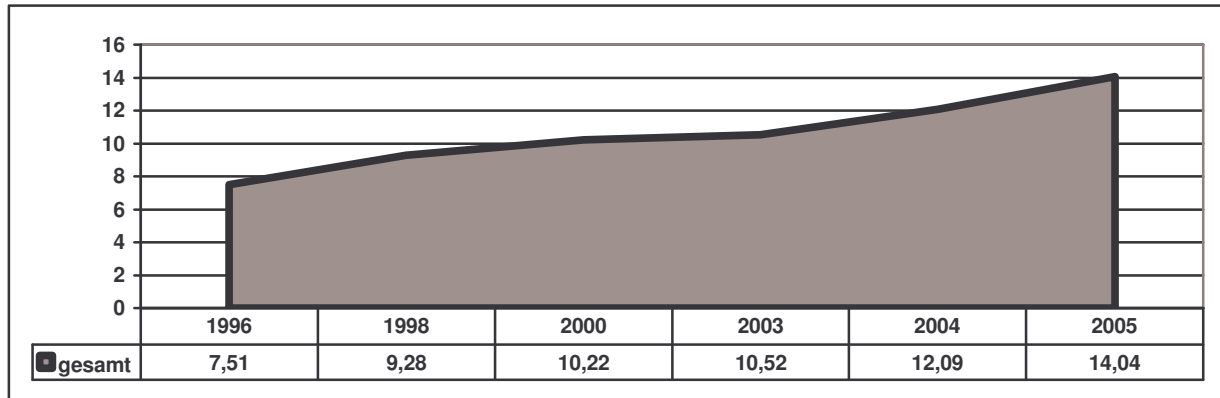
Ablesbar ist vor allem, dass der Anteil derer sich zwischen 1996 und 2005 mehr als verdoppelt hat, die bereits mehrmals arbeitslos waren. Aus dieser ungewöhnlichen Perspektive einer identischen Population gleicht die Arbeitslosigkeit einer Krankheit, die unaufhaltsam und vor allem unumkehrbar immer mehr dieser jungen Leute erfasst.

Die Geschlechtergruppen unterscheiden sich 2005 nur wenig: bisher waren 71% der männlichen Panelmitglieder gegenüber 64% der weiblichen ein- oder mehrmals arbeitslos.

Einen tieferen Einblick in das Ausmaß und die Auswirkungen selbst erlebter Arbeitslosigkeit gibt jedoch erst deren Dauer, die seit 1996 fast jährlich erfasst wurde. Die TeilnehmerInnen gaben dazu jeweils die Anzahl der Monate insgesamt an, die sie bisher (d. h. seit der Wende)

arbeitslos waren. Sie wurden gebeten, über diese Angaben genau „Buch zu führen“, damit sie diese Werte nicht immer von neuem berechnen müssen und wir uns bei der Auswertung auf zuverlässige und exakte Zahlen stützen können.

Abbildung 2.4: Gesamtdauer der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit in Monaten im Trend seit 1996, bezogen auf jene, die tatsächlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren



Erkennbar ist, dass die durchschnittliche Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit von 7,5 Monaten 1996 auf 14 Monate 2005 gestiegen ist und sich damit verdoppelt hat! Bei den jungen Männern hat sich die Gesamtdauer zwischen 1996 und 2005 von 5,76 auf 11,23 Monate erhöht, bei den jungen Frauen von 9,04 auf 16,81 Monate. Letztere waren demnach weitaus länger arbeitslos als Erstere.

Dieser kumulativen Betrachtung kommt nach unseren Erkenntnissen für die Analyse der vielschichtigen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit eine entscheidende Bedeutung zu. Die Differenzierungen nach der kategorisierten Häufigkeit von Arbeitslosigkeit (mehrmals/einmal/nie; s. o.) lassen derartige Auswirkungen zwar schon vermuten, stellen jedoch keinen schlüssigen Nachweis dar. Für die hier untersuchte Altersgruppe der (2005) 32-Jährigen Ostdeutschen kann ein solcher Einfluss tatsächlich exakt belegt werden.

Um die Analysen überschaubar zu halten, wurden die Rohdaten der Dauer von der Verteilung her wie folgt zu 4 Untergruppen zusammengefasst, wobei die Gruppe der bisher nicht arbeitslosen Panelmitglieder (0) feststeht.

Tabelle 2.1: Prozentuale Anteile der Untergruppen nach Dauer der Arbeitslosigkeit 2005 in Monaten (gruppierte Daten)

	0	1-4	5-11	12 und mehr	N
n	127	73	80	105	385
Gesamt	33	19	21	27	100
männlich	29	26	20	25	179
weiblich	37	13	21	29	205
Arbeiter	18	21	28	33	79
Selbstständige	31	22	36	11	36
Angestellte	47	21	18	14	150
Beamte	50	28	11	11	18
arbeitslos	0	10	7	83	42

Bemerkenswert hoch ist mit 27% der Anteil derer, die insgesamt, also kumulativ gesehen, bereits ein Jahr oder länger arbeitslos waren, unabhängig davon, ob das einmal oder mehrmals zutraf.

Auffällig ist der erhebliche Unterschied zwischen den Arbeitern und den Angestellten: Von Ersteren sind weitaus mehr von Arbeitslosigkeit erfasst worden als von Ersteren. Auch gegenüber den Selbstständigen ist der Unterschied signifikant. Ablesbar ist auch, dass von den aktuell arbeitslosen Panelmitgliedern bereits 83% ein Jahr oder länger Arbeitslosigkeit erfahren hatten!

Die folgenden Abbildungen veranschaulichen exemplarisch den statistisch signifikanten kumulativen Einfluss der Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit auf einige wesentliche Merkmale der Lebenssituation der Panelmitglieder im Jahr 2005. Auf eine breite Interpretation können wir hier verzichten, da die Verteilungsunterschiede für sich sprechen.

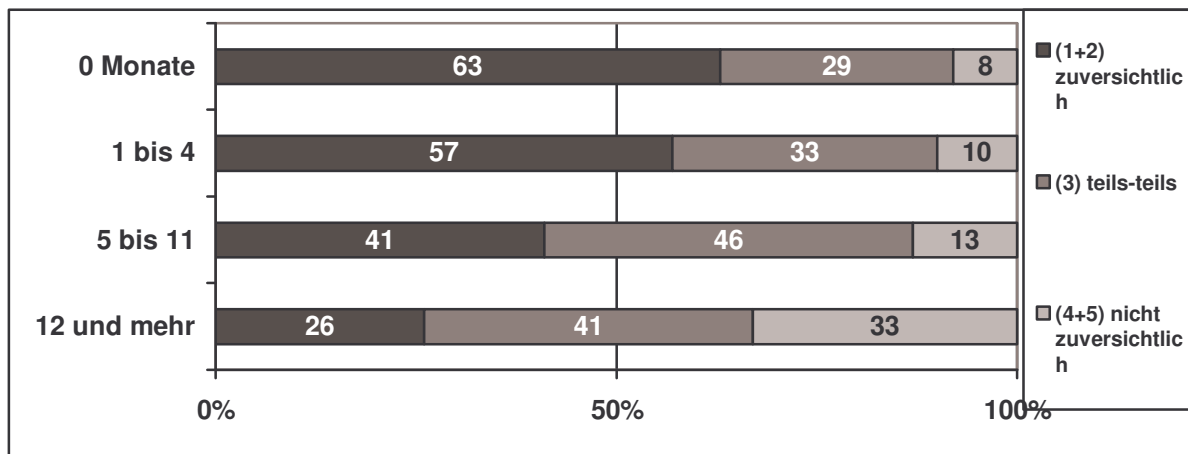
Tabelle 2.2: Ausprägung der Zuversicht für die eigene berufliche Entwicklung, differenziert nach der bisherigen Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten

„Wie zuversichtlich sind Sie für die Verwirklichung Ihrer beruflichen Pläne?“
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5	X	n
Gesamtgruppe:	6	41	(47)	37	11	5	2,68	383
<u>Bisher arbeitslos gewesen?:</u>								
nein (0)	9	54	(63)	29	6	2	2,38	126
ja	5	34	(39)	41	14	6	2,82	257
<u>Dauer in Monaten:</u>								
0 (nein)	9	54	(63)	29	6	2	2,38	126
1 – 4	10	47	(57)	33	7	3	2,46	72
5- 11	9	32	(41)	46	9	4	2,66	80
12 und mehr	0	26	(26)	41	22	11	3,19	105

Instruktiv ist insbesondere der Vergleich der Teilgruppe derer, die überhaupt arbeitslos waren („ja“), und derselben Gruppe, aber in sich nach den drei gebildeten Kategorien der Zeitdauer (außer „0“) differenziert, bezogen auf die berufliche Zukunftszuversicht. Dabei fällt die Gruppe derer besonders ins Auge, die (seit der Wende) schon 12 Monate und länger arbeitslos waren. Bei ihnen umfasst die Quote derer, die ihre berufliche Zukunft mehr oder weniger zuversichtlich sehen, gerade einmal 26% und liegt damit erheblich unter dem Durchschnittswert derer, die - undifferenziert betrachtet – überhaupt schon arbeitslos waren. Wir veranschaulichen diese Beziehungen in der folgenden Abbildung:

Abbildung 2.5: Ausprägung der Zuversicht für die berufliche Entwicklung, differenziert nach der bisherigen Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten



Frage­text: „Wie zuversichtlich sind Sie für die Verwirklichung Ihrer beruflichen Pläne?“
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

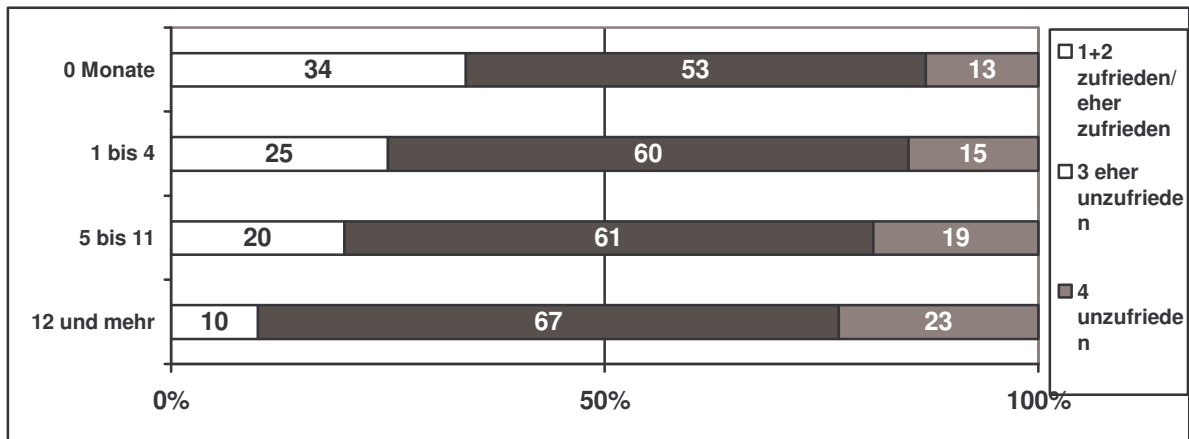
Die Mittelwerte der vier Untergruppen steigen auf der fünfstufigen Skala kontinuierlich von 2,38 über 2,46 und 2,66 auf 3,19 an. Die Varianzanalyse belegt mit $F = 18,27$ bzw. $P = .0000$, dass die Nullhypothese, d. h. die Annahme, die Mittelwerte aller Gruppen sind gleich, abzulehnen ist. Zu diesem Ergebnis führt auch der nicht-parametrische H-Test von Kruskal/Wallis (Chi-Square = 46,87; $P = .0000$). Aus den hierbei berechneten mittleren Rangplätzen ist abzulesen, dass sich die vier Untergruppen in Bezug auf die Variable „berufliche Zukunftszuversicht“ signifikant von einander unterscheiden.

Diese Darstellung verdeutlicht noch einmal, dass die Beziehung zwischen beiden Variablen verhältnismäßig eng ist. Das Gefälle in den Verteilungen ist klar erkennbar: Je länger die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit, desto geringer fällt die berufliche Zukunftszuversicht aus. Dieser Zusammenhang ist zwar angesichts des hohen Gewichtes der beruflichen Perspektiven für die Verwirklichung der eigenen Lebensentwürfe zu erwarten. Sein Ausmaß ist jedoch insbesondere dann überraschend, wenn man die Population wie meist üblich nur in zwei Gruppen zerlegen würde: Personen, die zum Untersuchungszeitpunkt auf die Frage, ob sie arbeitslos sind, mit ja oder mit nein antworten. Ein entscheidendes Element, die tatsächliche Dauer würde dabei unbeachtet bleiben, nivelliert werden.

Wir können demnach feststellen: Die Dauer der Arbeitslosigkeit (neben weiteren Faktoren, wir haben es hier natürlich nicht mit einer monokausalen Abhängigkeit zu tun) hat einen erheblichen signifikanten Einfluss auf die Ausprägung der beruflichen Zukunftszuversicht.

Als zweites instruktives Beispiel führen wir den Zusammenhang mit einer zentralen politischen Einstellung an, der generellen Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung:

Abbildung 2.6: Zufriedenheit mit der Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung 2005, differenziert nach der bisherigen Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten (reduzierte Darstellung)



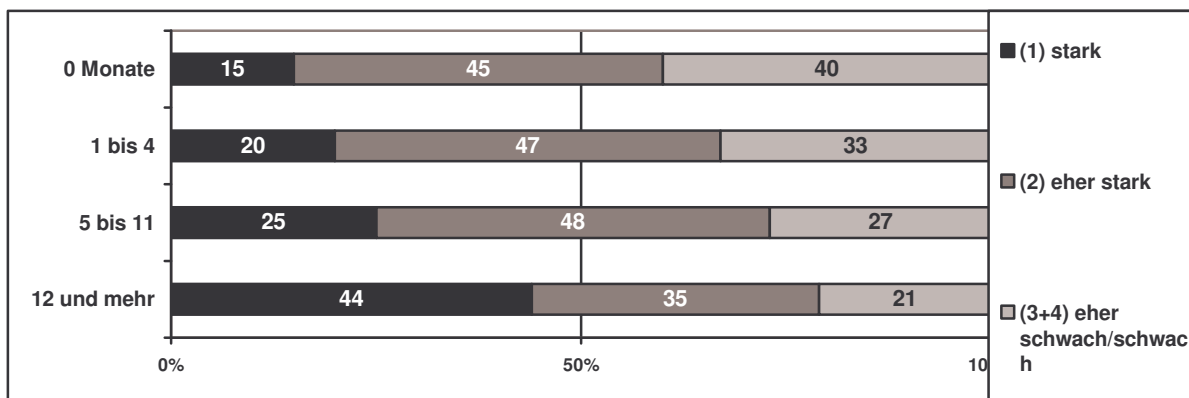
Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der gesellschaftlichen Entwicklung?“

Ich bin 1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden

Auch in diesem Falle ist das Gefälle in den Verteilungen deutlich erkennbar: Je länger die bisherige Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit ist, desto geringer fällt die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung aus.

Ein weiteres Beispiel betrifft eine verbreitete Zukunftssorge, die Angst vor Altersarmut:

Abbildung 2.7: Ausprägung der Angst vor Armut im Alter 2005, differenziert nach der bisherigen Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten (reduzierte Darstellung)



Fragetext: „Inwieweit haben Sie Angst vor Armut im Alter?“

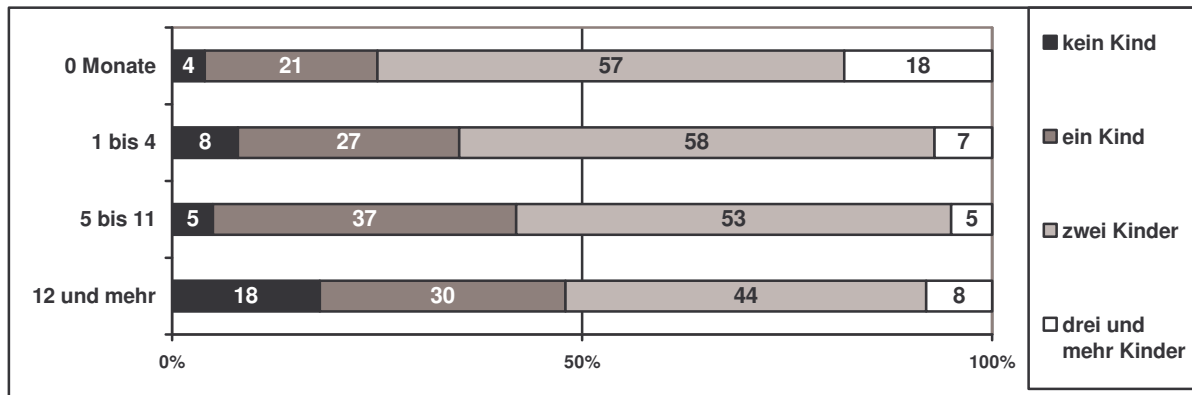
1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

Die AP 3+4 wurden zusammengefasst.

Zu erkennen ist: Die Angst vor Altersarmut steigt mit zunehmender Dauer von Arbeitslosigkeit stark an!

Schließlich eine Auswirkung, die sehr aussagekräftig für die anhaltende Diskussion um die schwache Geburtenrate in Deutschland ist:

Abbildung 2.8: Zahl der gewünschten Kinder, differenziert nach der bisherigen Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten (reduzierte Darstellung)



Die Panelmitglieder gaben die Zahl der gewünschten Kinder direkt an.

Mittelwerte: 0 Monate: 1,93 Kinder; 1 bis 4 Monate:1,64; 5 bis 11 Monate:1,58; 12 Monate und mehr: 1,42.

Auch in dieser Hinsicht ist der kumulative Einfluss der Arbeitslosigkeit klar erkennbar und statistisch gesichert: Je länger die Zeitdauer selbst erfahrener Arbeitslosigkeit, desto geringer die Zahl der gewünschten Kinder!

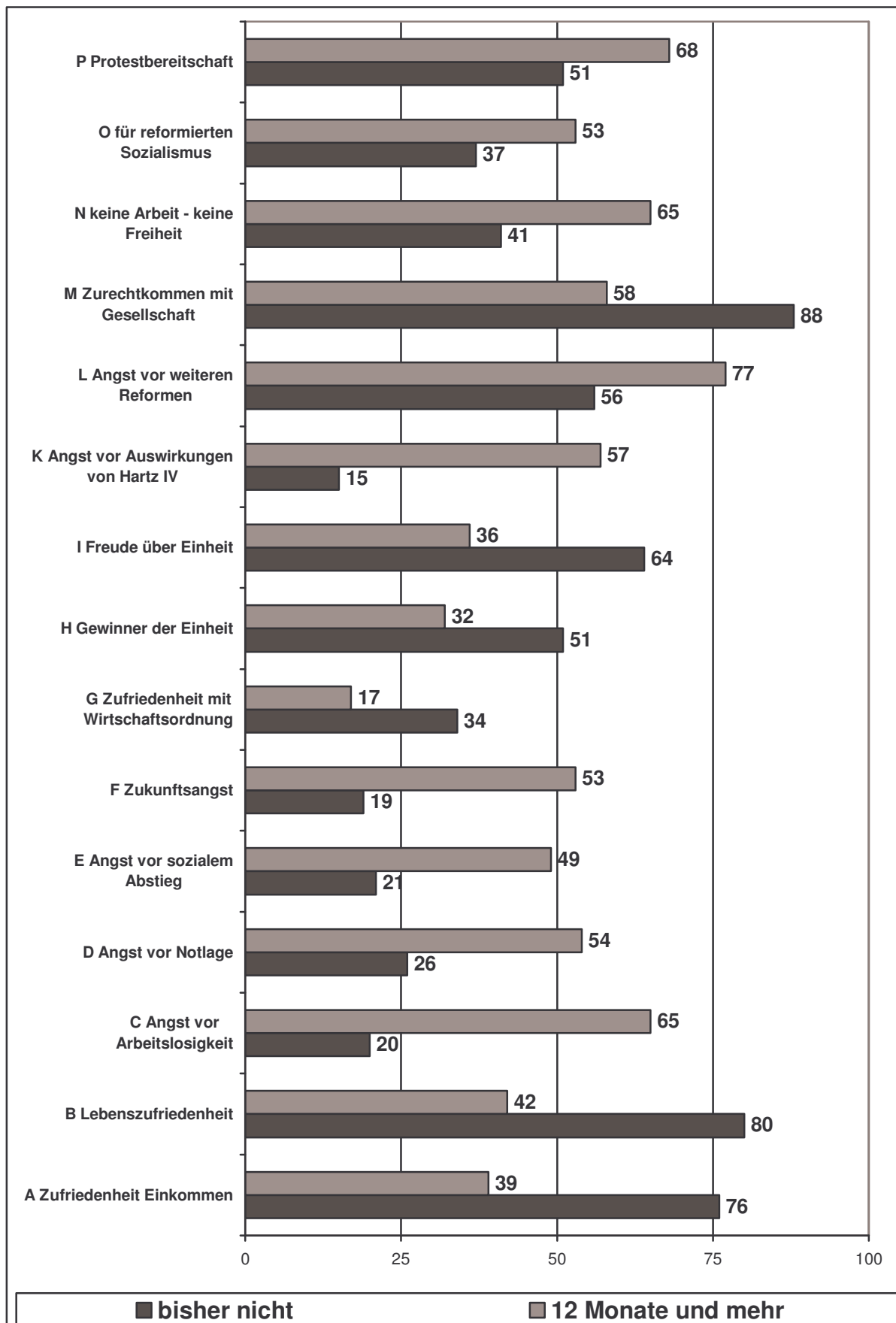
Auf dieser Grundlage können wir für die exemplarisch dargestellten Merkmale die Hypothese einer kumulativen Wirkung verifizieren: Je größer die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit, desto geringer die Zukunftszuversicht im Hinblick auf die beruflichen Pläne bzw. die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung bzw. die Zahl gewünschter Kinder, dafür desto höher die Angst vor Altersarmut.

Diese Tendenzen sind auch bei anderen Merkmalen zu erkennen, die wesentliche Seiten der sozialen Lebenssituation der 32-Jährigen und ihre Zukunftszuversicht bzw. Zukunftsängste betreffen: Je höher die kumulierte Gesamtdauer von Arbeitslosigkeit seit der Wende, desto größer ist auch die Angst vor einer persönlichen Notlage, vor weiterer Verteuerung des Lebens, vor eigenem sozialen Abstieg sowie vor den Folgen von HARTZ IV und vor weiteren Reformen der Regierung. Wir kommen auf einige Aspekte noch einmal zurück.

Diese signifikanten Beziehungen lassen auch auf künftige Entwicklungen schließen. Aus der Abnahme der Zahl gewünschter Kinder der jetzt 32-Jährigen mit zunehmender Gesamtdauer eigener Arbeitslosigkeit kann z. B. die Aussage getroffen werden, dass diese Zahl unter grundsätzlich unveränderten gesellschaftlichen Bedingungen (vor allem einer unverändert ineffektiven „Arbeitsmarktpolitik“) mit zu erwartender weiterer Erhöhung der individuellen Gesamtdauer von Arbeitslosigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit noch mehr abnehmen wird.

Wir ergänzen diese Angaben anhand der folgenden Abbildung, in der weitere Angaben von den zwei Extremgruppen gegenüber gestellt werden: Von Panelmitgliedern, die bisher noch nicht arbeitslos waren, bzw. die bereits sehr lange arbeitslos waren, d. h. hier 12 Monate und länger. Alle aufgeführten Unterschiede sind statistisch gesichert.

Abbildung 2.9: Merkmale von Panelmitgliedern, die 2005 ein Jahr und länger bzw. bisher nicht arbeitslos waren (Extremgruppenvergleich)



Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe):

- A Zufriedenheit mit dem Einkommen: zufrieden/eher zufrieden (61%)
- B Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Lebenssituation: sehr zufrieden / zufrieden (67%)
- C Angst vor (weiterer) Arbeitslosigkeit: stark/eher stark (38%)
- D Angst vor persönlicher Notlage: stark/eher stark (37%)
- E Angst vor eigenem sozialen Abstieg (30%)
- F Zukunftsangst: seit Jahren / seit Monaten (34%)
- G Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung: sehr zufrieden/zufrieden (27%)
- H „Fühlen Sie sich als Gewinner der deutschen Einheit?: vollkommen/etwas schon (44%)
- I „Ich freue mich, dass die Einheit Deutschlands hergestellt ist.“: sehr starke und starke Zustimmung (52%)
- K Angst vor den Auswirkungen von „Hartz IV“: stark/eher stark (32%)
- L Angst vor weiteren Reformen der Regierung: stark/eher stark (65%)
- M „Wie kommen Sie – alles in allem – mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnisse zurecht?“, ohne / mit Einschränkung (74%)
- N Zustimmung zur Aussage „Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe“ (52%)
- O „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung (45%)
- P „Würden Sie sich an Protestaktionen (z. B. Demonstrationen, Streiks) beteiligen?“, auf jeden Fall / wahrscheinlich

Auch dieser aus Darstellungsgründen auf die beiden Extremgruppen reduzierte Vergleich ist informativ, der „Riss“ durch die Population ist unübersehbar.

Erkennbar ist, dass von den 32-Jährigen, die insgesamt betrachtet bereits ein Jahr und länger arbeitslos waren, nur rund halb so viele zufrieden mit ihrem Einkommen sind als von jenen, die bisher noch nicht arbeitslos waren: 39% gegenüber 76% (A). Angesichts der Bedeutung des Einkommens als entscheidender Existenzgrundlage haben wir es hier mit sehr ernst zu nehmenden Unterschieden zu tun. Das gilt ebenso für die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Lebenssituation (B), die Relationen betragen 42% gegenüber 80%!

Große Unterschiede bestehen im Hinblick auf die untersuchten Ängste der 32-Jährigen. So äußern diejenigen, die schon sehr lange arbeitslos waren, viel häufiger Angst vor (erneuter) Arbeitslosigkeit (C), vor einer persönlichen Notlage (D) und sozialem Abstieg (E) als jene, die bisher noch nicht betroffen waren. Erstere äußern auch weitaus häufiger, generell Angst vor der Zukunft zu haben (F): 53% zu 19%!

Deutlich unterscheiden sich auch die politischen Einstellungen: Diejenigen, die schon sehr lange arbeitslos waren, sind erheblich weniger zufrieden mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (G): 17% gegenüber 34%.

Von Ersteren betrachten sich deutlich weniger als „Gewinner der deutschen Einheit“ (H): 32% zu 51%, bzw. äußern Freude darüber, dass die Einheit hergestellt ist (I): 36% zu 64%.

Erheblich häufiger empfinden Erstere auch Ängste im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Verordnungen (K): 57% gegenüber 15% bzw. vor weiteren Reformen der Regierung (L): 77% zu 56%.

Stark wirkt erfahrene Arbeitslosigkeit auf das Zurechtkommen mit dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem (M): Während das von Ersteren 58% bestätigen, gilt das bei Letzteren immerhin für 86%.

Aufschlussreich ist, dass der Aussage „Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe“ (N) von 65% der Ersteren bzw. 41% der Letzteren zugestimmt wird. Das Erleben von Freiheit

im Verständnis der 32-Jährigen wird mit zunehmender Dauer persönlich erfahrener Arbeitslosigkeit erheblich eingeschränkt oder verhindert.

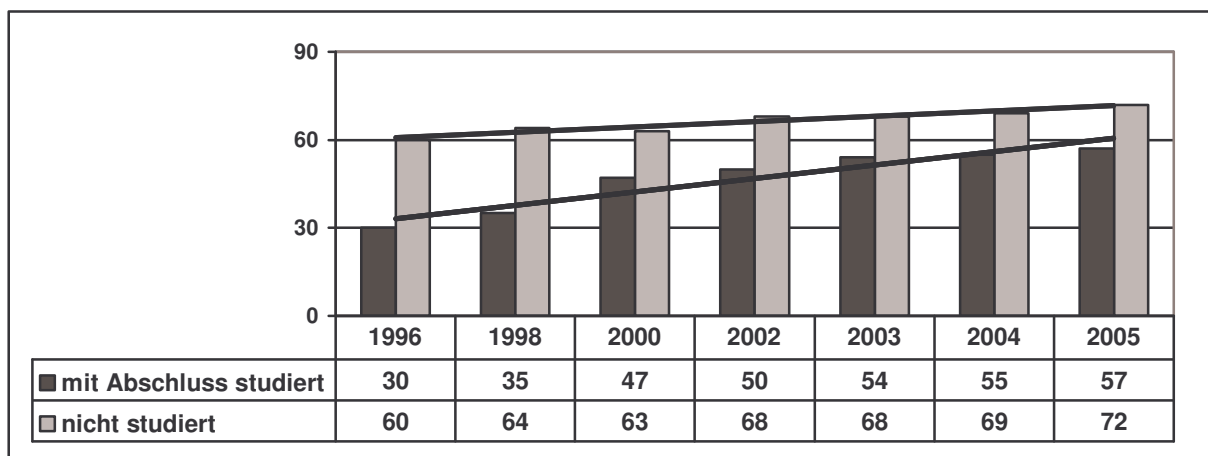
Ablesbar ist auch, dass von Ersteren erheblich mehr für einen Systemwechsel zugunsten eines humanistischen, reformierten Sozialismus plädieren (O) als von Letzteren: 53% zu 37%.

Schließlich bestehen deutliche Unterschiede im Hinblick auf die Protestbereitschaft (P): Von Ersteren sind 68% zur persönlichen Beteiligung an Protestaktionen bereit, von Letzteren 51%.

Alles in allem muss für die von uns untersuchte Altersgruppe der 32-Jährigen im Jahr 2005 von einem kumulativen Einfluss erfahrener Arbeitslosigkeit auf viele Merkmale ihrer Lebenssituation und ihrer Einstellungen ausgegangen werden, eine Tatsache von erheblicher Tragweite. Ihre Berücksichtigung ermöglicht eine Annäherung an das tatsächliche Ausmaß der Wirkung von Arbeitslosigkeit auf die Betroffenen, gestattet es, diese Wirkungen genauer und differenzierter zu diagnostizieren und in Beziehung zu ihrer Lebenslage, zu ihrem Denken, Fühlen und Verhalten zu setzen. Von den amtlichen, auf den Bevölkerungsdurchschnitt bzw. auf bestimmte Bevölkerungsgruppen gerichteten Statistiken her (z. B. Differenzierung neue Länder/alte Länder, Geschlechtergruppen), ist das nur schwer oder gar nicht möglich. Sehr wahrscheinlich liegt im Fehlen solcher langfristiger und personenbezogener Analysen des „menschlichen Faktors“ (vgl. Friedhelm Hengsbach, 2004) eine wesentliche Ursache dafür, dass die Massenarbeitslosigkeit zwar aus rein wirtschaftspolitischer Sicht ausgiebig untersucht scheint, dagegen viel zu wenig Klarheit darüber besteht, welche nachhaltigen Veränderungen z. B. im Denken, Fühlen und Verhalten bei den betroffenen Menschen damit in Gang gesetzt oder verstärkt werden bis hin zu massiven Zweifeln am jetzigen Gesellschaftssystem bzw. antikapitalistischen Einstellungen, Absturz von Kinderwunsch und Kinderzahl und Entstehen ernsthafter Erkrankungen.

Allgemein bekannt ist die Tatsache, dass geringer qualifizierte Personen häufiger bzw. länger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als höher qualifizierte (vgl. Allmendinger u. a. 2005, S. 19). Das gilt auch für diese Studie. Aus ihrer Sicht ist jedoch nicht zu übersehen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, wann die höher Gebildeten „an der Reihe sind“, arbeitslos zu werden:

Abbildung 2.10: Anteile der Panelmitglieder, die bereits ein- oder mehrmals arbeitslos waren, im Trend 1996 bis 2005, differenziert danach, ob sie mit Abschluss studiert haben oder nicht studiert haben:



Die Stichprobe derer, die ohne Abschluss studiert haben, ist für diese Analyse zu klein.

Die Unterschiede zugunsten der höher Qualifizierten sind zwar durchweg signifikant, sie haben aber seit 1996 erheblich abgenommen, die Schere verringert sich zusehends! 2005 waren auch 57% derer mit Studium mehrmals (20%) oder einmal (37%) arbeitslos – Tendenz zunehmend!

Bisher war nur von der persönlichen Betroffenheit der Panelmitglieder durch Arbeitslosigkeit die Rede. Mehr oder weniger direkt sind sie jedoch darüber hinaus auch durch Arbeitslosigkeit in ihrem sozialen Umfeld betroffen. Wir stützen uns bei dieser übergreifenden Analyse auf differenzierte Daten der 18. Welle von 2004:

Es stellt sich heraus, dass bis 2004 über die Hälfte (58%) der Eltern (d.h. Vater und/oder Mutter) von Arbeitslosigkeit betroffen waren bzw. sind. Mit 21% ist dabei die Gruppe derer ziemlich groß, die Arbeitslosigkeit beider Elternteile erlebt haben (was nicht gleichzeitig passiert sein muss). Für sehr viele unserer Panelmitglieder war das erste schockierende, stark prägende Ereignis nach der Wende, dass ihre Väter und/oder Mütter völlig unerwartet arbeitslos wurden.

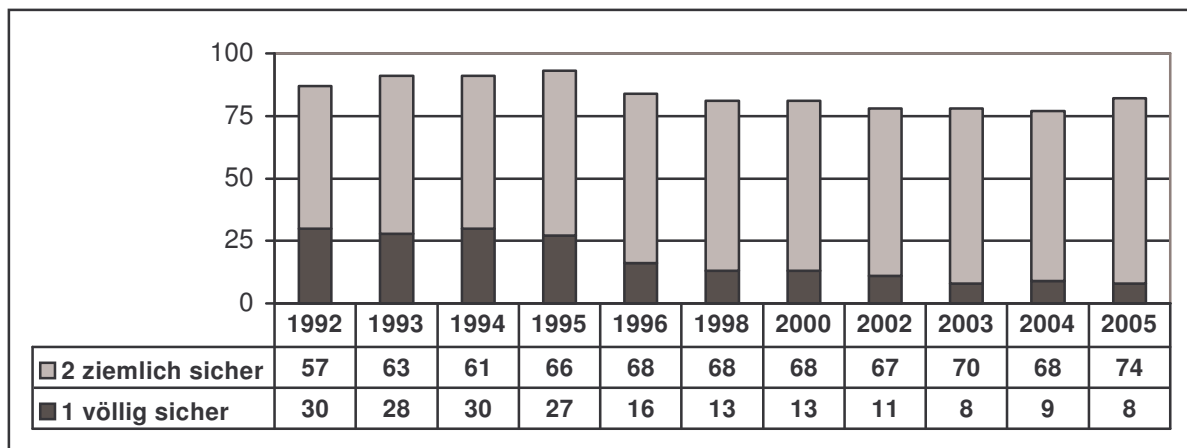
Hinzu kommt, dass 2004 auch ein erheblicher Teil der LebenspartnerInnen arbeitslos waren oder sind. Betrachten wir bei den LebenspartnerInnen nur den Anteil derer, die verheiratet sind oder in Lebensgemeinschaft leben (also jene, die das vermutlich am besten beurteilen können), dann beträgt diese Quote mindestens 37%. Hier besteht jedoch insofern eine Unsicherheit, als die Kenntnisse über die bisherige Arbeitslosigkeit des Partners bzw. der Partnerin (bzw. vorhergehender PartnerInnen) vielfach lückenhaft sind.

2004 stellte sich weiter heraus, dass von 44% der Panelmitglieder mit Geschwistern diese arbeitslos waren bzw. sind sowie von 68% der Panelmitglieder enge Freunde arbeitslos waren bzw. sind.

Aus der individuellen Kopplung (nicht Addition) der Angaben hierzu ging 2004 hervor, dass 94% (!) der Panelmitglieder direkt oder indirekt im erwähnten sozialen Nahbereich mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden, nur 6% nicht – mit nachweislich erheblichen Konsequenzen für ihre politischen Einstellungen und ihre Befindlichkeit und Gesundheit. Arbeitslosigkeit der Eltern, des Partners/der Partnerin, der Geschwister und enger Freunde und die damit verbundenen Sorgen machen vielen TeilnehmerInnen zusätzlich zu schaffen, vermindern ihre eigene Zukunftszuversicht, dämpfen ihre Zufriedenheit mit der Gesellschaft. Den Nachweis hierfür haben wir bereits 2002 geführt (vgl. Förster 2002, S. 231). Diese kollektive Betroffenheit wird in ihrem real bestehenden Ausmaß und ihren Folgen völlig unterschätzt.

Zur verbreiteten Erfahrung Arbeitslosigkeit kommt außerdem hinzu, dass seit 1993 das für die Lebensqualität bedeutsame Gefühl, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen, zurückgegangen ist:

Abbildung 2.11: Vermutete Sicherheit des Arbeitsplatzes im Trend 1992 – 2005. Anteile der AP „völlig sicher“ (1) und „ziemlich sicher“ (2)



Fragetext: „Wie sicher ist Ihr Arbeits- /Ausbildungsplatz?“

1 völlig sicher 2 ziemlich sicher 3 ziemlich unsicher 4 völlig unsicher

Vor allem der Anteil derer, die sich ihres Arbeitsplatzes völlig sicher sind, hat erheblich abgenommen: von 30% 1992 auf 8% 2005!

Wie an anderer Stelle belegt wird, haben diese Unsicherheiten ähnlich starke negative Auswirkungen auf die psychische Verfassung der jungen Leute wie die existenzielle Angst vor Arbeitslosigkeit.

Seit der 16. Welle 2002 geben die Panelmitglieder Urteile zum Thema Arbeitslosigkeit ab, aus denen die vielschichtigen erfahrenen Auswirkungen persönlicher und kollektiver Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit aus ihrer Sicht abgelesen werden können. Wir führen hier zunächst jene Aussagen an, denen 2005 mindestens die Hälfte der 32-Jährigen zustimmt:

Tabelle 2.3: Urteile über Arbeitslosigkeit 2002, 2004 und 2005 (geordnet nach dem Mittelwert 2005)

„Noch einige Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit. Bitte nehmen Sie zu jeder einzelnen Stellung, indem Sie die jeweils zutreffende Zahl in die entsprechende Klammer eintragen.“

1 Ich stimme vollkommen zu 2, 3, 4, 5 Ich lehne vollkommen ab

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
--	---	---	-------	---	---	---	---

Arbeitslosigkeit macht Angst vor der Zukunft

2002	49	34	(83)	14	2	1	1,73
2004	68	21	(89)	8	3	0	1,48
2005	70	24	(94)!	5	1	0	1,37

Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihr Selbstbewusstsein

2002	41	33	(74)	20	4	2	1,94
2004	52	30	(82)	14	4	0	1,70
2005	59	31	(90)	8	2	0	1,52

Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust an individuellen Freiheiten

2002	37	35	(72)	20	5	3	2,02
2004	56	29	(85)	11	3	1	1,65
2005	57	30	(87)	12	1	0	1,59

Arbeitslosigkeit macht die Menschen arm

2002	39	32	(71)	21	6	2	1,98
2004	54	29	(83)	13	2	2	1,69

2005	57	27	(84)	13	3	0	1,64
Arbeitslosigkeit ist ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems							
2002	38	36	(74)	18	6	2	1,98
2004	60	25	(85)	11	3	1	1,61
2005	56	27	(83)	13	3	1	1,66
Arbeitslosigkeit macht die Menschen krank							
2002	34	40	(74)	20	3	3	1,96
2004	40	31	(71)	21	8	0	1,98
2005	48	33	(81)	16	2	1	1,75
Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihre Lebensfreude							
2002	31	38	(69)	25	4	2	2,09
2004	38	34	(72)	23	5	0	1,97
2005	43	36	(79)	17	3	1	1,82
Arbeitslosigkeit macht die Menschen depressiv							
2002	42	38	(80)	16	3	1	1,83
2004	40	35	(75)	20	4	1	1,92
2005	41	36	(77)	19	4	0	1,87
Arbeitslosigkeit führt zu Ausländerhass							
2002	24	28	(52)	28	11	9	2,54
2004	28	27	(55)	27	9	9	2,43
2005	36	27	(63)	25	8	4	2,19
Arbeitslosigkeit verstößt gegen die Achtung der Würde des Menschen							
2002	24	26	(50)	29	13	8	2,56
2005	25	34	(59)	23	13	5	2,38

Sehr viele Panelmitglieder stimmen den überwiegend kritisch formulierten Statements über Arbeitslosigkeit zu, selbst dann, wenn sie bisher noch nicht persönlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren (was aber – wie erwähnt – für die Eltern, Lebenspartner, Geschwister und Freunde zutreffen kann). Das lässt darauf schließen, dass diese Meinungen einen weit verbreiteten Konsens darstellen als Reaktion dieser jungen Leute auf die kollektiv erfahrene und sich weiter ausbreitende Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland.

Der größte Teil von ihnen reflektiert Arbeitslosigkeit als gravierende Bedrohung und Einschränkung ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Enorm zugenommen hat seit 2002 insbesondere die einschränkungslose Zustimmung (nur Position 1) zu dem Statement, dass Arbeitslosigkeit Angst vor der Zukunft macht: von 49% auf 70% (1+2: von 83% auf 94%). Dagegen stellen nur einzelne diese Aussage in Abrede. Das unterstreicht noch einmal den empirisch nachgewiesenen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst.

Deutlich zugenommen hat darüber hinaus auch die einschränkungslose bzw. eingeschränkte Zustimmung (Positionen 1 und 2) zu folgenden Aussagen

- Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihr Selbstbewusstsein (von 74% auf 90%; darunter einschränkungslos von 41% auf 59%!)
- Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust an individuellen Freiheiten (von 72% auf 87%; darunter einschränkungslos von 37% auf 57%!)

- Arbeitslosigkeit macht die Menschen arm (von 71% auf 84%; darunter einschränkungslos von 39% auf 57%!)
- Arbeitslosigkeit ist ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems (von 74% auf 83%; darunter einschränkungslos von 38% auf 56%!). Nur sehr wenige Panelmitglieder widersprechen dem: 2002 8%, 2004 und 2005 4%.
- Arbeitslosigkeit macht die Menschen krank (einschränkungslos von 34% auf 48%)
- Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihre Lebensfreude (einschränkungslos von 31% auf 43%)
- Arbeitslosigkeit führt zu Ausländerhass (einschränkungslos von 24% auf 36%)

Aufschlussreich ist auch die Veränderung bzw. Konstanz bei folgenden Aussagen:

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1 Ich stimme vollkommen zu 2, 3, 4, 5 Ich lehne vollkommen ab							
Wer wirklich Arbeit sucht, findet auch welche							
2002	24	33	(57)	30	10	3	2,34
2004	15	21	(36)	31	21	12	2,95
2005	9	19	(28)	40	18	14	3,08
An Arbeitslosigkeit kann man sich mit der Zeit gewöhnen							
2002	9	15	(24)	22	17	37	3,61
2004	11	20	(31)	19	15	35	3,43
2005	10	18	(28)	19	19	34	3,49
Arbeitslosigkeit hat auch angenehme Seiten							
2004	6	17	(23)	20	23	34	3,61
2005	5	12	(17)	23	28	32	3,72
Mit der Arbeitslosigkeit muss man sich abfinden, man kann nichts daran ändern							
2002	0	3	(3)	12	23	62	4,43
2005	1	5	(6)	20	25	49	4,14
Jeder ist selbst daran schuld, wenn er arbeitslos wird							
2002	0	3	(3)	19	29	49	4,24
2005	1	1	(2)	13	28	57	4,43

- Besonders ins Auge fällt der erhebliche Rückgang der Zustimmung zu der immer wieder in Umlauf gesetzten These, dass wer wirklich Arbeit sucht auch Arbeit findet: von 57% 2002 auf 28% 2005!
- Rund ein Drittel meint, dass man sich mit der Zeit an Arbeitslosigkeit gewöhnen könne. Bei den aktuell arbeitslosen 32-Jährigen beträgt dieser Anteil allerdings nur 10%!
- Noch weniger unterstellen der Arbeitslosigkeit auch angenehme Seiten: 17% im Jahr 2005.
- Nur einzelne stimmen zu, dass man sich mit der Arbeitslosigkeit abfinden müssen bzw. dass jeder selbst daran schuld ist, wenn er arbeitslos wird.

Alles in allem ist von diesen Urteilen der Panelmitglieder her auf eine kritische Wahrnehmung und Bewertung der Arbeitslosigkeit als ein Merkmal des gegenwärtigen

Tabelle 2.4: Erfahrungen der 32-Jährigen mit der Demokratie im Trend
 „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrungen gemacht?“
 1 ja 2 nein 3 Das ist schwer zu sagen.

Jahr	1	2	3
<i>dass Sie in der Öffentlichkeit offen Ihre Meinung sagen können</i>			
1996	60	29	11
1998	63	25	12
2000	65	22	13
2002	64	23	13
2003	59	27	14
2005	57	28	15
<i>dass die Politiker an Ihrer Meinung interessiert sind</i>			
1996	3	85	12
1998	4	85	11
2000	3	84	13
2002	4	81	15
2003	4	84	12
2005	2	88	10
<i>dass Sie Ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten können</i>			
2000	62	22	16
2002	55	24	21
2003	48	32	20
2004	48	35	17
2005	47	36	17
<i>dass Sie Einfluss auf die Gesellschaft nehmen können</i>			
2002	9	70	21
2003	11	69	20
2004	12	73	15
2005	11	73	16
<i>dass Sie Ihren Vorgesetzten offen Ihre Meinung sagen können</i>			
1996	37	51	12
1998	41	48	11
2000	43	46	11
2002	47	44	9
2005	43	48	9
Angst vor Arbeitslosigkeit:			
stark/eher stark	25	64!	11
eher schwach/schwach	54	38	8
<i>dass Sie in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht werden</i>			
2005	27	43	30
Angst vor Arbeitslosigkeit:			
stark/eher stark	14	59!	27
eher schwach/schwach	35	33	32

Diese Angaben sprechen für sich:

- Mit nur 57% haben bis 2005 bei weitem nicht alle die Erfahrung gemacht, in der Öffentlichkeit offen ihre Meinung sagen zu können. In diesem Zusammenhang wird häufig so oder ähnlich geäußert: „Ich kann jetzt zwar alles sagen, aber es interessiert keinen.“ oder „Ich kann meine politische Meinung sagen, aber auch nicht überall.“

- Nur zwischen 2% und 4% haben über Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind – ein eindeutiges Urteil.

- Überraschend ist, dass nur die knappe Hälfte der Panelmitglieder bis 2005 die Erfahrung gemacht hat, ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten zu können, der Trend ist außerdem eindeutig regressiv. Das ist eine sehr bedenkenswerte Tendenz, zumal vor allem jene weniger häufig zustimmen, die die sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen. Mit 11% meinen allerdings 2005 noch viel weniger, dass sie ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten können.

- Seit Jahren bejaht nur etwa jeder Zehnte, Einfluss auf die Gesellschaft nehmen zu können, die große Mehrheit stellt dies in Abrede.

- Die knappe Hälfte stimmt zu, den Vorgesetzten offen ihre Meinung sagen zu können; bei denen, die sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen, sind das aber nur 25%.

- Die Erfahrung schließlich, in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht zu werden, haben bisher 27% gemacht, 43% meinen das Gegenteil. Auch diese Erfahrung wird von Sorgen vor eigener Arbeitslosigkeit erheblich eingeschränkt.

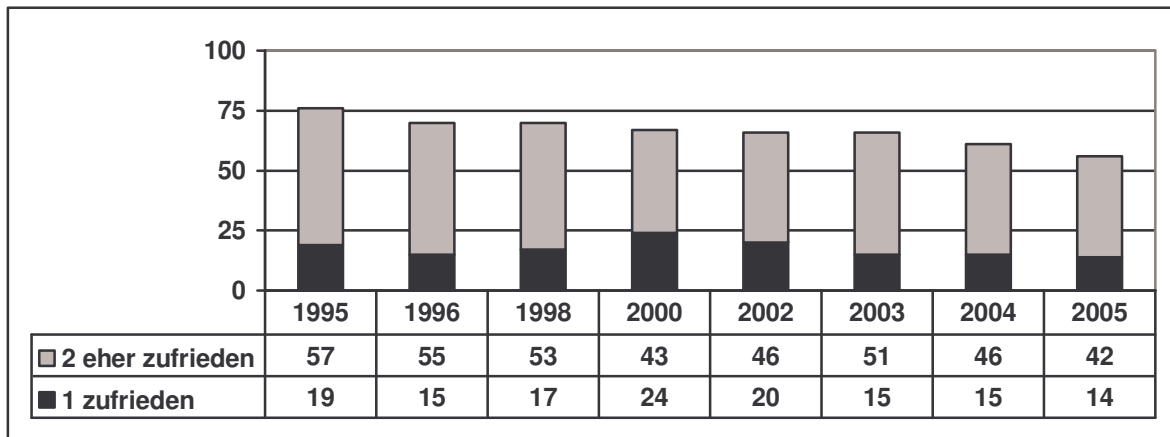
Eine Indexbildung für diese ausgewählten Merkmale demokratischer Teilhabe ergibt, dass in den letzten Jahren lediglich 3% (!) Erfahrungen auf allen sechs oder auf fünf Gebieten gemacht haben. Bemerkenswert hoch ist erwartungsgemäß die Korrelation mit solchen Grundeinstellungen wie z. B. der Zufriedenheit mit dem politischen System. So äußern von denen, die alle oder fast alle diese Erfahrungen gemacht haben, 2005 immerhin 42% sehr zufrieden oder zufrieden mit dem politischen System zu sein, von jenen dagegen, die keine oder nur wenige dieser Erfahrungen hatten, lediglich 20%!

Aussagekräftig ist auch, dass von den Panelmitgliedern, die insgesamt schon länger als ein Jahr arbeitslos waren, 60% keine oder fast keine dieser Erfahrungen gemacht haben gegenüber 37% jener, die bisher von Arbeitslosigkeit verschont geblieben sind! Arbeitslosigkeit, insbesondere über längere Zeit hinweg, schadet der Demokratie in erheblichem Maße, hebt sie auf.

2.3 Zunehmende Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit

Das viel diskutierte Defizit hinsichtlich der „Leistungsgerechtigkeit“ ist auch bei den TeilnehmerInnen unserer Studie zu beobachten:

Abbildung 2.13 Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen. Zusammengefasste Häufigkeiten zufriedener (1) bzw. eher zufriedener (2) als unzufriedener Panelmitglieder



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, die Sie in der jetzigen Gesellschaft haben, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen?“

1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden
4 unzufrieden

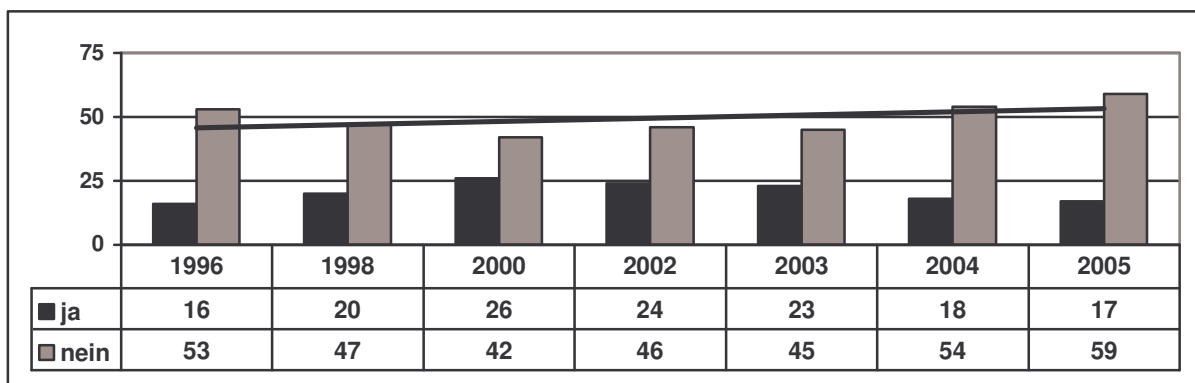
Lediglich die reichliche Hälfte ist im Jahr 2005 mit den real erlebten Leistungschancen im jetzigen System zufrieden, aber nur der kleinere Teil davon ohne Einschränkung. Außerdem ist eine rückläufige Tendenz erkennbar: Der Anteil mehr oder weniger zufriedener Panelmitglieder ist zwischen 1995 und 2005 von 76% kontinuierlich und signifikant auf 56% abgesunken!

Die jungen Frauen äußern sich außerdem signifikant weniger zufrieden als die jungen Männer: 2005 52% gegenüber 61%.

Insbesondere erfahrene Arbeitslosigkeit ist ein entscheidender Grund dafür, dass viele Panelmitglieder daran zweifeln, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen; wir sind darauf eingegangen.

Im Zusammenhang damit steht, dass nahezu die Hälfte der Panelmitglieder bezweifelt, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, eines der brisantesten Ergebnisse:

Abbildung 2.15: Zufriedenheit mit der Verteilungsgerechtigkeit im Trend 1996 bis 2005



Fragetext: „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrung gemacht: dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten?“

1 ja 2 nein 0 Das ist schwer zu sagen
(fehlende Prozente: „Das ist schwer zu sagen“)

Die verbreitete Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und mit dem politischen System hat ihre Wurzeln in bedeutendem Maße darin, dass sich ein großer und steigender Teil der Panelmitglieder hinsichtlich ihres Anteils am gesellschaftlichen Wohlstand seit Jahren ungerecht behandelt fühlt. Der sich bis 2000 andeutende positive Trend hat sich danach wieder umgekehrt, die politische Brisanz einer als ungerecht empfundenen und bewerteten Verteilung des Wohlstandes nimmt zu.

Das geht auch aus einer seit 2004 zu diesem Thema gestellten Frage hervor, die so oder ähnlich formuliert breit diskutiert wird, vor allem nach entsprechenden Pressemeldungen:

Tabelle 2.5: Einstellung zur Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes 2004 und 2005

„Im jetzigen Gesellschaftssystem erhält jeder, egal ob einfacher Bürger oder Vorstand eines Konzerns, seinen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

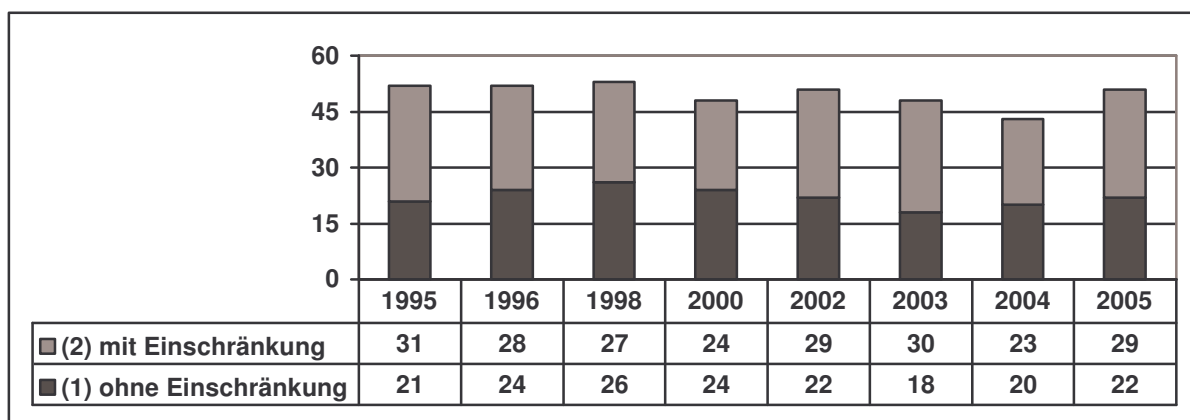
	1	2	(1+2)	3	4	5
2004	1	2	(3)!	15	29	53
2005	0	3	(3)!	12	25	60

Nur 3% der 32-Jährigen halten 2005 die im jetzigen System praktizierte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes für gerecht, 85% äußern eine konträre Auffassung. Es besteht hierzu ein klarer Konsens, der durch eine Vielzahl verbaler Aussagen gestützt wird, in denen die jungen Erwachsenen ihr Unverständnis und ihre Wut über die teilweise bekannt gewordenen Einkommen, Pensionen und Abfindungen von Managern, Bankern und Politikern äußern.

2.4 Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden

Die Bindung an das gegenwärtige Gesellschaftssystem wird bei einem großen Teil der Panelmitglieder nach wie vor stark durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden:

Abbildung 2.16: Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden, im Trend 1995 bis 2005. Anteile einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter (2) Zustimmungen



Fragetext: „Viele Westdeutsche behandeln uns Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse.“
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Zwischen 2002 und 2004 war der Anteil derer, die solche Erfahrungen gemacht haben, vorübergehend deutlich von 51% auf 43% zurückgegangen, 2005 ist er erneut erheblich angestiegen! Wesentlich ist: Das trifft auch für jene zu, die im Westen leben und bei denen der erwähnte Rückgang besonders ausgeprägt war. 2005 bejahen von denen, die im Osten leben, 57% solche Erfahrungen (2004 50%), von denen im Westen 32% (2004 nur 20%).

Anhang:

A 1. Weitere Angaben zur Untersuchungspopulation:

Tabelle A 1: Tätigkeitsstatus und weitere Merkmale 2005 (19. Welle)

Status:	Gesamt	männlich	weiblich
Angestellte	38	35	44
Arbeiter	21	35	8
Elternzeit	11	0	20
Selbstständiger	9	12	6
Arbeitslos	11	8	14
Student	1	1	1
Beamte	5	6	3
Lehrling	1	1	1
Etwas anderes	3	2	3

(Spaltenprozente)

- 59% waren zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig (m = 70%, w = 52%).
- 9% haben sich selbstständig gemacht, darunter 12% der jungen Männer, aber nur 6% der jungen Frauen.
- Durchschnittsalter 32,1 Jahre
- männlich: 47%; weiblich 53%
- 92% haben ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen
- 33% haben studiert (darunter 8% ohne Abschluss)
- 42% sind verheiratet (männlich 33%; weiblich 50%)
- Eigene Kinder haben 50% der jungen Männer bzw. 72% der jungen Frauen
- Von allen 384 TeilnehmerInnen leben 23% im Westen (n=87) bzw. 1% (n=4) im Ausland

A. 2 Weitere ausgewählte Ergebnisse

Fragen an die Politiker

Typische Antworten von Panelmitgliedern auf die bereits 2004 gestellte offene Frage, welche Fragen sie ihrerseits hochrangigen Politikern zur Situation in Ostdeutschland stellen würden.

„Warum können die Politiker in Deutschland nicht ein einziges Problem lösen? Wozu sind sie überhaupt da?“ (Maurer)

„Welches Datum steht für die komplette Streichung von Sozialleistungen (Rente, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Kita-Zuschüsse usw.) bereits fest? Wo bleiben die versprochenen Arbeitsplätze? Wann hören Sie auf zu lügen? Das Volk ist nicht dumm. Wenn der Mensch auch träge ist, es wird doch auf die Situation in Deutschland hin heftigste, vulkanartige Ausbrüche geben! Was wollen Sie dann tun? In den Luftschutzkeller fliehen, Herr Schr. ? Das wird Ihnen auch nichts nützen! Besser, ich begegne den Politikern niemals!“ (Arbeitslos)

„Ob sie wissen, was sie mit ihrer Politik (Wirtschaft, Renten, Steuern, Menschenrechte usw.) den Bürgern der BRD antun. Die ganze Regierung gehört ausgetauscht, da sie nur die eigenen Interessen vertritt und nicht die der Bevölkerung!“ (Arbeitslos)

„Würden Sie sich heute für 24 Stunden als Arbeitsloser auf Arbeitssuche oder als Bürger mit gesundheitlichen Problemen unters Volk mischen? Als Mutter mit 2 Kindern mal einkaufen gehen, wenn man kaum Geld zur Verfügung hat, um zu sehen, wie schwer es derzeit im Land ist. Damit Sie sehen, was die Probleme der einfachen Menschen sind?“ (Erziehungsurlaub)

„Wie soll das mal weitergehen? Na gut, noch schlechter kann es gar nicht mehr werden.“ (Packerin)

„Wie kann man es mit seinem Gewissen vereinbaren, 16 Millionen Menschen zu vera....? Warum vertreten Sie Banken und Konzerne, die den Hals nicht voll kriegen und bluten Deutschland aus? Wie können Sie sich gegenüber dem Sozialismus als Sieger hinstellen? Warum spüre ich so wenig von den angeblich überlegenen christlichen und demokratischen Werten?“ (Angestellte)

„Wie viel Geld wollen Sie uns noch aus der Tasche ziehen? Wollen wir mal ein Jahr tauschen? Sie leben so wie ich und ich so wie Sie?“ (Mediengestalter)

„Fragen an Politiker zu stellen ist völlig überflüssig. Antworten bekommt man sowieso nicht.“ (Techniker)

Stolz, Deutscher zu sein

2005 wurde (wie schon 1992) gefragt, inwieweit die jetzt 32-Jährigen stolz sind, Deutscher zu sein:

Tabelle A 2: „Sind Sie stolz, Deutscher zu sein?“

1 sehr stolz	2 ziemlich stolz	3 nicht sehr stolz	4 überhaupt nicht stolz
		1	2 (1+2) 3 4

1992	17	35	(52)	35	13
2005	14	41	(55)	35	10
männlich	20	43	(63)	30	7
weiblich	10	39	(49)	39	12

Weltanschauliche Position: (ohne Position „weiß ich nicht“ = 3%)

Links (=24%)	6	27	(33)	48	19
weder-noch (=60%)	14	46	(60)	33	7
Rechts (=13%)	33	44	(77)	21	2

Insbesondere Rechtsorientierte stimmen überdurchschnittlich häufig zu.

Sehr schwache Bindungen an die Parteien

Tabelle A 3: Längsschnittvergleich der Parteipräferenzen zwischen 2004 und 2005.
Absolute Werte; N = 370

	Gewählte Parteien 2005:							
	würde nicht wählen	SPD	CDU/CSU	rechte P.	B90/G	PDS	FDP	andere
<u>Gewählte Parteien 2004:</u>								
würde nicht wählen	62	10	12	4	3	10	5	3
SPD	3	19	2	0	1	5	0	0
CDU/CSU	16	8	52	1	1	2	4	1
rechte P.	3	1	2	7	0	0	0	3
B90/Grüne	4	6	2	1	12	1	1	2
PDS	8	5	4	2	2	35	0	2
FDP	5	2	6	1	0	1	14	1
andere	3	0	0	1	1	2	1	5

Lassen wir jene außer Betracht, die beide Male erklärten, sich nicht beteiligen zu wollen (n=62), wählen nur 39% 2005 wieder dieselbe Partei wie 2004! Bei der Mehrheit sind keine Parteibindungen erkennbar. Ein enger Zusammenhang besteht mit dem geringen Vertrauen zu faktisch allen Parteien. Gehen wir bis zum Jahr 1996 zurück, dann reduziert sich dieser Anteil sogar auf 25%.

Kritische Urteile über die Politik der amtierenden Bundesregierung

Tabelle A 4: Seit dem Jahr 2000, d. h. nach dem Regierungswechsel von 1998, äußerten sich die Panelmitglieder dazu, welchen Einfluss die Politik der Bundesregierung auf ihr Leben hat. Dabei gaben sie 2000 eine Prognose in dieser Hinsicht ab, ab 2002 beurteilten sie die geleistete Arbeit:

2000: „Welchen Einfluss wird die Politik der Bundesregierung auf Ihr Leben haben? Diese Politik wird mein Leben...

ab 2002: „Welchen Einfluss hatte die Politik der Bundesregierung auf Ihr Leben? Diese Politik hat mein Leben ...

1 eher verbessern /eher verbessert

2 weder verbessern noch verschlechtern / weder verbessert noch verschlechtert

3 eher verschlechtern/eher verschlechtert

0 Das ist schwer zu sagen

	1	2	3	0
2000	5	42	33	20
2002	8	50	29	13
2003	8	53	28	11
2004	7	43	40!	10
2005	6	41	42!	11

Besonders ab 2004 hat der Anteil derer deutlich zugenommen, die einen negativen Einfluss der Regierungspolitik auf ihr Leben konstatieren.

A.3 Literatur/ Angaben zum Verfasser

Ausgewählte Publikationen des Verfassers zur „Sächsischen Längsschnittstudie“ bzw. zur Jugend in Ostdeutschland:

Der lange Weg vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. In: U. Schlegel/P. Förster (Hg.): Ostdeutsche Jugendliche. Von DDR-Bürger zum Bundesbürger. Verlag Leske + Budrich, Opladen 1997

Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland. Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 43-44/99

„Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben.“ Empirische Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. In: Deutschland Archiv, H. 2/2001

Junge Ostdeutsche heute: doppelt enttäuscht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 15/2003

Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation. In: Sabine Andresen/Karin Bock/Micha Brumlik/Hans-Uwe Otto/Mathias Schmidt/Dietmar Sturzbecher (Hg.): Vereintes Deutschland – geteilte Jugend. Ein politisches Handbuch. Leske + Budrich, Opladen 2003.

Die 30-Jährigen in den neuen Bundesländern: Keine Zukunft im Osten! Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnittstudie. In: Deutschland Archiv 1/2004

Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse der Studie zwischen 1987 und 2001 (1. bis 15. Welle) enthält die Publikation:

Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Verlag Leske + Budrich, Opladen 2002 (ISBN 3-8100 – 3452 – 5; 357 Seiten)

Gemeinsame Publikationen mit anderen Autoren:

- Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2003). Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit bei jungen Erwachsenen. In: Das Gesundheitswesen, 65, 555-560.
- Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2003). Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen. In: Jahrbuch für Kritische Medizin, 39, S. 108-124. Hamburg: Argument-Verlag.
- Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2004). Psychosoziale Folgen einer Migration aus den neuen in die alten Bundesländer. Ergebnisse einer Längsschnittstudie. In: Stöbel-Richter, Y., Brähler, E. (Hg.): Demographischer und sozialer Wandel; psychosozial Nr. 95 / 2004, S.81 - 97
- Berth, H., Förster, P., Brähler, E. (2005): Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit und Lebenszufriedenheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen in den neuen Bundesländern. Sozial- und Präventivmedizin, Heft 50
- Berth, H., Förster, P., Balck, F., Brähler, E., Stöbel-Richter, Y. (2005): Arbeitslosigkeit, Selbstwirksamkeitserwartung, Beschwerdeerleben. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen. Zeitschrift für Klinische Psychologie, Psychiatrie und Psychotherapie, 53, S. 328-341
- Berth, H., Förster, P., Petrowski, K., Stöbel-Richter, Y. & Balck, F. (2006): Geschlechterdifferenzen in den Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit. Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie. Psychosozial-Verlag Gießen
- Förster, P., Friedrich, W., Müller., H., Schubarth, W. (1993): Jugend Ost. Zwischen Hoffnung und Gewalt. Verlag Leske + Budrich, Opladen
- Friedrich, W.: Ostdeutsche Jugend 1990. In: Deutschland Archiv, Heft 4 und 7/1991
- Friedrich, W.: Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel. Leipzig 1996
- Friedrich, W.: Jugendliche in den neuen Bundesländern. Ergebnisse einer empirischen Studie zum Wandel der Meinungen, Einstellungen und Werte von Jugendlichen in Sachsen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 19/1996
- Roski, G.: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin 1990

Weitere zitierte Literatur:

Allmendinger, J., Eichhorst, W., Walwei, U. (Hg.): IAB Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg 2005

Castells, M.: Das Informationszeitalter, Teil 2: Die Macht der Identität. Opladen 2002

Friedrich, W., Förster, P., Starke, K.: Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 bis 1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Verlag edition ost, Berlin 1999

Hengsbach, F.: Das Reformspektakel. Warum der menschliche Faktor mehr Respekt verdient. Verlag Herder Freiburg im Breisgau, 2004

Hensel, J.: Zonenkinder. Rowohlt Taschenbuch, Berlin 2002

Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Opladen 2000

Müller, H. : Die Forschungsorganisation. In: Friedrich, W., Förster, P., Starke, K.: Das Zentralinstitut für Jugendforschung 1966 -1990; a. a. O., S.477 ff.

SPIEGEL SPEZIAL 1/1991: Das Profil der Deutschen. Was sie vereint, was sie trennt.

Zum Verfasser:

Prof. Dr. sc. paed; geboren 1932. 1959 bis 1965 wissenschaftlicher Assistent/Oberassistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig/Institut für Pädagogik.

1966 bis 1990 Abteilungsleiter im Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ).

Ab 1991 nach Abwicklung des ZIJ und Arbeitslosigkeit Mitarbeiter der Forschungsstelle Sozialanalysen bzw. des Leipziger Instituts für praktische Sozialforschung (LIPS), Teilnahme an mehreren Forschungsprojekten zur ostdeutschen Jugend; seit 1999 Ruhestand; Fortsetzung sozialwissenschaftlicher Forschung, insbesondere Weiterführung der Sächsischen Längsschnittstudie auf ehrenamtlicher Basis.

Zahlreiche Publikationen zur Jugendentwicklung in der DDR bzw. in Ostdeutschland, sowie zu methodologischen und methodischen Fragen der Sozialforschung.

E-Mail-Kontakt: prof.foerster@gmx.de